

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 22 vom 30. Mai 1980

14. Jahrgang

1 DM

Nach der Errichtung der Militärdiktatur

Volksaufstand in Südkorea!

USA befehligen Gegenanschlag
der Armee

KWANGJU. — Am Samstag vor Pfingsten war der Aufstand in Kwangju nach wie vor im Gange, die gesamte Provinz in heller Aufruhr. Die südkoreanische Armee hatte nach der Weigerung der Aufständischen, die Waffen niederzulegen, Kanonen gegen die Stadt in Stellung gebracht und Elitetruppen herangeführt. Die US-Regierung hat grünes Licht für ein Blutbad gegeben!

Denn, 90 Prozent der südkoreanischen Armee werden direkt von USA-Offizieren befehligt, die als UNO-Vertreter getarnt das Militär beherrschen. Nur einen Tag nach Ausbruch der Volkserhebung von Kwangju wurde deshalb auch sofort verkündet, eine Tagung des US-amerikanischen nationalen Sicherheitsrates in Washington würde einberufen. Zur selben Zeit verkündete Jimmy Carter die Entsendung von Soldaten und Flugzeugträgern nach Südkorea, während der amerikanische Botschafter Mansfield betonte, die USA würden bis zum Schluß zu ihrem südkoreanischen Verbündeten stehen.

Wenn auch zur Stunde das Schicksal dieses südkoreanischen Volksaufstandes noch nicht entschieden ist, wenn über ihm die gewaltige Drohung eines von den Yankees organisierten Blutbades steht, so bleibt doch auf jeden Fall die

Tatsache bestehen, daß in einer weiteren Bastion des USA-Imperialismus, nach Iran und Nicaragua, nach verschiedenen mittelamerikanischen Staaten, die offene Revolte gegen die Washingtoner Marionetten ausgebrochen ist.

In den letzten Tagen des Aufstandes konzentrierten sich die Parolen immer mehr auf den Ruf „Tod dem General Chun!“. Dadurch drückte sich der geballte Haß der südkoreanischen Bevölkerung gegen den Chef des Generalstabs und des Geheimdienstes KCIA aus, der gegenwärtig der wahre Machthaber im Lande ist — ein Mann Washingtons.

Einmal mehr zeigt sich an den jetzigen Vorfällen in Südkorea das wahre Gesicht der US-amerikanischen Außenpolitik: Weltherrschaft um jeden Preis! Auch um den Preis des Lebens Hunderter und Tausender arbeitender Menschen, die

für ihre grundlegenden Rechte eintreten.

Es zeigt sich aber auch die Komplizenschaft der westdeutschen herrschenden Klasse. Während aus dem sowjetisch besetzten Afghanistan jede kleinste Regung sofort alle Schlagzeilen beherrscht, tauchte Südkorea nicht ein einziges Mal in der Schlagzeile einer großen Zeitung auf. Wie auch in Salvador werden die Verbrechen des Völkermörders Carter und seiner uniformierten Killer, wenn nicht ganz verschwiegen, so doch verniedlicht, als unbedeutend herabgestuft.

Der — zumindest vorübergehende — Sieg der Aufständischen von Kwangju und anderen Städten im Südwesten von Südkorea aber zeigt einmal mehr, daß die Empörung der Völker gegen den Imperialismus, gegen jene Handvoll Milliarden, die aus den Chefetagen der Großbanken ihren Regierungen den Völkermord befehlen, zunimmt, daß der Wille, für Freiheit und Demokratie zu kämpfen, in allen Gegenden dieser Welt wächst.

Nieder mit der faschistischen Diktatur in Südkorea!
Yankees raus aus Südkorea!

Stolzenberg-Bericht vorgelegt

Die Hauptschuldigen bleiben ungenannt

KPD / ML fordert Vernichtung von
ABC-Waffen

HAMBURG. — Vergangenen Freitag hat der Vorsitzende des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Skandal um die Kampfgasfabrik Stolzenberg einen 158 Seiten starken Abschlußbericht vorgelegt. Dort waren noch einmal all jene Ungeheuerlichkeiten zusammengefaßt, die nach und nach an die Öffentlichkeit gedrungen sind.

Wie es in dem Bericht heißt, sei es nur dem Zufall zu verdanken, daß sich keine Giftgaswolken mit vielen hundert Metern Durchmesser gebildet haben, die großen Teilen der Bevölkerung den sicheren Tod gebracht hätten.

Auf dem Gelände der Firma Stolzenberg, die schon in Hitlers Auftrag chemische Kampfstoffe hergestellt hat, seien mehr als 35 giftige Stoffe gefunden worden, von denen die meisten, wie die Nervengase Tabun und Sarin, absolut tödlich wirken. Wie es weiter heißt, seien diese Stoffe „unbegreiflicherweise“ ohne Sicherheitsvorkehrungen und zum Teil unter offenem Himmel gelagert worden.

Allerdings wurde von offizieller Seite von Anfang an im Dunkeln gelassen, wer die Hauptverantwortlichen für die Hamburger Giftgaskatastrophe waren und sind. Nachgewiesenmaßen unterhielt die Firma Stolzenberg gute Geschäftsbeziehungen zur Bundeswehr.

DIE KPD/ML ist trotz aller staatlichen Verschleierversuche nach wie vor der Ansicht, daß die Hauptschuldigen im Kriegsministerium in Bonn sitzen. Die einzige Möglichkeit, Skandale solchen Ausmaßes in Zukunft zu verhindern, ist der bedingungslose Kampf für die vollständige Vernichtung aller atomaren, chemischen und biologischen Kampfstoffe!

102 Länder in Moskau vertreten

Carters Olympia-Boykott ist gescheitert

IOC verlängert Anmeldefrist

Am Wochenende lief die Anmeldefrist für die Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen in Moskau und Tallin aus. Nach den Angaben der Veranstalter haben Mannschaften aus 102 Ländern ihre Absicht erklärt, an den Spielen teilzunehmen.

Damit ist der von Carter mit fanatischer Beharrlichkeit betriebene Boykott der Olympischen Spiele zusammengebrochen — zumal auch aus nahezu allen westlichen Ländern Mannschaften nach Moskau fahren werden. In vielen dieser Länder hatte sich eine breite Bewegung gegen den Boykott-Druck Carters und der eigenen Regierungen gebildet. In Australien — wo Ende letzter Woche die Entscheidung für Olympia fiel — beteiligten sich auch die Gewerkschaften an dieser Bewegung.

In Britannien, wo ebenfalls

die Regierung den Boykott gefordert hatte, kann sich das NOK bei der Vorbereitung auf die Sommerspiele auf eine breite Solidarität stützen. Weil alle öffentlichen Zuschüsse für die Olympia-Mannschaft gestrichen wurden, müssen jetzt die Mittel durch Geldsammlungen aufgebracht werden. Der auch vom Gewerkschaftsverband TUC unterstützte Aufruf hat bislang umgerechnet vier Millionen Mark erbracht.

Das Internationale Olympische Komitee hat unterdessen seine Absicht erklärt, die Anmeldefrist für die Sommerspiele zu

verlängern. Von daher gesehen besteht also auch für das westdeutsche NOK noch die Mög-

lichkeit, seinen Beschluß über die Nichtteilnahme zu revidieren (siehe auch Seite 2).



Auch in der BRD: Carters Boykott-Politik stößt auf Widerstand. Das Foto zeigt eine Demonstration in Köln.

„Mehr Freizeit für Schichtarbeit“ forderten mehr als 1000 Postbeschäftigte in der vergangenen Woche auf dem Düsseldorfer Shadowplatz. Wie Bruno Heidkamp, der Vorsitzende der Düsseldorfer Postgewerkschaft, auf der Protestversammlung erklärte, bedeutet Schichtarbeit nicht nur „Einschränkungen im privaten Lebensbereich.“ Beschäftigte im Schichtdienst seien auch häufiger krank als andere. Die Postler wollten mit ihrer Aktion der Forderung nach einem Freizeitausgleich für die Schichtarbeit Nachdruck verleihen.

Alarmierendes Wirtschaftsgutachten

1985 doppelt soviele Arbeitslose?

Bundesregierung blockiert
Veröffentlichung

BONN. — Bis zum Jahr 1985 wird sich die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik voraussichtlich nahezu verdoppeln. Zu diesem Ergebnis kamen unabhängig voneinander zwei bürgerliche Wirtschaftsforschungsinstitute, die im Auftrag der Bundesregierung entsprechende Gutachten erarbeitet haben.

Eine Projektgruppe unter Federführung des schweizerischen Wirtschaftsforschungsinstitutes Prognos AG kam zu dem Ergebnis, daß das Heer der offiziell anerkannten, das heißt amtlich registrierten Arbeitslosen bis zum Jahr 1985 auf 1,65 Millionen anwachsen wird. Das Münchner Ifo-Institut errechnete sogar einen etwas höheren Anstieg.

Wie in der Tagespresse berichtet wurde, hat die Regierung beschlossen, vorerst die Veröffentlichung des Gutachtens nicht zu genehmigen. Die Minister Lambsdorff und Erbenberg wurden beauftragt, eine Stellungnahme zu den alarmierenden Gutachten auszuarbeiten und dabei die „Stichhaltigkeit“ der Annahme „unter die Lupe nehmen“.

Die Institute begründen ihre Voraussagen unter anderem mit dem schwachen Wirtschaftswachstum, dem Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge ins Berufsleben und dem zunehmenden Einsatz der Mikroelektronik. Zum Ende der achtziger Jahre erwarten sie wieder eine Zunahme der Beschäftigung, wobei das Arbeitslosenheer jedoch nicht unter 1,2 Millionen sinken soll.

Auch wenn derartige Untersuchungen bürgerlicher Forschungsinstitute die zu erwartenden heftigen Kriseneinbrüche nicht miteinbeziehen, so widerlegen sie immerhin den Propagandaoptimismus der Regierung. Daß die Arbeitslosigkeit in den kommenden Jahren sich massiv verschärfen wird, steht außer Zweifel.

Diese Woche

Zeichenstilllegung

Vor 111 Jahren nahm sie die Förderung auf. Im November soll sie endgültig stillgelegt werden: die Kohlenzeche Hansa in Dortmund. 1700 Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. Bericht auf Seite 4.

Sterben für die USA?

Die Gefahr eines neuen Weltkrieges wächst. Die Politik der Bundesregierung macht uns zum Kanonenfutter der Wallstreet-Harren. Lesen Sie dazu unsere Artikelserie auf Seite 12.

Maßregelungen

Gegen elf Kollegen will die Stadt Dortmund Disziplinarverfahren einleiten, weil sie an den spontanen Protestaktionen zur Lohnrunde im öffentlichen Dienst teilgenommen hatten. Mehr dazu auf Seite 5.

Rassismus in den USA

Die Farbigen in Miami protestieren gegen rassistische Unterdrückung. Brutal unterdrückt die Nationalgarde die Erhebung. Über die geschichtlichen und aktuellen Ursachen der Rassendiskriminierung in den USA informiert unser Report auf Seite 13.

Kommentar

Der „Spiegel“ brachte den Kandidaten als „Strauß — der Verlierer“ aufs Titelblatt. Das war nach der verlorenen Wahl, der Anti-Strauß-Wahl von NRW, und unmittelbar vor dem Parteitag der CDU. Aber auch die Ovationen, mit denen der Kandidat dort überschüttet wurde, verhalfen ihm in den Medien nicht zu einem neuen Sieger-Image.

Strauß am Ende?

Im Gegenteil. Die Presse- und Fernsehkommentare zum Parteitag lassen sich etwa so zusammenfassen: Strauß hat abgewirtschaftet. Die Bundestagswahl ist für die Union unrettbar verloren. Und der demonstrative Beifall für Strauß, der Verzicht auf eine Erörterung seiner Verantwortung für die Schlappe bei den letzten Wahlen hätten demnach nur den Zweck, Strauß ein Ausbrechen aus seiner Kandidatenrolle zu verwehren. Man wolle ihn vielmehr offen ins Messer der erwarteten Niederlage vom 5. Oktober laufen lassen, um ihn dann um so leichter wieder nach Bayern abschieben zu können.

Ist Strauß also am Ende? Hat er eine Zukunft nur noch als bayrischer Provinztyrann? Wer derart mit dem Abtritt des CSU-Chefs von der Bonner Bühne spekuliert, macht sich die Sache wahrlich zu leicht. Man braucht ja nur daran zu erinnern, daß die politische Karriere dieses Mannes schon mehr als einmal totgesagt wurde. Und es dauerte nie lange, bis er wieder da war, die „Rettung aus den bayrischen Bergen“, wie er sich selbst tituliert.

Dabei geht es im Grunde ja nicht einmal um die persönliche Machtbesessenheit des Franz Josef Strauß. Es geht um den gesellschaftlichen Zusammenhang, in dem seine Kanzlerkandidatur steht. Und nur indem die erwähnten bürgerlichen Kommentare diesen Zusammenhang leugnen, können sie jetzt die gefährliche Illusion verbreiten, ein paar verlorene Landtagswahlen hätten das Problem Strauß schon erledigt.

Der CSU-Chef ist die Figur der aggressivsten Kräfte des westdeutschen Monopolkapitals. Er ist von ihnen für geeignet befunden worden, ihr Programm der zunehmenden Ausplünderung der Werktätigen, der verschärften Faschisierung und des Kriegskurses nach außen durchzusetzen. Daß dieser Kandidat — auch wenn er Kreide frißt oder sich eine proletarische Herkunft andichtet — nicht zum Liebhaber der werktätigen Massen wird, haben seine Hintermänner ja wohl einkalkuliert. Entscheidend ist aber doch, daß sie ihre Pläne nicht deshalb aufgeben, weil ihre Figur Strauß jetzt auf den zu erwartenden Widerstand bei den Werktätigen gestoßen ist.

Sie haben schließlich, auch bei einer Strauß-Niederlage im Oktober, noch andere Kombinationsmöglichkeiten. Man kann doch zum Beispiel nicht überhören, daß führende Personen der Bonner Parteien wie Kiep (CDU) oder Ertl (FDP) in der letzten Zeit den Gedanken einer großen Koalition wieder ins Spiel gebracht haben. Und wer kann uns garantieren, daß die SPD eine Koalition mit Strauß ausschlagen würde? Sie hat schließlich schon einmal mit ihm in einer Regierung gesessen, zu einer Zeit, wo für das Monopolkapital längst nicht so viel auf dem Spiel stand wie in den achtziger Jahren, die ein Jahrzehnt der verschärften Krisen und des Aufschwungs der Klassenkämpfe sein werden.

Es besteht also kein Grund dazu, das Problem Strauß auf die leichte Schulter zu nehmen und als erledigt zu betrachten. Er ist und bleibt der Vollstrecker des Kurses auf ein neues '33, den die Monopolbourgeoisie steuert. Mehr denn je ist es unsere Pflicht, die werktätigen Massen zum Widerstand gegen diesen Kurs zusammenzuschließen. Auf die Bundestagswahl bezogen heißt das, den Illusionen entgegenzutreten, Wahlerfolge der SPD wie im Saarland und in NRW könnten Strauß und das von ihm vertretene Programm verhindern. Die von unserer Partei unterstützte Kandidatur der VOLKSFRONT, die sich als einzige wirkliche Alternative zu Strauß zur Wahl stellen wird, muß dazu benutzt werden, den Zusammenschluß der Werktätigen in der VOLKSFRONT voranzutreiben.

ds

CDU-Abgeordneter gab Protokolle an Hoechst AG

Die Hoechst AG in Frankfurt, einer der größten Umweltverschmutzer in unserem Land, war über den Stand der behördlichen Untersuchungen, die den kriminellen Praktiken des Konzerns galten, stets bestens informiert.

Zwei hohe Beamte aus dem Umweltministerium versorgten Hoechst mit dem notwendigen internen Material. Jetzt wurde eine weitere Informationsquelle

aufgedeckt: Der CDU-Landtagsabgeordnete Helmut Frank, ein Angestellter des Konzerns, übermittelte seinen Bossen die Protokolle von Ausschusssitzungen, bei denen über Hoechst verhandelt wurde.

Die Frankfurter Staatsanwaltschaft erklärte zu diesem Skandal, bei „rechtlicher Würdigung“ des Tatbestandes sehe sie keinen Anlaß zur Strafverfolgung.

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

CDU-Wahlparteitag in Westberlin

Strauß schlägt „härtere Gangart“ ein

CDU wird zur Führerpartei

WESTBERLIN. — Auf ihrem Kongreß zur Vorbereitung der Bundestagswahl präsentierte sich die CDU ganz als Führerpartei: Nicht Meinungen oder programmatische Aussagen zählten, sondern nur ein Mann: Franz Josef Strauß. Ihm wurde die uneingeschränkte Vollmacht bestätigt, nach seinem Belieben in der Union zu walten und zu schalten.

Damit setzte sich eine Entwicklung fort, die schon im vergangenen Jahr begonnen hatte. Weder bei der Nominierung von Albrecht zum Kanzlerkandidaten, noch bei dessen nur fünf Wochen später erfolgten Sturz zugunsten von Strauß war ein Parteitag der CDU einberufen, geschweige denn das Parteivolk in anderer Form zur Entscheidung zugelassen worden. Und Strauß selbst war es dann ja in der Folgezeit sehr schnell gelungen, jeden Widerstand gegen seine Machtergreifung in der gesamten Union auszulöschen.

Bezeichnend auch, wie das Wahlprogramm — dessen Diskussion und Verabschiedung eigentlich den wichtigsten Tagesordnungspunkt auf dem Parteitag bilden sollte — zustande kam. Strauß persönlich hatte sich vorbehalten, die Präambel dieses Programms zu formulieren. Er verstand es jedoch, diese Schreibearbeit so lange hinauszuschieben, daß das Ergebnis erst unmittelbar vor dem Parteitag vorlag. Eine Diskussion darüber fand faktisch nicht statt.

Der Kandidat hat in sein

Programm Sätze wie den folgenden hineingeschrieben: „Die 80er Jahre werden, nach dem zweiten Jahrzehnt und dem fünften Jahrzehnt dieses Jahrhunderts das dritte krisenhafte Jahrzehnt aller Voraussicht nach werden.“ In die beiden von Strauß angeführten Jahrzehnte fallen die imperialistischen Eroberungskriege der deutschen Monopolherren. Strauß als Vertreter der aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals setzt also wieder auf Krieg. Und er präsentiert sich selbst als den richtigen Mann für ein solches „krisenhaftes“ Jahrzehnt. Über den grundsätzlichen Kurs dabei lassen weder Programm noch Parteitagstaufrüher Zweifel: das „Bündnis mit Amerika“ soll zu einer bruchlosen Kriegsfaust geschmiedet werden; in der engen Allianz mit den amerikanischen Kriegsbrandstiftern will Strauß die weitreichenden Pläne seiner Hintermänner durchsetzen.

Von diesem Boden aus entfaltet Strauß in Westberlin eine maßlose Hetze gegen die Bundesregierung und die Sozialde-

mokratie. Er wiederholte nicht nur seine sattem bekannten Anwürfe gegen den linken SPD-Flügel. Er nahm auch Schmidt direkt an, den er unter anderem ein „Werkzeug der psychologischen Kriegsführung Moskaus“ nannte. Der Bonner Kanzler sticht ja nun selbst unter den westeuropäischen Staatschefs durch extreme Carter-Hörigkeit heraus. Und wenn selbst er jetzt von Strauß und seinen Leuten in die Moskauer Ecke gedrängt wird, dann kann man sich ausmalen, wo sie selbst ihren Standort haben.

Ein Kanzler Strauß — das hat der Westberliner Parteitag wieder in aller Schärfe deutlich gemacht — würde unser Land vollends an die amerikanischen Kriegsabenteurer ausliefern, würde uns ohne jede Bedenken in die militärische Konfrontation der Supermächte hineinzerren. Bezeichnend für den Parteitag der CDU war die Tatsache, daß auch die kleinen und großen Fürsten dieser Partei eifertig die Forderung des Führers nach einer „härteren Gangart“ erfüllten. So hetzte etwa auch Kohl im besten Strauß-Stil gegen eine „Moskau-Fraktion“ in der SPD.

Die CDU hat Strauß zu ihrem Kanzlerkandidaten gemacht. Sie hat sich diesem Mann inzwischen völlig in die Hand gegeben. Das wurde zum Ende des Parteitags noch einmal deutlich. Strauß bekräftigte seine Weigerung, im Wahlkampf ein „Schattenkabinett“ aufzustellen, wie es von CDU-Führern immer wieder verlangt worden war. Er wolle sich — so der Kandidat — nur mit einer Mannschaft aus Leuten umgeben, die bereit wären, sich jederzeit von ihm austauschen zu lassen. „Orden und Posten“ würden erst nach gewonnener Wahl verteilt — von einem Kanzler Strauß in selbsterhellender Entscheidung. Und als der Führer dermaßen unmißverständlich klar machte, daß er allein das Sagen in der Union hat, rührte sich unter den Delegierten des Parteitags nicht der geringste Widerspruch.



„Helmut Schmidt ist gescheitert, aber der Erlöser ist da...“

EG-Sportler fahren nach Moskau

Westdeutschland völlig isoliert

Neue Sitzung des NOK gefordert

BONN. — Nur ein einziges Land der Europäischen Gemeinschaft wird die Sommerolympiade in Moskau boykottieren: die Bundesrepublik Deutschland. Auf Boykottkurs sind nur drei weitere europäische Länder, Liechtenstein, Norwegen und Monaco, gegangen.

Damit ist genau das eingetreten, wovon NOK-Präsident Daume seit Monaten gewarnt hat: Der westdeutsche Sport hat sich in Europa völlig isoliert. Und diese Tatsache ist darauf zurückzuführen, daß die Bundesregierung einen Kurs der blinden Gefolgschaft gegenüber dem Boykottbetzer Carter eingeschlagen, daß sie von vorneherein massiven Druck auf die Sportverbände ausgeübt hat.

In der Regie Carters und seiner Vasallen war dem westdeutschen NOK-Beschluß eine „Signalwirkung“ für die NOKs der anderen westeuropäischen

Länder zugebracht worden. Aber das Unternehmen endete mit einer schweren Schlappe für die Boykotteure. Weder durch das „Signal“ aus der Bundesrepublik noch durch die Erpressungsversuche des Carter-Sonderbotschafters Cutler ließen sich die Olympischen Komitees Westeuropas in ihrer Entscheidung, nach Moskau zu gehen, beirren.

Jetzt tobt die internationale Riege der Boykotteure. In Bonn war es bezeichnenderweise der Kriegsminister Apel, der im Namen der Bundesregierung

die anderen EG-Länder als „unsolidarisch“ beschimpfte. Die gleiche Vasallentreue wie Bonn in der Olympiafrage haben fast ausschließlich reaktionäre und faschistische Marionetten-Regime der USA gezeigt: die Liste der Boykott-Länder reicht von Chile über Israel nach Süd-Korea.

In der Bundesrepublik haben angesichts des eindeutigen europäischen Votums für Olympia immer mehr Sportler eine neue Sitzung des NOKs und die Revision des Boykott-Beschlusses gefordert.

Meldungen

Strauß-Anzeige zurückgewiesen

STUTTGART. — Ein Plakat mit dem Text „Wer Strauß wählt, wählt Reaktion, Faschismus und Krieg“ hatte der Stuttgarter Buchhändler Wendelin Niedlich in seinem Schaufenster aushängen. Ein von Strauß und von der Staatsanwaltschaft dagegen beantragter Strafbefehl war schon im Februar vom Amtsgericht abgelehnt worden (siehe auch RM 12/80). Jetzt wies auch das Landesgericht Stuttgart eine Beschwerde gegen diese Entscheidung zurück.

Das Gericht bescheinigte dem Buchhändler die „Wahrnehmung berechtigter Interessen.“ Im Inhalt des fraglichen Plakats sei zwar eine ehrverletzende Mißachtung der Persönlichkeit von Strauß zu erkennen, „zumal dieser für das höchste Regierungsamt kandidiert.“ Trotzdem wäre die auf dem Plakat getroffene Kennzeichnung ein subjektives politisches Werturteil und ein „(noch) adäquates Mittel“ in der politischen Auseinandersetzung, das vom Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt sei.

Einprägsame Formulierungen, so erklärte das Gericht, müßten angesichts der heutigen Reizüberflutung hingenommen werden. Das gelte besonders dann, wenn diese Formulierungen eine Antwort auf die polemische und emotionale Argumentation wären, für die Strauß bekannt sei.

Tod im Streifenwagen

GELSENKIRCHEN. — Vor einem Rätsel stehen nach den Angaben des Oberstaatsanwalts Lauer die Behörden bei der Bestimmung der Todesursache eines 38jährigen Mannes, der in einem Polizeiwagen zu Tode gekommen ist.

Der Mann war einer Streife durch unsichere Fahrweise aufgefallen. Er wurde einem Alkoholttest unterzogen und dann in den Streifenwagen verfrachtet. Wenig später war er tot. Was die angeblichen Rätsel betrifft, so gibt es mehrere Zeugen, die eine Lösung dafür haben: Sie haben nämlich gesehen, daß der Autofahrer äußerst brutal in den Streifenwagen geprügelt wurde. Gegen die Besatzung des Wagens wurde jedoch bislang kein Strafverfahren eingeleitet.

Bremen: neun Prozent arbeitslos

BREMEN. — Ein „bedrohliches Alarmsignal“ sieht die Arbeiterkammer in Bremen in der Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit in der Hansestadt weiter ansteigt.

Während die offizielle Arbeitslosenquote im Bundesdurchschnitt bei 3,6 Prozent liegt, wurden in Bremen 5,4 Prozent registriert (im März lag die Zahl noch bei 5,2 Prozent). Rechnet man zu diesen offiziellen Angaben allerdings die „stillen Reserven“, zum Beispiel vom Arbeitsamt geförderter Umschüler, dazu, kommt man auf weit höhere Zahlen. Die Arbeiterkammer veranschlagt die tatsächliche Arbeitslosenquote in Bremen auf acht bis neun Prozent.

WESTBERLIN.— Mit Fug und Recht wird man den Berliner Gesundheitstag als die größte oppositionelle Veranstaltung im Gesundheitswesen in der Geschichte der Bundesrepublik und Westberlins bezeichnen können. Was da vom 14. bis 18. Mai in den Räumen der Freien Universität, der Technischen Universität, des Mehringhofes und zahlreichen anderen Örtlichkeiten und am Schluß in der großen Deutschlandhalle über die Bühne ging, zeigt unmißverständlich, daß die Verschärfung der gesundheitspolitischen Situation in unserem Lande keineswegs spurlos an den im Gesundheitswesen tätigen Arbeitern und Angestellten, an den niedergelassenen Ärzten, dem Pflegepersonal, den

Apothekern und Sozialarbeitern vorübergegangen ist. Die etwa 12 000 Teilnehmer des Gesundheitstages sind sich wohl dahingehend einig, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann. Auf welche Art und Weise das Ruder herumgerissen werden soll, in welche Richtung in Zukunft gesteuert werden soll und wo die Ursachen der Misere liegen, darüber gingen die Meinungen weit auseinander. Da wurden die widersprüchlichsten Konzepte, Methoden und Alternativen vertreten. Auf jeden Fall gebührt dem Gesundheitstag das Verdienst, die ganze Breite der verschiedenen Vorstellungen und politischen Strömungen dokumentiert zu haben.

83. Deutscher Ärztetag

„Selbstbeteiligung“ bedeutet soziale Demontage

„Rückfall in die Klassenmedizin“

WESTBERLIN.— Eine Woche vor Eröffnung des CDU-Parteitags im Westberliner Kongresszentrum ging auf Einladung des ehemaligen SA-Mitglieds Prof. Dr. Heim der 83. Deutsche Ärztetag am selben Ort über die Bühne. Mit der Verabschiedung der „Vorschläge für die Einführung von Selbstbeteiligungen“ erwiesen sich 95 Prozent der 250 Ärztedelegierten als mindestens ebenso stramme Verfechter der sozialen Demontage wie ihre Politikerkollegen in den Reihen der CDU-Parteitagsdelegierten.

Die ärztlichen Standesvertreter setzten sich nach kontroverser Diskussion um ein Grundsatzprogramm zur Weiterentwicklung der Gesundheits- und Sozialpolitik („blaues Papier“) mit erdrückender Mehrheit für die „Selbstbeteiligung“ ein.

Schon dieser Begriff ist ein einziger Hohn für die sozialversicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten, bringen sie doch Monat für Monat über die Krankenkassenbeiträge (zu) hohe Kosten für ihre gesundheitliche Versorgung auf.

Die „Selbstbeteiligung“ wäre nicht nur ein weiterer unverhüllter Angriff auf den sozialen Besitzstand der arbeitenden Bevölkerung insgesamt, sie trübe besonders hart jene Schichten, die aufgrund ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen besonders häufig ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen müssen und gleichzeitig über geringes Einkommen verfügen.

Es ist eine Frechheit sondergleichen, wenn Arztpräsident Karsten Vilmar die „Selbstbeteiligung“ unter dem Vorwand der „Eigenverantwortung des Sozialversicherten für seine Ge-

sundheit“ einführen will, wo doch in Wirklichkeit die professionellen Umweltverschmutzer und Arbeitshetzer in den Betrieben die Hauptverantwortung für die marode Volksgesundheit tragen.

Hans-Ulrich Deppe, Sozialmediziner aus Frankfurt, sprach auf dem Westberliner Gesundheitstag vom „Rückfall in die Klassenmedizin“.

In der Tat würde die Einführung der Selbstbeteiligung die Qualität der ärztlichen Versorgung vollends vom Geldbeutel der Patienten abhängig machen und ist somit gegen die gesundheitspolitischen Interessen der Werktätigen gerichtet.

Wenn Arztpräsident Vilmar ein „kollektives, soziales Sicherungssystem“ als „Verlust der persönlichen Freiheit des Patienten“ betrachtet, so hat er durchaus unrecht. Richtig wäre es, dies als Verlust der schrankenlosen ärztlichen Gewerbe-freiheit zu betrachten, die den Patienten und dessen Behandlung lediglich unter dem Aspekt der persönlichen Bereicherung sieht.

das viele Krankheiten produziert.“

Ein weiterer Punkt sollte nicht unerwähnt bleiben, und zwar die Haltung der im Gesundheitswesen Beschäftigten gegenüber der Gewerkschaft. Im wesentlichen waren in dieser Hinsicht zwei Strömungen zu beobachten.

Einmal jeden Kräfte, die aus prinzipiellen Erwägungen den gewerkschaftlichen Kampf ablehnen, weil sie aus ihrer kleinbürgerlichen und beschränkten Weltanschauung heraus jeder Art von organisiertem Kampf mit Befremden gegenüberstehen. (Solche Leute betrachteten schon die Einsetzung von Diskussionsleitern als unzulässige Einschränkung ihrer persönlichen Freiheit.)

Zum anderen gab es starke Kräfte, die prinzipiell den gewerkschaftlichen Kampf befürworteten, einfach schon deshalb, weil ein großer Anteil der im Gesundheitswesen Beschäftig-

ten ÖTV-Mitglieder sind.

Hier machte sich jedoch auch bemerkbar, daß die versöhnlerische Haltung der ÖTV-Führung gegenüber den Feinden eines funktionierenden Gesundheitswesens viele in der Gewerkschaftsfrage schwankende Kollegen von einem Beitritt in die ÖTV abhält, weil sie einfach keine Möglichkeit sehen, innerhalb der Gewerkschaft Entscheidendes für die Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung zu leisten. Dies wird sich in dem Maße klären, wie klassenkämpferische Kräfte innerhalb der Gewerkschaft an Einfluß gewinnen.

Abschließend bleibt nur zu sagen: Hut ab vor den Organisatoren, die — wenig an der Zahl — die Durchführung dieser Mammutveranstaltung großartig vorbereitet und gemanagt haben.

jvt

Gesundheitstag Berlin 1980

Größte oppositionelle Veranstaltung seit 1945

Gewerkschaftsfrage blieb umstritten

Gleich zu Beginn muß festgestellt werden, daß es nahezu unmöglich ist, dem interessierten Leser einen Gesamtüberblick über die zahlreichen Aktivitäten des Gesundheitstages zu geben, immerhin wurden in den fünf Tagen etwa 300 Veranstaltungen, Vorlesungen und Diskussionsrunden abgewickelt.

Für den Teilnehmer begann der Gesundheitstag eigentlich schon zu Hause. Man studierte das 192 Seiten starke Programmheft; dort fand man die zahllosen Veranstaltungen unter zehn Themenbereichen aufgeführt: Medizin und Nationalsozialismus, Gesundheit und Politik, Gesundheit-Umwelt-Arbeitsplatz, die Situation der Frau im Gesundheitswesen, Kinder, alternative Heilmethoden, Elend der herrschenden Psychiatrie, Ansätze einer besseren Gesundheitsversorgung, Gesundheit in der Dritten Welt, Musik-Theater-Film. Nun stand man vor der Qual der Wahl. Eine Auslese mußte getroffen werden.

Mit einem persönlichen Fahrplan ausgestattet, konnte es

Doch der Haken war — und das war bestimmt der Mehrzahl der Gesundheitstagsteilnehmer ziemlich klar —, die Misere im Gesundheitssystem existiert nun einmal, und mit Heilkräutern, gruppenspezifisch orientierten Ärzteguppen und anderen zu meist rückwärts gewandten Methoden ist den Hauptverantwortlichen für diese Misere eben nicht beizukommen. Wer das nicht sieht, ist in seinem Bemühen um eine Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung von vorneherein zum Scheitern verurteilt.

Aber die eben etwas polemisch geschilderte „alternativbunt-grüne Szene“ war beileibe nicht die einzige Erscheinung auf dem Gesundheitstag. Es gab durchaus Referenten, die mit ihren wissenschaftlichen Arbeiten den Ursachen der Misere und ihren konkreten Auswirkungen auf der Spur waren.

So legte zum Beispiel der Bremer Arbeitsmediziner Prof. Dr. med. Rainer Müller Forschungsergebnisse vor, die klipp und klar beweisen, daß das Industrie proletariat die

Sehr gut war ein Referat der Westberliner Apothekerin Ingeborg Simon, die zusammen mit Dr. Rolf Rosenbrock (Ökonom) und dem Mediziner E. Greiser ein Seminar über „aktuelle Probleme in der ambulanten Arzneimittelversorgung“ abhielt. In der Vorankündigung hieß es unter anderem: „Mehr Demokratie wagen — so tönte es einst aus Bonn. Was ist daraus geworden? Hat man es gewagt, den Pharmamillionären etwas von ihrer Macht zu nehmen, um den Millionen Versicherten in den gesetzlichen Krankenkassen davon zu geben? Denkste!“

Völlig richtig nannte die Apothekerin ihren Vortrag „eine Kampfansage an die pharmazeutische Industrie“.

Diese Art der Herangehensweise ist geeignet, klarzumachen, daß jedes ernstzunehmende gesundheitspolitische Programm gegen die Diktatur des Kapitals, speziell der Pharmaindustrie, im Gesundheitswesen gerichtet sein muß!

Uli Clever, Mitglied der Freiburger Redaktion der Zeitschrift „Dr. med. Mause“, beschäftigte sich in seinem Referat „Geschichte der Standesorganisationen und ihrer oppositionellen Alternativen“ mit der Entstehung der seit 1900 vollkommen arbeiterfeindlichen und stockreaktionären bis faschistischen Standespolitik der Ärztenverbände und legte dar, wie jene skrupellosen Standesfunktionäre niemals davor zurückgeschreckt sind, sich mit den größten Verbrechen der Weltgeschichte zu verbrüder, um ihre Privilegien zu verteidigen und zu vermehren. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß der Hartmann-Bund politisch fest an der Seite der CSU steht.

Auch diese Art von Vorträgen ist geeignet, klarzumachen, daß jedes ernstzunehmende gesundheitspolitische Programm sich mit aller Schärfe gegen diese Unternehmer und Reaktionäre im Arztgewand richten muß mit dem Ziel, ehrliche Mediziner aus den reaktionären Verbänden herauszulösen.

Insgesamt ist es wohl eins der größten Verdienste des Gesundheitstages, die Mitverantwortung der Mehrheit der deutschen Ärzteschaft für den Terror der Nationalsozialisten herausgearbeitet zu haben. Zum ersten Mal ist vor solch großem Forum dieses bis heute weitgehend totgeschwiegene Thema

Schreibt gesundheitspolitische Korrespondenzen

Der Kampf für eine bessere gesundheitliche Versorgung der arbeitenden Bevölkerung ist ein wichtiger Abschnitt der Kampffront gegen den Abbau des Lebensstandards der Werktätigen in unserem Land. Der „Rote Morgen“ wird in den nächsten Ausgaben in lockerer Folge einige Artikel zu wichtigen Aspekten der Gesundheitspolitik veröffentlichen. Genossen und Freunde der Partei, die aus eigener Erfahrung — sei es als Arzt, Schwester oder Pfleger, sei es als Patient — über die sich ständig verschlechternde Versorgung berichten können, sind aufgerufen, zur Feder bzw. in die Tasten zu greifen. Korrespondenzen schicken an: Redaktion „Roter Morgen“, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30

dann losgehen. Erster Eindruck: eine Vielzahl von Infoständen und Flugblattverteilern waren gewissermaßen der ständige Trost der verschiedenen Großveranstaltungen.

Da gaben sich Wohngemeinschaften mit ihren garantierten chemiefreien landwirtschaftlichen Produkten wie Vollkornbrot, Körnern und „Energiebällchen“ ein buntes Stelldichein, da wurde mit allerlei wunderlichen Salben und Mixturen ein schwungvoller Handel getrieben. Kurzum, wer wollte, konnte sich zumindest stundenweise der Vorspiegelung einer heilen und sauberen Welt hingeben ohne die verbrecherischen Pharmakonzerne und ohne die berufsmäßigen Rationalisierer und Antreiber in den Krankenhäusern, ohne die profitgierige Ärztemafia.

Hauptlast der gesundheitspolitischen Misere zu tragen hat.

So wies er nach, daß bis 1990 nur 30 Prozent aller Arbeiter und Angestellten wegen Erreichen der Altersgrenze aus dem Erwerbsleben ausscheiden werden, 37 Prozent wegen chronischer Erkrankungen (Frühinvalidität). 33 Prozent sterben vor Erreichen der Altersgrenze. Bei den Arbeitern sieht es noch ungünstiger aus; innerhalb der Arbeiterklasse haben wiederum Berufsgruppen wie Stahlarbeiter oder Bergleute die Hauptlast zu tragen.

Diese Art von Wissenschaft ist geeignet, klarzumachen, daß jedes ernstzunehmende gesundheitspolitische Programm von den Interessen der Arbeiterklasse ausgehen muß.



Gesundheitstag in Berlin 1980

In Dortmund-Huckarde sollen 1 600 Arbeitsplätze verschwinden

Zeche Hansa soll sterben!

Statt Vorrang für Kohle: Profit über alles!

DORTMUND. — Zum 30. Oktober sollen die Kumpel auf der Zeche Hansa in Dortmund-Huckarde die letzte Schicht fahren. Die 111 Jahre alte Zeche, auf der zur Zeit rund 1 600 Menschen beschäftigt sind, soll stillgelegt werden.



Schon im Jahre 1967 demonstrierte die Hansa-Belegschaft für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze

Die Bosse der zur Ruhrkohle AG (RAG) gehörenden Bergbau AG (BAG) Westfalen informierten in der letzten Woche den Betriebsrat und die Vertrauensleute über ihren Beschluß, daß die Zeche bis zum 30. Oktober stillgelegt werden soll. Die Belegschaft wird offiziell erst auf einer Betriebsversammlung am 1. Juni unterrichtet. Die Vermutung, daß die Stilllegung der Zeche geplant ist, bestand schon seit vielen Monaten. Die RAG-Kapitalisten weigerten sich jedoch bislang, der Belegschaft reinen Wein einzuschenken.

Die Zeche Hansa ist eine sogenannte Hydro-Grube. Das bedeutet, daß nach einem neuartigen Verfahren die Kohle mit Wasserkraft aus den Flözen gebrochen wird. Die Bundesregierung subventionierte den Einsatz dieser neuen Technik auf Hansa mit bisher 100 Millionen Mark.

Als Begründung für die Stilllegung wird angeführt, das gesetzte Limit von 3 000 Tages-tonnen sei nicht erreichbar. In guten Tagen seien als Höchstes 2 500 Tonnen Kohle gefördert

worden. Auch die Förderung von geologisch günstiger gelagerten sieben Millionen Tonnen förderungswürdiger Kohle im benachbarten Grubenfeld der ehemaligen Zeche von Hansmann sei zu aufwendig.

Im Klartext heißt das: Die Stilllegung ist das Ergebnis der Profitgier der Energiekapitalisten. Aus Hansa ist nicht genügend Reibach herauszuholen, also wird die Zeche dichtgemacht. Das ist die Realität, die hinter der Phrase der SPD im Landtagswahlkampf steckt: „Vorrang für die Kohle“. Für die SPD-Bonzen hat allemal noch der Profit Vorrang vor allem anderen.

Der Bezirksleiter der IG Bergbau und Energie, Ewald Brenne, behauptet: „Wir haben alles versucht, die 1 600 Arbeitsplätze zu erhalten“. Alles versucht? Daß die IG-Bergbau-Bonzen in irgendeiner Form versucht hätten, die RAG-Bosse von ihrer Stilllegungsabsicht abzubringen, muß in das Reich der Märchen und Fabeln verwiesen werden. Schon gar nicht haben die Bonzen den Versuch gemacht, auch nur in Ansätzen

einen Kampf für die Erhaltung der Zeche und damit auch von 1 600 Arbeitsplätzen zu initiieren.

Dabei ist ein solcher Kampf nicht unmöglich. Die Kumpel haben es bewiesen. Bereits zweimal, 1967 und 1975, ver-

hinderten sie durch Massendemonstrationen und militante Proteste die Stilllegung der Zeche. Aber Ewald Brenne denkt an Kampfmaßnahmen nicht im Traum. Sein warmer Sessel im Aufsichtsrat der BAG läßt ihn wohl süßere Dinge träumen...

Brenne beruhigt lieber die Kumpel mit frommen Sprüchen: „Wer weiterarbeiten will, wird es auf jeden Fall in einem Betrieb über Tage können“, behauptete er in der Lokalpresse. Was heißt denn hier: „Wer weiterarbeiten will“? Außerdem: Über die Frage, unter welchen Bedingungen, zu welchem Lohn man auf andere Dortmunder Zechen übernommen wird, schweigt Brenne sich aus. Auch darüber, daß die Vernichtung von 1 600 Arbeitsplätzen in Dortmund auf jeden Fall das Arbeitslosenheer anwachsen läßt, und daß sie insbesondere für den Vorort Huckarde ein böser Schlag ist. Die Zeche ist der einzige bedeutende Großbetrieb in Huckarde. Huckarde lebt von der Zeche Hansa!

Eine über 100jährige Tradition wird mit der Stilllegung von Hansa begraben. Eine Tradition mit sehr bitteren und grausamen Seiten. Die letzten beiden größeren Grubenunglücke gab es am 3. Oktober 1954 und am 23. März 1979. Zehn Kumpel starben bei dem Unglück 1954 und sieben waren es im letzten Jahr.



Eine trügerische Hoffnung: Hydrobergbau sollte die Zeche in Betrieb halten

Vertrauensleuteversammlung Klöckner-Bremen

Antrag zur Kriegsgefahr löste heftige Diskussionen aus

Arbeiterkorrespondenz aus Bremen

Die Gewerkschaften müssen sich aktiv für die Sicherung des Friedens einsetzen. Diese Forderung wird von immer mehr aktiven Gewerkschaftern an die zuständigen Gewerkschaftsgremien gerichtet. Angespornt durch einen entsprechenden Antrag der Vertrauens-

In dem Antragstext heißt es unter anderem:

„Angesichts der schnell wachsenden Kriegsgefahr wird sich die IG Metall als Kraft der aktiven Friedenssicherung einsetzen. Sie wird dem Druck der rüstungsindustriellen Lobby ebenso entgegenstehen wie allen Boykottmaßnahmen, die der stimmungsmäßigen wie materiellen Kriegsvorbereitung dienen.“

Und in der Antragsbegründung wird ausgeführt:

„Die Entwicklung der letzten Monate, besonders das militärische Eingreifen der Sowjetunion und der USA im Mittleren Osten hat die Menschheit an den Rand eines neuen Weltkrieges gebracht. Durch die Konfrontation der Supermächte und ihrer Militärblöcke wäre Deutschland von einem solchen Krieg besonders stark betroffen.“

Was sich nun in der Versammlung abspielte, kann man wohl als mittleren Tumult bezeichnen. Die im Vertrauenskörper vertretene SPD-Gruppe schrie Zeter und Mordio. Lautstark und sehr unsachlich vertrat sie die Ansicht, dies sei doch Politik, und Politik habe auf einer Gewerkschaftsversammlung nichts zu suchen. Im übrigen bestehe gar keine Kriegsgefahr und wenn doch, so hätten die Gewerkschaften sich da herauszuhalten. Und überhaupt brauchten wir doch das Bündnis mit den USA, ansonsten würden uns schließlich die Russen überrollen.

Ein besonders fanatischer Vertreter dieses Standpunktes schrie laufend: „Jawoll, wir wollen uns verteidigen!“ Man fragt sich angesichts der amerikanischen Politik: vielleicht im Iran? Eines wurde durch das

leutenversammlung bei Mannesmann-Huckingen an den Gewerkschaftstag, der IG Metall schlug nun auch ein Vertrauensmann der Klöckner-Hütte in Bremen einen ähnlichen Antrag auf der Vertrauensleuteversammlung vor.

Auftreten der SPD-Gruppe deutlich: Diese rechten Sozialdemokraten halten ihrem Schmidt die Fahne bis zur bitteren Neige.

Anders die weitaus überwiegende Mehrheit der anwesenden Vertrauensleute. Mit teilweise sehr kämpferischen und leidenschaftlichen Diskussionsbeiträgen wiesen die Kollegen die Angriffe der rechten SPD-Gruppe zurück und sprachen sich für einen solchen Antrag aus. Die Vertrauenskörperleitung, die stark DKP-beeinflußt ist, schien sich ebenfalls auf die Seite des Antragsstellers zu stellen. Sie wollte aber den Antrag so nicht annehmen und weigerte sich, darüber abstimmen zu lassen. Offensichtlich will die Sache zu scharf formuliert, und auch die Rolle der Sowjetunion war nicht so darge-

stellt, wie sie es sich wohl wünschten.

Dem Antragsteller wurde geraten, sich in den darauffolgenden Tagen bei der Vertrauenskörperleitung einzufinden, um sich mit ihr über Textänderungen zu unterhalten. Es kam aber anders. Die Vertrauenskörperleitung verfaßte einen eigenen, abgeschwächten Antrag zur Friedenssicherung, den sie als Initiativantrag in die Vertreterversammlung der IGM einbrachte. Dem verdutzten Vertrauensmann aber hielt man vor, er würde mit reaktionären Bildzeitungsargumenten arbeiten, weil er die Sowjetunion mit den USA gleichsetze und mit für die Kriegsgefahr verantwortlich mache. Außerdem wolle man wegen eines solchen Antrages nicht das (angeblich) schlechte Verhältnis zur SPD-treuen Ortsverwaltung der IG Metall noch mehr gefährden.

Lohnrunde in der Chemieindustrie

IG Chemie erklärt Verhandlungen für gescheitert

DÜSSELDORF. — Im mit 200 000 Beschäftigten größten Tarifbezirk der Chemieindustrie, dem Bezirk Nordrhein, sowie im Bezirk Rheinland-Pfalz, hat die IG Chemie das Scheitern der Lohnverhandlungen erklärt.

Der Sprecher der Verhandlungskommission der IG Chemie, Walter Gläser, erklärte, die Unternehmenseite habe starr an ihrem 6-Prozent-Angebot festgehalten. Gleichzeitig hätten die Chemiekapitalisten ultimativ erklärt, daß sie eine Verbesserung der Lohnstruktur ablehnen. Die Forderungen der IG Chemie betragen im Durchschnitt 9,2 Prozent.

Die IG Chemie ruft jetzt die Schlichtungsstelle an. Das Schlichtungsabkommen in der Chemieindustrie sieht eine Schlichtungsfrist von 21 Tagen vor. In dieser Zeit läuft die Friedenspflicht weiter. Die Schlichtungsstelle ist mit je drei Vertretern beider Tarifparteien paritätisch besetzt. Einen „neutralen“ Vorsitzenden gibt es nicht. Die Kommission wird

beiderseitig von zentralen Spitzenvertretern besetzt.

Faktisch nützt das ganze Schlichtungstheater nur den Unternehmern. Für die Gewerkschaft entstehen dadurch keine besseren Bedingungen zur Durchsetzung ihrer Forderungen. Im Gegenteil. Eine weitere Verzögerung von gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen um drei Wochen verschlechtert die Bedingungen für einen Streik. Wenn nach den 21 Tagen die Schlichtung gescheitert ist, dann stehen unmittelbar die Schulferien in Nordrhein-Westfalen vor der Tür: Sie beginnen am 19. Juni.

Deshalb ist es jetzt die Aufgabe der kämpferischen Gewerkschafter, die Kollegen in selbständiger Initiative zu mobilisieren. Die Kollegen dürfen sich durch den Schlichtungsschwindel nicht die Hände binden lassen. Wenn es jetzt nicht zu Kampfaktionen in den Betrieben kommt, dann ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß die Schlichtung zu einem miesen Kompromiß führt.

Arbeitsgericht gegen Meinungsfreiheit

Maulkorb für Betriebsräte

LUDWIGSBURG. — Das Arbeitsgericht Ludwigsburg fällt jetzt ein Urteil, das den Lohnabhängigen und insbesondere ihren gewählten betrieblichen Vertretern, den Betriebsräten, in betrieblichen Angelegenheiten das Recht auf freie Meinungsäußerung abspricht.

Ein Betriebsrat hatte in einem Leserbrief, der im Mitteilungsblatt der Ludwigsburger IG Metall veröffentlicht wurde, Kritik an der Unternehmensleitung seiner Firma geübt. Daraufhin erteilten die Bosse ihm einen Verweis, der in der Personalakte schriftlich festgehalten wurde. Der Kollege ging vor das Arbeitsgericht und klagte auf Rücknahme des Verweises, der ihm ja nur deshalb erteilt worden war, weil er sein Recht auf freie Meinungsäußerung wahrgenommen hatte.

Die 10. Kammer des Arbeitsgerichts Ludwigsburg wies jedoch die Klage des Betriebsrates zurück. Sie segnete damit eine Haltung der Unternehmer juristisch ab, die nicht nur einem rigorosen Herr-im-Haus-Standpunkt entspricht, sondern auch das verfassungsmäßige Recht auf freie Meinungsäußerung mit Füßen tritt. Das Gericht brachte als Begründung für dieses skandalöse Urteil vor, ein Betriebsrat dürfe sich erst dann an die Öffentlichkeit

wenden, wenn er zuvor „sämtliche institutionellen Möglichkeiten“ des Betriebsverfassungsgesetzes ausgeschöpft habe.

In letzter Zeit häufen sich Meldungen über solche und ähnliche Vorstöße der Unternehmer zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit im Betrieb und zur Knebelung der Betriebsräte. Man denke an die Entlassung der beiden RGO-Betriebsräte bei Hoesch in Dortmund oder an den Versuch des Hamburger Heinrich-Bauer-Verlages, den Betriebsrat abzusetzen. In beiden Fällen geht es unter anderem um den Versuch, Betriebsräten einen Maulkorb zu verpassen. Gegen solche Angriffe wird ein aktiver Widerstand der Gewerkschafter, eine gemeinsame Kampffront immer notwendiger. Hier müssen auch endlich ernsthafte Maßnahmen der entsprechenden Gremien des Gewerkschaftsapparates erfolgen.

Die Vertreterversammlung der IG Metall in Ludwigsburg verabschiedete gegen das Urteil des Arbeitsgerichtes eine Protestresolution, in der dieses Urteil als „schändlich“ angeprangert wird. Erneut sei hier das Betriebsverfassungsgesetz gegen die Arbeiter und Angestellten ausgelegt worden.

DGB-Kreis fordert von NRW-Landesregierung:

Jetzt die Aussperrung durch Gesetz verbieten!

VIERSSEN. — Jetzt ist in Nordrhein-Westfalen ein Gesetz zum Verbot der Aussperrung fällig! Diese Forderung richtet der DGB-Kreis Viersen (Niederrhein) an die Landesregierung. Bekanntlich verfügt die SPD nach ihrem Wahlsieg über die absolute Mehrheit im Düsseldorfer Landesparlament.

Am Dienstag vergangener Woche verabschiedete die Kreisdelegiertenkonferenz des DGB in Viersen einstimmig einen entsprechenden Initiativantrag. In dem Antrag wird die nordrhein-westfälische Landesregierung aufgefordert, „unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, damit die Aussperrung per Gesetz verboten wird“.

Der DGB in NRW hatte zur Landtagswahl Wahlprüfsteine vorgelegt, in denen auch die Haltung der Parteien zur Aussperrung als wichtiger Maßstab festgelegt worden war. Die SPD, die jetzt über die absolute Mehrheit verfügt, hatte sich positiv zu den Prüfsteinen geäußert.

Die Initiative der DGB-Kollegen in Viersen sollte in breitem Maßstab Nachahmung finden. Die SPD in NRW muß nun Farbe bekennen. Die durch das Wahlergebnis entstandene Lage muß ausgenutzt werden, um im Kampf für das Verbot der Aussperrung in NRW einen Durchbruch zu erreichen!

13. Bundesjugendkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft

Mit geballter Faust für eine friedliche Zukunft

**Junge Postgewerkschafter: Einheitsgewerkschaft ja!
Sozialpartnerschaft nein!**

LUDWIGSHAFEN.— Für die Gewerkschaftseinheit auf klassenkämpferischer Grundlage — so könnte man die Tendenz zusammenfassen, die sich auf der Bundesjugendkonferenz der Postgewerkschaft in einigen wichtigen Fragen durchsetzte. Die Konferenz wandte sich gegen die vom DGB-Bundesvorstand und der Führung der Postgewerkschaft vertretene Linie der „Sozialpartnerschaft“ und übte scharfe Kritik an ihren spalterischen, antikommunistischen Angriffen auf die Einheitsgewerkschaft.

Vom 15. bis 17. Mai bemühten sich 147 Delegierte in Ludwigshafen mit großem Engagement darum, die 13. Bundesjugendkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft zum Ausgangspunkt für eine Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit und für die Überwindung reaktionärer gewerkschaftspolitischer Positionen im DGB zu machen. Die Ergebnisse der Beratung von ungefähr 280 Anträgen geben im großen und ganzen Anlaß zu Optimismus. Einige Anträge wurden gegen den erbitterten Widerstand des DPG-Vorsitzenden Ernst Breit verabschiedet.

Die Konferenz stand unter dem Motto: „Mit geballter Kraft die Zukunft sichern“. Rolf Büttner, der Vorsitzende des Bundesjugendausschusses der DPG, der später mit 83 von 121 gültigen Stimmen wiedergewählt wurde, gab diesem Motto in seinem Rechenschaftsbericht dann noch einen schärferen Akzent. Er faßte seinen Appell für den Kampf gegen die Kriegsgefahr und den Rüstungswahnsinn mit der Losung zusammen: „Für eine friedliche Zukunft werden wir mit geballter Faust kämpfen“.

Den Standpunkt der Postgewerkschaftsjugend in der gewerkschaftspolitischen Auseinandersetzung innerhalb des DGB und seiner Einzelgewerkschaften kleidete Rolf Büttner in folgende Worte: „Für uns geht gewerkschaftliche Jugendarbeit nicht von irgendeiner Form von Sozialpartnerschaft aus, sondern vom Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit.“

Mit dieser Haltung stehen die Junggewerkschafter allerdings im Widerspruch zur eigenen Gewerkschaftsführung. Das zeigte sich auf der Konferenz nicht zuletzt an der harten Kritik, die von vielen Delegierten am letzten Tarifausschluß geübt wurde. Kein einziger Redner zeigte sich mit der Tarifpolitik der DPG-Führung einverstanden. Lebhafter Beifall klang dagegen auf, als ein Kollege ausführte, Tarifpolitik müsse als Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit gesehen werden. Es komme deshalb auf die Mobilisierung der Mitglieder an.

Ein Ausdruck für die Sozialpartnerschaftsideologie in der DPG-Führung ist die Tatsache, daß der oberste Chef der Postbeschäftigten, ihr unmittelbarer sozialer Gegner also, gleichzeitig ihr „Kollege“ sein soll. Bundespostminister Gscheidle nennt ein Mitgliedsbuch der DPG sein eigen. Die Jugendkonferenz verabschiedete konsequenterweise einen Antrag, der die zuständigen Gremien der Gewerkschaft auffor-

dert, Gscheidle aus der DPG auszuschließen.

Auf jugendtarifpolitischem Gebiet forderte die Konferenz unter anderem die Verpflichtung der Bundespost zur Übernahme aller Auszubildenden, die Sicherung der Qualifizierung bzw. von Umschulungen sowie einen Schutz vor unternehmerischen Übergriffen bei Rationalisierungsmaßnahmen. Als wichtigste Form der Arbeitszeitverkürzung wurde die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn gefordert. Im Zusammenhang mit der Einführung neuer Technologien wurde ferner die öffentlich-rechtliche Organisation der neuen Medien gefordert. Jede Privatisierung von Teilbereichen des Postbetriebs wurde scharf abgelehnt.

Was die Verteidigung der Einheitsgewerkschaft angeht, so stellte sich die Konferenz entschieden auf die Seite der klassenkämpferischen Kräfte im DGB und den Einzelgewerkschaften, die sich gegen eine demagogische Umkehrung des Wesens der Einheitsgewerkschaft in ihr Gegenteil wehren, wie sie von offenen wie versteckten Gewerkschaftsfeinden betrieben wird.

Schon in seinem Rechenschaftsbericht konstatierte Rolf Büttner, daß die Parolen von der angeblichen „kommunistischen Unterwanderung“ der Gewerkschaftsjugend aus „der polemisch-politischen Giftküche der Gewerkschaftsgegner“ stammen. Daraus wurde eine praktische Konsequenz gezogen, indem die Konferenz einstimmig die Aufhebung jenes berüchtigten Beschlusses des Gewerkschaftsrats vom November vergangenen Jahres forderte, der DKP-Mitglieder in der DPG mit Funktionsverbot und mit dem Etikett „Mitglied 2. Klasse“ belegen will (dieser Antrag ist nebenstehend im Wortlaut wiedergegeben).

Allerdings hätte man konsequenterweise noch einen Schritt weitergehen und die Beseitigung der spalterischen Unvereinbarkeitsbeschlüsse fordern müssen. Kollegen, die revolutionären Organisationen wie der KPD/ML angehören, oder die sich mit der Revolutionären Gewerkschaftsopposition für eine klassenkämpferische Linie des DGB einsetzen, sind alles andere als Gewerkschaftsfeinde.

Unter den gewerkschaftspolitischen Entscheidungen der Konferenz seien noch genannt: die Forderung, an den Wahlprüfstein zur Bundestagswahl festzuhalten und die Forderung, daß während des Wahlkampfes von weiteren Gesprächen zwischen dem DGB-Vorsitzenden Vetter und dem Kanzlerkandidaten F.J. Strauß

Abstand zu nehmen sei.

Nicht zuletzt leistete die Konferenz mit ihren Anträgen zum Kampf für den Frieden einen Beitrag zur Verteidigung der Grundinteressen der Jugend und der Gewerkschaftsbewegung. In einem Antrag, gegen den der DPG-Vorsitzende Breit heftig aber vergeblich opponierte, verlangte die Konferenz unter anderem: Ablehnung der Stationierung von Mittelstreckenraketen, Marschflugkörpern und sonstigen Atomwaffen auf dem Boden der Bundesrepublik, Verhandlungen über den Truppenabbau in Europa und ein Exportverbot von Rüstungsgütern.

In einem weiteren Antrag erklärten die Konferenzteilnehmer ihre Unterstützung für den von der IG-Metall-Jugendkonferenz unlängst beschlossenen Protestmarsch gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen und für Abrüstung.

Antrag der Jugendkonferenz zum DKP-Beschluß des Gewerkschaftsrats

Im Wortlaut

Die Bundesjugendkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft fordert die Aufhebung des Gewerkschaftsbeschlusses zum Antrag 951 des 12. ordentlichen Kongresses der DPG. (...)

Eine Unterscheidung der Gewerkschaftsmitglieder nach Parteizugehörigkeit bzw. vermuteter weltanschaulicher Überzeugung und der vom Gewerkschaftsrat empfohlenen Eignung oder Nichteignung für Funktionen innerhalb der DPG verstehen wir als Widerspruch zu den Prinzipien der Einheitsgewerkschaft.

Ebenso mißachtet der Gewerkschaftsratsbeschuß nach unserer Meinung die Verpflichtung des Paragraphen 9 Abs. 2a der Satzung, daß jedes Mitglied verpflichtet ist, „sich gegenüber allen Mitgliedern der DPG und anderen im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Gewerkschaften kollegial zu verhalten und Solidarität zu üben“.

Die Einheitsgewerkschaft ist die logische und notwendige Schlussfolgerung aus den bitteren gemeinsamen Erfahrungen von Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen und Parteilosen. Zersplitterung und fehlende Geschlossenheit war die Ursache dafür, daß der Faschismus zur Macht kam und die Arbeiterbewegung zerschlug und viele ihrer Funktionäre einkerkerte, folterte und ermordete.

Die Aussage von Hans Böckler, das Prinzip der Einheitsgewerkschaft zu hüten wie den eigenen Augapfel, gilt heute nach wie vor.

Die massiven Angriffe der Unternehmer und ihnen nahestehender politischer Kräfte auf die Einheitsgewerkschaft dürfen keinen Einzug, Niederschlag und Konsequenzen innerhalb der Gewerkschaften haben.

Die Empfehlung, DKP-Mitglieder und andere Anhänger dieser Ideologie — (was immer darunter zu verstehen ist) — mit einem Funktionsverbot zu belegen, verunsichert die Mitgliedschaft, ermöglicht Spekulationen und Unterstellungen und kann bis zum politischen Rufmord führen.

Dies kann nur den Gewerkschaftsgegnern dienlich sein.

Hans Preiss ein Gegner der Unvereinbarkeitsbeschlüsse?

Sein Wort in Loderers Ohr!

Hans Preiss, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, sprach kürzlich ein bemerkenswertes Wort im Zusammenhang mit der Diskussion um die Einheitsgewerkschaft. Er sagte: „Nicht der politische Andersdenkende in unseren Reihen ist der Gegner, sondern einzig und allein die Unternehmer sind es.“

Sehr richtig, Kollege Preiss! Wenn aber Wort und Tat eins sein sollen, muß Hans Preiss sich für die Beseitigung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der IG Metall einsetzen.



Unser Foto zeigt die Aktion der Dortmunder Müllarbeiter vom 27. März dieses Jahres. Aus Empörung über den Versuch, mit Privatisierungsdrohungen eine Leistungssteigerung bei der Müllabfuhr zu erpressen, waren die Müllmänner in das Dortmunder Stadthaus einmarschiert.

Elf Dortmunder ÖTV-Kollegen droht Maßregelung

Oberstadtdirektor will Exempel statuieren!

**Spontane Aktionen vom vergangenen März finden
skandalöses Nachspiel**

DORTMUND.— In Dortmund will der Oberstadtdirektor Imhoff (SPD) elf Beamte maßregeln, die sich an den Protestaktionen im öffentlichen Dienst vom vergangenen März beteiligt hatten. Im Rahmen der Lohnrunde war es damals in vielen Städten zu spontanen Arbeitsniederlegungen und Protestkundgebungen gekommen, an denen sich Zehntausende von Arbeitern, Angestellten und Beamten beteiligt hatten.

Im März hatten auch die in Dortmund Beschäftigten der Stadtverwaltung und der Müllabfuhr durch Protestaktionen ihrer Empörung über die unverfrorene Haltung der öffentlichen Dienstherren bei den Tarifverhandlungen Ausdruck verliehen. Besonderes Aufsehen erregte die Aktion der Müllarbeiter, denen es nicht allein

um ihre Lohnforderung, sondern auch um einen von der Stadt Dortmund gegen sie gerichteten Erpressungsversuch ging: Entweder müsse die Leistung bei der Müllabfuhr gesteigert oder der Betrieb müsse privatisiert werden — so hatte man den Müllwerken gedroht. Aus Empörung darüber waren die Müllmänner in das Dortmunder Stadthaus einmarschiert. Sie wollten den Fraktionsvorsitzenden der SPD-Ratsherren zur Rede stellen, der einen entsprechenden Vorstoß im Stadtrat eingeleitet hatte.

Gewisse SPD-Bonzen nahmen nun die Wahrnehmung des Demonstrationsrechtes durch ihre Untergebenen zum Anlaß, den Maßregelungsknüppel aus dem Sack zu ziehen. Zunächst griff man im April zwei aktive ÖTV-Gewerkschafter heraus: den Kollegen Udo Stunz, Sprecher der ÖTV-Vertrauensleute in der Dortmunder Stadtverwaltung, und den Kollegen Rainer Schellbach, Vorsitzender des Gesamtpersonalrates der Städtischen Kliniken und der Stadtverwaltung. Sie wurden zu einer „Anhörung“ vorgeladen und mußten eine Stellungnahme wegen ihrer Beteiligung an den erwähnten Protestaktionen abgeben.

Dabei machen die Stadtherren sich die Tatsache zunutze, daß die beiden Kollegen städtische Beamte sind. Die kommunalen Arbeitgeber hatten beim Abschluß des Tarifausschlusses zugesichert, es werde keine Maßregelungen geben. Jetzt argumentiert Imhoff schlaue: Diese Zustimmung betreffe nur jene Personengruppen, die unter den betreffenden Tarifvertrag fallen, nämlich die Arbeiter und Angestellten, nicht jedoch die städtischen Beamten.

Der Disziplinierungsversuch rief sofort Empörung und massive Proteste bei den Kollegen hervor, insbesondere bei den aktiven Gewerkschaftern im Bereich der Stadtverwaltung. So verabschiedete die ÖTV-Vertrauensleuteversammlung der Stadtverwaltung am 23. April einstimmig eine Protestresolution, in der unter anderem festgestellt wird, daß sich die ange-

drohten Strafmaßnahmen nicht nur gegen die Betroffenen selbst richten: „Wir werten das Verhalten des Arbeitgebers als einen Einschüchterungsversuch, durch den die gewerkschaftliche Betätigung insgesamt und auf Dauer behindert werden soll.“

Gleichzeitig wird in der Resolution die ÖTV-Kreisverwaltung aufgefordert, „alle möglichen und notwendigen gewerkschaftlichen Mittel zum Schutz der betroffenen Kollegen einzusetzen“. Der Bezirksvorsitzende und der Kreisvorsitzende der ÖTV allerdings weigern sich, dieser völlig berechtigten Forderung nachzukommen. Sie behaupten, jetzt müsse man sich still verhalten, damit sich die Sache nicht weiter zuspizze.

Oberstadtdirektor Imhoff weiß diese Schützenhilfe aus ÖTV-Führungsgremien zu nutzen. Er hat inzwischen gegen neun weitere städtische Beamte ebenfalls die Einleitung von Disziplinarmaßnahmen angekündigt. Ihm geht es darum, in der Stadtverwaltung ein Klima der Angst zu schaffen, um die Gewerkschaftsarbeit abzuwürgen, die dort durch den fortschrittlichen und sehr rührigen Vertrauensleutkörper der ÖTV zunehmend besser in Schuß gebracht wird.

Die Gewerkschafter aber wehren sich und organisieren die Solidarität. Schon im April hatten die Vertrauensleute gegen die Disziplinierung der Kollegen Stunz und Schellbach weit über tausend Unterschriften gesammelt. Jetzt haben die Kollegen in Zusammenarbeit mit dem ÖTV-Beamtenausschuß und mit dem Personalrat eine Art Selbstanzeigenkampagne eingeleitet. Überall in der Stadtverwaltung wird eine Erklärung verteilt, die die Kollegen unterschreiben und an den Oberstadtdirektor schicken sollen. Die Kollegen erklären darin, daß sie an ähnlichen gewerkschaftlichen Aktionen teilgenommen haben, derentwegen jetzt die elf Kollegen gemäßregelt werden sollen, und daß sie mit den Betroffenen solidarisch sind.

Haushaltspolitik der Grünen

Wozu brauchen wir Krankenhäuser und die Feuerwehr?

Amoklauf gegen die materiellen Interessen der Werktätigen

Seit geraumer Zeit sind Vertreter der Grünen in Landesparlamenten der Bundesrepublik vertreten. Welche Politik machen sie dort? Wie werden sie ihrem selbstgewählten Anspruch gerecht, eine

Es handelt sich dabei um die Haushaltsrede des Abgeordneten Olaf Dinné von der Grünen Liste vor der Bürgerschaft in Bremen. Nun ist ja gerade die Verabschiedung des Haushalts — sei es auf Bundes-, Länder- oder kommunaler Ebene — ein Feld, auf dem sich überzeugend Notwendigkeit und Perspektiven einer wirklich alternativen Politik darstellen ließen. Denn über den Staatshaushalt wird ein Teil des Einkommens der Werktätigen, der ihnen in Form von Steuern abgepreßt wurde, neu verteilt — zugunsten der Bourgeoisie.

Über den Haushalt wird die Ausschüttung von Subventionen an die Konzerne organisiert, über den Haushalt werden die staatlichen Unterdrückungsinstrumente und der aufgeblähte bürokratische Apparat finanziert usw. Eine wirklich fortschrittliche Haushaltspolitik müßte also diesen Mechanismus aufdecken. Sie müßte bei den Quellen, aus denen sich der Haushalt speist, ansetzen und sowohl rigorose steuerliche Entlastungen für die Werktätigen wie auch eine drastische Besteuerung der Reichen fordern. Was schließlich die Aufstellung der einzelnen Haushaltsposten angeht, so wird eine solche Politik selbstverständlich die Umverteilung zugunsten der Bourgeoisie und ihrer Apparate bekämpfen und entschieden dafür eintreten, daß die Haushaltsmittel im Interesse der Werktätigen verwendet werden (Schaffung von Arbeitsplätzen, Schulen, Wohnungsbau usw.).

Mit welchen Forderungen ist nun Olaf Dinné in der Bremer Haushaltsdebatte angetreten? Zunächst einmal: Die hier kurz angerissenen Überlegungen spielen für ihn überhaupt keine Rolle. Er stellt nicht einmal ansatzweise den Klassencharakter des Haushalts in Frage. Ihn interessiert weder, woher die zu verteilenden Mittel kommen, noch wohin sie fließen. Ihn bedrückt an diesem Haushalt nur eines: sein Umfang nämlich. Der wäre, so Dinné, darauf gerichtet, wirtschaftliches Wachstum zu fördern. Und „Wachstum bedeutet individuell für jeden von uns

allmählich und merkbar den Ruin unserer Lebensgrundlagen.“

Dergleichen verblasene Sprüche kennt man von den Grünen ja schon zur Genüge. Man ist fast schon geneigt, sich darüber zu belustigen, wenn sie im eifernden Tonfall von Sektenspredigern das Wachstum für alle gegenwärtigen und künftigen Übel der Welt verantwortlich machen. Bei der Lektüre von Dinnés Haushaltsrede jedoch vergeht einem sehr schnell das Lachen. Denn dadurch, daß er aus den metaphysischen Gefilden einer allgemeinen Wachstumsfeindschaft dann doch noch in die Regionen der konkreten Haushaltspolitik herabstieg, machte er jäh den menschenfeindlichen, reaktionären Charakter des Programms der Grünen deutlich.

Die Grünen setzen den Rotstift an

„Wir müssen bei der Ausgaben-seite anfangen.“ Mit diesen Worten eröffnete Dinné eine wahre Orgie von Kürzungen, mit denen nach dem Willen der Grünen der Bremer Haushalt um einige Hundert Millionen Mark zusammengestrichen werden soll.

Haushaltsstelle Inneres. Hier will Dinné nicht etwa dem aufgeblähten und hochgerüsteten Polizeiapparat ans Leder, sondern — der Feuerwehr. „Wir begründen die Reduzierung unter anderem mit dem Fortfall der Feuerwehrschiebung... Zur Sache haben wir den Eindruck, daß angesichts der Größenordnung der auf uns zurollenden Katastrophe uns die Feuerwehr auch nicht mehr so richtig helfen kann.“ Seitdem sie sich zu einer politischen Organisation zusammengerottet haben, predigen die Grünen uns die Katastrophe. Atomkrieg oder AKW-Explosion — das ist ihrer Meinung nach die einzige Alternative, die die Menschheit noch hat. Daß angesichts einer solchen Zukunft des Schreckens der Klassenkampf seine Bedeutung verloren hätte, gehört längst zur

Alternative zu den Bonner Parteien zu sein? Ein jetzt von der „Frankfurter Rundschau“ veröffentlichtes Dokument gibt darüber Aufschluß.

ideologischen Standardausstattung der grünen Propheten.

Dinné gibt dieser Predigt aus dem Geist mittelalterlicher Weltuntergangsstimmungen jetzt auch noch eine praktische Wendung, wenn er schlichtweg den Sinn und Nutzen der Feuerwehr in Frage stellt. Laßt eure Häuser brennen, Leute, das Ende ist eh schon nah! Aber wenn das so ist, so muß dann doch gefragt werden, was soll dann noch die Schulpolitik, was soll das Gesundheitswesen, die Sorge um die Arbeitsplätze?

Und keine Frage ist zu dumm, als daß Dinné sie sich nicht selbst stellen würde. „Lernfabriken“ — wie er es nennt — Gesamtschulen sind wohl gemeint, gehören mitsamt dem darin vermittelten Wissen auf den Mist. Denn: „Was nützt uns immer mehr Wissensbildung, wenn wir einen Psychiater brauchen, um sie überhaupt noch auf uns anwenden zu können.“ Man muß sich schon arg zurückhalten, um da nicht ein persönliches Problem des Abgeordneten Dinné zu sehen. Der Sprecher der Grünen ist politisch erfahren genug (immerhin war er lange Jahre in der SPD aktiv), um nicht zu übersehen, daß ihm solche Tiraden den Vorwurf einbringen werden, „wir hätten wohl etwas gegen Bildung, insbesondere gegen Bildungschancen für Unterprivilegierte.“

Das ist natürlich angesichts der Dinnéschen Ausführungen ein nur zu berechtigter Vorwurf. Und so versucht ihn der grüne Abgeordnete zu entkräften: „Was die Chancen anbelangt, so haben wir den Eindruck, daß die Chancengleichheit insofern tatsächlich bereits hergestellt ist, als niemand mehr eine ernsthafte Chance hat, diesem Wahnsinn zu entkommen.“ Aber das hatten wir ja schon: Das Ende ist nahe. Und im Angesicht des Weltuntergangs sind eben alle gleich. Mit solcher religiösen Sektenslogik versucht zwar die Kirche seit rund 2000 Jahren mit wechselndem Erfolg, ihre Schäfchen vom Kampf für die Verbesserung der weltlichen Dinge abzuhalten. In einem bürgerlichen Parlament am

Ende des 20. Jahrhunderts sind das aber doch ungewöhnliche Töne. Das Protokoll verzeichnete denn auch Heiterkeit bei den Herren und Damen von den etablierten Parteien.

Zurück ins Mittelalter

Obwohl die Sache — wie gesagt — wahrhaftig nicht zum Lachen ist. Nach einem Rund-

seiner Gesinnungsfreunde ins Spiel und fordert nicht mehr und nicht weniger als die Abschaffung aller modernen medizinischen Einrichtungen und Geräte. Mögen doch die Bremer reihenweise krepieren! Die Grünen wenigstens haben es ihnen mal gezeigt, wie man erfolgreich einen Haushalt zusammenstreicht.

Was hier angeführt wurde, waren nur einige Beispiele aus der Rede des Herrn Dinné. Im gleichen Stil geht es durch alle Bereiche des Haushalts. Da wollen die Grünen „an das Tabu Wohnungsbau heran“, da fordern sie, mit den „Personal-ausgaben herunterzugehen“. Und natürlich landen sie auch noch einen massiven Schlag gegen die Arbeitsplätze: „Bremen muß unserer Meinung nach nicht weiter Tiefseehafen bleiben.“ Wenn diese Leute in den Landtag von Nordrhein-Westfalen gekommen wären, würden sie dort wohl mit der gleichen Besessenheit für den

Wunder, daß er sich in vielen Punkten mit der Strauß-Partei traf und deren Programm nur noch in absurder Weise überspitzte. Dinné, der die kapitalistischen Profiteure des Haushalts in seiner Rede mit keinem Worte berührte, hat sich vollständig in die bürgerliche Krisenpolitik eingereiht.

Er und seinesgleichen verstehen sich nicht nur auf Angst- und Panikmache (was für Strauß oder Schmidt „Afghanistan“ ist für sie „Harrisburg“). Die Grünen stellen ebenso wie die bürgerlichen Krisenpolitiker immer wieder eines in den Vordergrund: Die Werktätigen sollen sich im Verzicht üben, sie sollen Opfer bringen und noch einmal Opfer.

Grüne — keine Alternative

Olaf Dinnés Haushaltsrede sollte zur Pflichtlektüre für jeden Anhänger der Grünen werden. So manchem würden dabei die



Olaf Dinné (rechts) und die anderen grünen Abgeordneten in Bremen

schlag gegen die Universität (der gesamte Fachbereich Produktionstechnik soll wegen „Wachstums- und Technologiebesessenheit“ gestrichen werden) wandte sich der Abgeordnete Dinné dem Gesundheitswesen zu. Im gesamten Bereich Gesundheit und Umwelt wollen die Grünen aus dem vom Senat mit 134 Millionen Mark ausgestatteten Einzelplan sage und schreibe 49 Millionen herausstreichen. Begründung: „Mammutkrankenhäuser der Neuen Heimat und Kobaltkanonen von Siemens haben sich in unseren Augen als unwirksam für eine immer kränker werdende Gesellschaft und deren sinkende Lebenserwartung erwiesen.“ Also weg damit!

Es stockt einem schier der Atem. Haben sich nicht gerade die Grünen immer als die Partei der Lebensschützer aufgespielt? Haben sie uns nicht immer wieder erzählt, sie würden für eine gesündere Umwelt und überhaupt für die Erhaltung unserer Gesundheit streiten? Und hier wird so ganz nebenbei ein Sparprogramm gefordert, gegen das selbst ein Kostendämpfungsgesetz noch geradezu human ist. Alle möglichen Katastrophen hat der grüne Abgeordnete in seiner Haushaltsrede an die Wand gemalt. Zu der wirklich bestehenden Katastrophe des Gesundheitswesens verliert er kein Wort, ganz zu schweigen vom Anprangern der daran Schuldigen. Er bringt stattdessen die fanatische Fortschrittsfeindlichkeit

Abbruch aller Stahlwerke geifern.

Einig mit Strauß

In Dinnés Haushaltsrede ist nur ein einziges positives Moment zu finden: Daß sie nämlich in aller Schroffheit den unüberbrückbaren Graben aufgerissen hat, der zwischen den Grünen und den Interessen der Werktätigen klawt. Das selbstgefällige Geschwätz des Abgeordneten über eine angebliche Frontstellung gegen die bürgerlichen Parteien, mit dem er seine Parlamentsrede begonnen hatte, löste sich alsbald in Luft auf. Ihr müßt Opfer bringen, beschwören uns die Vertreter der Koalitionsparteien. Strauß sieht die Grenzen des Sozialstaats erreicht; manch einer seiner Mitarbeiter macht im vertrauten Kreis deutlich, man werde mit dem ganzen „Sozialklimbim“ schon aufräumen.

Aber selbst das haben die Grünen schon weit hinter sich gelassen. So direkt, so unverschämte wie Dinné hat bislang noch nicht einmal ein Strauß die Lebensinteressen der Werktätigen anzugreifen gewagt. Und da soll die Partei des Herrn Dinné eine Alternative sein? Was ist das denn für eine Alternative, die darin bestünde, Industrieanlagen stillzulegen, Krankenhäuser zu schließen oder die Gesamtschulen abzuschaffen? Aus all dem, was der Abgeordnete Dinné zum Bremer Haushalt vorgebracht hat, atmet der Geist der Menschenverachtung, der finstersten Reaktion. So ist es denn auch kein

Augen aufgehen. Denn nicht jeder Grüne wird ja so ohne weiteres bereit sein, den Bremer Landesfürsten seiner Partei bei dessen Amoklauf gegen die Lebensinteressen der Werktätigen zu begleiten. Sicher gibt es im Dunstkreis der grünen Bewegung viele Menschen, die nach einer wirklichen Alternative zum Bonner Staat suchen.

Auf den Grundlagen dieser Partei jedoch werden sich solche Alternativen niemals durchsetzen lassen. Daran ändern auch die „roten“ Einsprengsel nichts, die mit dem Saarbrücker Parteitag hinzugekommen sind. Ein Sammelsurium von Programmforderungen aller Art (unter denen dann auch einige richtig sind) macht noch keine Alternative aus, schon gar nicht, wenn dieses Sammelsurium auf dem politisch-ideologischen Boden des Ökologismus, der Wachstumsfeindschaft und der damit verbundenen Forderungen nach Konsumverzicht und Opferbereitschaft steht.

Grüne Politik wird konkret immer so aussehen, wie sie Herr Dinné in seiner Haushaltsrede vorgetragen hat. Wer also wirklich für gesellschaftliche Veränderungen eintritt, wer einen ernsthaften Kampf gegen Reaktion und Faschismus führen will, wer sich den Forderungen der Gewerkschaftsbewegung verbunden weiß, der ist bei den Grünen wahrlich nicht gut aufgehoben. Von ihm kann und muß aber auch verlangt werden, daß er sich nicht auf die Koexistenz mit Reaktionen vom Schlage Dinnés einläßt.



Grüne auf dem Saarbrücker Parteitag bei der Abstimmung über die Haltung zum Paragraphen 218. „Das menschliche Leben in allen Bereichen zu schützen“, wäre das Anliegen der Grünen, hieß es in der verabschiedeten Erklärung. In Bremen aber wollten die Grünen den Haushaltsposten Gesundheit um fast die Hälfte zusammenstreichen.

Verhindert das „Deutschlandtreffen“ der NPD!

Kontroverse zwischen DGB und Unternehmerverband

FRANKFURT.— Der 17. Juni, den die Reaktion in unserem Land seit 1953 demagogisch als „Tag der deutschen Einheit“ begeht, rückt näher und

damit auch die alljährlich sich wiederholenden Versuche der NPD, diesen „Feiertag“ des Revanchismus in ihrem Sinne würdig zu begehen.

Im letzten Jahr hatten — trotz Verbots durch den Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann (CDU) — 40 000 Antifaschisten gegen das immer dreistere Auftreten neofaschistischer Banden demonstriert.

In der Zwischenzeit hat die Forderung nach dem Verbot aller faschistischen Organisationen insbesondere in den Gewerkschaften, aber auch in mehreren SPD-Gremien, immer mehr Verbreitung gefunden.

In diesem Jahr sollten weitere Aspekte des antifaschistischen Kampfes in Frankfurt Berücksichtigung finden. Zum einen ist es dringend erforderlich, den Kampf für das Verbot ausländischer faschistischer Organisationen zu verstärken, wobei die Forderung nach dem Verbot der „Grauen Wölfe“ im Mittelpunkt stehen müßte.

Ferner ist es dringend erforderlich, die westdeutschen Regierungen, Polizei- und Justizstellen der Begünstigung des wachsenden faschistischen Terrors anzuklagen und von ihnen zu verlangen, endlich den Willen des Volkes zu vollstrecken.

Und schließlich kann gerade angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl keine antifaschistische Demonstration ohne die Entlassung des ehemaligen Nazi-Offiziers Franz Josef Strauß auskommen, der sich schon vor Jahren dazu bekannt hat, sich auf dem Weg zur Macht der „nationalen Hilfstruppen“, sprich der Neonazis, zu bedienen.

Der DGB, die evangelische und katholische Kirche, die jüdische Gemeinde und der Stadtjugendring haben bereits vor einiger Zeit eine Kundgebung auf dem Frankfurter Römerberg für den 17. Juni angemeldet.

Kurioserweise hatte sich die Vereinigung Hessischer Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände (VHAW) in die Reihen der Antifaschisten drängen wollen, vom DGB jedoch eine scharfe Abfuhr erhalten.

Eine Sprecherin des DGB-Kreises Frankfurt erklärte gegenüber der „Frankfurter Rundschau“, angesichts des von den Arbeitgeberverbänden aufgestellten Tabu-Katalogs wolle man mit der VHAW „nicht Arm in Arm“ auf dem Römerberg demonstrieren.

Der immer häufigere Griff der Unternehmerverbände zum Aussperrungsknüppel zeigt im übrigen, was von der „antifa-



schistischen Gesinnung“ der VHAW zu halten ist.

VHAW-Geschäftsführer Rosenberg tat beleidigt und konnte den IG Chemie-Chef Hauenschild als Kronzeugen anrufen, der vor einiger Zeit erklärt hatte, „Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ müßten gemeinsam gegen die Feinde von rechts und links vorgehen. Das stärkt jedoch nicht die Position der VHAW, sondern beweist höchstens, daß Hauenschild kein Antifaschist ist und in der IG Chemie schon gar nichts verloren hat.

Wie Erich Gutjahr, Vorstandsmitglied der NPD, auf Anfrage der „Frankfurter Rundschau“ mitteilte, will die NPD in diesem Jahr auf den Römerberg verzichten und das „Deutschlandtreffen“ an einem anderen Ort in der Frankfurter Innenstadt abhalten. Er vergaß nicht hinzuzufügen, daß es Aufgabe der Polizei sei, die NPD-Leute in jedem Fall zu beschützen.

Offenbar sieht sich die NPD trotz des massiven Polizeischutzes der letzten Jahre gezwungen, dem immer stärkeren Druck der anwachsenden anti-

faschistischen Bewegung nachzugeben.

Doch der Kampf muß weitergehen, jetzt erst recht. Der

Staat muß gezwungen werden, seine schützende Hand von den faschistischen Banden abziehen.

Strauß prozessiert gegen KPD/ML in Herne

Es ist soweit! Nachdem, wie schon mehrfach im RM berichtet, Strauß durch eine einstweilige Verfügung der Roten Garde und unserer presserechtlich Verantwortlichen bei Androhung einer Strafe von 500 000 Mark den Mund verbieten ließ, kommt es jetzt zur Hauptverhandlung im Strafprozeß gegen die presserechtlich Verantwortliche, Verena Weisbecker.

Auf Antrag von Strauß leitete die Bochumer Staatsanwaltschaft die Anklage wegen Beleidigung ein. Der „Prozeßhansel“ Strauß tritt in diesem Verfahren als Nebenkläger auf. Beleidigt worden sein soll Strauß durch ein Flugblatt der KPD/ML und der Roten Garde, das im Sommer letzten Jahres veröffentlicht wurde. Anlaß war die kurz vorher bekanntgewordene Kanzlerkandidatur dieses berüchtigten Reaktionsärs.

Für die KPD/ML war es selbstverständlich, daß sie versuchte, mit diesem Flugblatt eine breite Öffentlichkeit vor dem Kandidaten zu warnen. Es wurde aufgezeigt, daß Strauß — nicht nur durch seine Ver-

gangenheit — eine Gefahr für unser Land bedeutet. Das Flugblatt stellte die engen Zusammenhänge zwischen Strauß und den reaktionärsten Teilen des Großkapitals dar, die angesichts der Krise in Strauß den neuen „starken Mann“ gefunden haben.

In diesem Zusammenhang wurde Strauß als „der Hitler von heute“ bezeichnet. Es wurde betont: „Strauß wählen, heißt Reaktion, Faschismus und Krieg wählen.“ All diese Aussagen wurden als beleidigend gewertet.

Es ist klar, mit der Flut von Prozessen gegen Strauß-Gegner, die auch uns erreicht hat, wollen Strauß und seine Hintermänner diejenigen mundtot

MAINZ.— Die Abteilung „Stationierungsstreitkräfte“ bei der rheinland-pfälzischen Bezirksverwaltung der ÖTV hat in einem kürzlich vorgelegten Weißbuch festgestellt, daß die mit deutschen Arbeitern besetzten zivilen Arbeitsgruppen „langsam und still“ in militärische Einheiten umgewandelt würden.

Die heimliche Reservearmee

53 000 westdeutsche Arbeiter unter USA-Kommando

Behörden decken den Skandal

Wie der Geschäftsführer der ÖTV-Abteilung „Stationierungsstreitkräfte“, Ernst August Hollnack, mitteilte, lägen für die vorgeblich zivilen deutschen Kräfte Stahlhelm, ABC-Schutzmaske und Gewehr in den Waffenkammern bereit. Außerdem würden während der Arbeitszeit Übungsschießen veranstaltet.

Ähnliches schrieb der Frankfurter Journalist Jürgen Roth bereits im August des letzten Jahres im „Stern“. „Wir mußten raus auf die Jeeps, mit Stahlhelm, Gewehr und Gasmaske. Und in einiger Entfernung vom Lager hatten wir dann Panzersperren angelegt“, läßt Roth einen ehemals arbeitslosen Dachdecker (42) in dem Artikel „Deutsche Söldner für die US-Army“ berichten.

Daß den amerikanischen Besatzertruppen einiges an der deutschen Reservearmee liegt, beweist ein Bericht aus der „Süddeutschen Zeitung“ vom 15. April 1977.

„Viele der deutschen Zivilangestellten haben gar keine andere Wahl als beispielsweise bei den amerikanischen Streit-

kräften zu arbeiten, weil es an anderen Arbeitsplätzen fehlt. Als krasses Beispiel gilt der US-Truppenübungsplatz Grafenwöhr, auf dem rund 2 000 deutsche Zivilisten beschäftigt sind. Als sich die Amerikaner mit ihren Truppen dort etablierten, handelten sie vertraglich mit der bayrischen Staatsregierung aus, daß in dieser Region keine größeren Betriebe angesiedelt werden dürfen (...) Auf diese Weise sind in Grafenwöhr jetzt rund 2 000 deutsche Zivilangestellte an die US-Streitkräfte gebunden.“

Doch der zivile Status ist kaum mehr als eine notdürftige Tarnung. Die westdeutschen Angestellten der amerikanischen Besatzer tragen eine olivgrüne Uniform ohne Rangabzeichen, die der der regulären US-Truppen recht ähnlich sieht.

Tarif- und arbeitsrechtlich gilt für sie der Besatzerstatus. Die im Gegensatz dazu großzügigen Bestimmungen bei zivilen Angestellten der Bundeswehr haben unter amerikanischer Hoheit keine Geltung.

Hier fordert die ÖTV zu Recht eine Gleichstellung der bei den amerikanischen Streitkräften angestellten westdeutschen Arbeitern mit den übrigen Beschäftigten.

Besorgniserregend aber ist die zunehmende Militarisierung dieser formal zivilen Einrichtungen, die zudem noch unter dem Kommando der amerikanischen Besatzer vollzogen wird. Letzten Endes läuft das darauf hinaus, daß das amerikanische Oberkommando über eine paramilitärische Reservearmee, bestehend aus 53 000 westdeutschen Werktätigen, verfügt, die sie nach Gutdünken gegen die westdeutsche Arbeiterklasse einsetzen kann, quasi ohne Erlaubnis der westdeutschen Behörden.

Insofern ist es auch ein himmelschreiender Skandal, daß die westdeutschen Behörden diese schleichende Militarisierung nicht nur duldet, sondern sogar aktiv unterstützt.

Aus dem von der ÖTV vorgelegten Weißbuch geht hervor, daß die Kreiswehrersatzämter westdeutsche Werktätige, die bei den amerikanischen Besatzern arbeiten, vom Wehrdienst freistellen.

Jürgen Roth deckt in seinem Artikel auf, daß die Arbeitsämter Arbeitssuchenden unter Vorspiegelung falscher Tatsachen einen angeblich zivilen Job bei den amerikanischen Truppen vermitteln. Wenn Kollegen dann empört kündigen, weil sie sich weigern, unter USA-Kommando Waffendienst zu leisten, wird ihnen kurzerhand die Arbeitslosenunterstützung gestrichen.

Rechnet man jene Deutschen hinzu, die bei den belgischen, französischen, kanadischen und britischen Armeen beschäftigt sind, so verfügen die NATO-Streitkräfte in unserem Land über eine Armee von rund 100 000 Deutschen, die auf das Kommando der Besatzer hören.

Spendenkampagne zur Unterstützung des Bundestagswahlkampfes der VOLKSFRONT

Schulungsgruppe W.I. Lenin 301,72 DM, Genossen aus Wedding-Nord 100,— DM, R.B., Vilshofen 30,— DM, K.W., Hamburg 100,— DM, I.Sch., Westberlin 100,— DM, Zelle

Bremen-Walle 400,— DM, N.u.G.L., Bremen 400,— DM insgesamt 1 431,72 DM, Stand der Spendenkampagne am 24.5. 11 892,97 DM.

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Im „Volksecho“ Nr. 3/80 hat der Zentrale Vorstand der VOLKSFRONT dazu aufgerufen, bis zum 31.8.80 400 000 Mark für die VOLKSFRONT zu spenden. Tun wir unser Teil dazu, daß diese große, aber dringend benötigte Summe zusammenkommt!

Bitte überweisen an: KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30, Postscheckkonto: 6420-467, PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46). Bankkonto: 321 004 547, Stadtparkasse Dortmund (BLZ 440 501 99).

Die KPD/ML überweist wöchentlich die eingegangenen Spenden an die VOLKSFRONT weiter.

Nazi-Hoffmann hat Narrenfreiheit

Verbot der Wehrsportgruppe immer noch nicht rechtskräftig

NÜRNBERG.— Wie die Nachrichtenagenturen melden, ist das von Bundesinnenminister Baum vor dreieinhalb Monaten verfügte Verbot der paramilitärischen Wehrsportgruppe Hoffmann immer noch nicht vollständig vollzogen worden. Gegenwärtig würde das Verfahren sogar „auf Eis“ liegen, weil Nazi-Hoffmann Einspruch vor dem Bundesverwaltungsgericht eingelegt habe.

Unter diesem Vorwand gehen die ermittelnden Behörden dem erklärmaßen vom „Großdeutschen Reich“ träumenden Terroristenchef immer mehr entgegen. Mittlerweile sind ihm und seinen Spießgesellen Teile der beschlagnahmten Materialien zurückgegeben worden. Wo die Hand- und Faustfeuerwaffen nebst Panzerwagen herkommen mögen, hat man bis heute nicht herausgefunden.

Während also die Ermittlungen auf diese Art und Weise emsig betrieben werden, kann Hoffmann unbehelligt Passanten in Nürnberg anpöbeln und Polizisten verletzen. Dem mehrfach vorbestraften Faschisten bleibt der Weg ins Gefängnis versperrt.

Mittlerweile hat die skandalöse Haltung der Polizei- und Justizbehörden weitere Früchte getragen, allein anläßlich „Füh-

ers Geburtstag“ im April konnten militante Neonazis mehrere Bombenanschläge und andere Provokationen auf ihr Konto verbuchen, ohne daß sie in irgendeiner Weise bestraft worden wären.

Hoffmann und seine Bande sind eine Gefahr für die Allgemeinheit. Sie und alle ihre Kumpane müssen da hinkommen, wo sie hingehören: hinter Gitter!



Am oberen Bildrand in der linken Hälfte ist das Transparent der VOLKSFRONT zu sehen: „BRD raus aus der NATO!“

Betr.: Berichterstattung über Bremer Demonstration

„... einige Fehler unterlaufen.“

Mitteilung der VOLKSFRONT, Landesverband Bremen

In der Korrespondenz (RM 20/80, S. 3), die im großen und ganzen Vorgeschichte und Ablauf der Proteste korrekt wiedergibt, wird auch über eine Protestaktion der VOLKSFRONT im Stadion berichtet. Bei der Schilderung der Aktion sind dem Schreiber einige Fehler unterlaufen. Ich bitte, diese

in einer Ihrer nächsten Nummern zu korrigieren.

Der tatsächliche Hergang war folgender: Als der Block der VOLKSFRONT mit der Masse der Demonstranten vor dem Weser-Stadion eintraf, mußten wir sehr bald feststellen, daß die Entfaltung wirk-

samer Massenproteste infolge einer ungezügelter Eskalation der Kämpfe mit den Polizeitruppen durch sogenannte „Undogmatische Gruppen“ nicht möglich war. Die Mehrheit der Demonstranten war zu einer harten gewaltsamen Konfrontation mit der Polizei weder bereit noch gerüstet. Durch

die Krawalle waren überdies die meisten Stadioneingänge blockiert, so daß, von einer Ausnahme abgesehen, keine Gruppen von Demonstranten ins Stadion gelangen konnten, was sonst sicher möglich gewesen wäre.

In dieser Situation beschloßen wir, uns mittels Eintrittskarten an einem scharf bewachten Hintereingang des Stadions Zutritt zu verschaffen, um zu versuchen, unser Transparent mit der Losung „VOLKSFRONT — BRD raus aus der NATO“, das wir bereits bei der Demonstration mitgeführt hatten, im Stadion zu entfalten. Es gelang uns tatsächlich, diesen sichtbaren Protest gegen das militaristische Spektakel ins Stadion und vor die Augen der Rekruten und der übrigen zum Jubeln herbeifohlenen Soldaten zu tragen. Während des Abschreitens der Ehrenformation und der Rede von Carstens, in der er die Bundeswehr als Verteidiger der demokratischen Rechte einschließlich des Rechts auf freie Meinungsäußerung hochlobte, war unsere Forderung „BRD raus aus der NATO“ über 20 Minuten auf der Haupttribüne zu sehen. Was von den Sonntagsreden unserer Politiker zu halten ist, bekamen wir anschließend zu spüren, als sich Feldjäger (keine Zivilen) mit gezogenem Gummiknüppel auf uns stürzten, das Transparent wegrissen und einzelne zu verhaften versuchten. Dies gelang jedoch nicht. (...)

Mit antifaschistischen Grüßen
Hans-Joachim Streicher

Faschisten in Dortmund-Hörde

Der rassistischen Propaganda entgegengetreten!

Volkskorrespondenz aus Dortmund

Am Samstag, den 17. Mai, hatten Faschisten der NPD ihren Stand in der Hörde Innenstadt aufgebaut; sie machten Propaganda für ihre rassistische, gegen die ausländischen Kollegen gerichtete „Bürgerinitiative Ausländerstopp“. — Da wir vorher nichts von dem Vorhaben der Faschisten er-

Bei der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“, gegen die der DGB in Bochum übrigens Anzeige wegen „Volksverhetzung“ gestellt hat, handelt es sich um eines der übelsten Projekte der bundesdeutschen Neonaziszene. Unter dem Deckmantel des „Volkswillens“ wird versucht, den Rassismus in diesem Lande wieder salonfähig zu machen. „87 Prozent der Deutschen wollen keine Einschmelzung (Integration) der Ausländer!“ heißt es in einem Flugblatt der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“. „Die Mehrheit der Deutschen wünscht die Rückkehr der Ausländer in ihre Heimat! ... Die Ziele der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ sind: Schluß mit der Überschwemmung unseres Landes mit Millionen Ausländern! Förderung der Rückkehrbereitschaft bei den hier lebenden Ausländern! Schluß mit der Einschmelzungspolitik!“

Förderung der Rückkehrbereitschaft! In Deutschland ist schon einmal die „Auswanderbereitschaft“ der Juden „gefördert“ worden, und wir wissen, wo das geendet hat! Dem Treiben der Nazis in der Hörde Innenstadt konnten wir nicht tatenlos zusehen.

Wir gruppierten uns mit unseren wenigen Kräften um den Stand der Nazis und begannen Parolen zu rufen: „Nazis raus aus dieser Stadt, wir haben den Faschismus satt!“, „Früher Juden, heute Ausländer — Schluß mit der Gaskammerpartei!“ und ähnliche Losungen. Passanten blieben nun stehen und erkundigten sich bei uns, was los sei. Die ersten Diskussionen entwickelten sich. In der Fußgängerzone tauchte nun ein Streifenwagen der Polizei auf.

Wir forderten nun die Polizei auf, die Faschisten nach ihrer Genehmigung für den Stand zu überprüfen. Es stellte sich heraus, daß sie keine vorweisen konnten. Die Polizisten jedoch schritten nicht ein; sie blieben in der Nähe ihres Wagens und warteten auf Anweisung, eine „Anweisung“ jedoch kam nicht. Unter den Protestieren-

den war auch der Bundestagskandidat und Kreisvorsitzende der VOLKSFRONT in Dortmund, Ralf Schneider, anwesend. Er erstattete bei der Polizei Anzeige wegen Volksverhetzung; aber auch dies vermochte die Polizisten nicht gegen die braunen Propagandisten des Rassismus und des Völkermords in Bewegung zu setzen.

Indessen scholl rund um den Nazistand der Unmut der Bevölkerung an. Immer mehr Leute blieben stehen und mischten sich in die Diskussion und Proteste ein. Den Nazis, die anfangs noch über unsere Parolen gelächelt hatten, verging das Lachen. Sie erhoben ihre Stimme, um zu „argumentieren“ und sich zu verteidigen, aber nun zeigte sich erst recht für jeden der Umstehenden, um was für Leute es sich da handelte. Einer der Nazis etwa, ein altesottener Faschist, der aus dem III. Reich her noch überwintert hatte, erklärte, von den sechs Millionen ermordeten Juden wisse er nichts. Dieser Ausspruch wurde nun allgemein bekanntgemacht, worauf der Faschist den Ausspruch wieder abzustreiten suchte, was ihm aber nicht gelang. Sehr rasch verlegten sich die Faschisten aufs bloße Schimpfen, aufs Ausstoßen von Beleidigungen und Drohungen, was sie aber vollends isolierte. — Zusehends mischten sich auch ausländische Arbeiter in die Debatten, und die Lage wurde für die Faschisten zunehmend kritischer. Wenn der Polizeiwagen nicht in unmittelbarer Nähe gestanden hätte, wäre die Debatte handfester abgelaufen.

Gegen 13 Uhr schließlich packten die Faschisten entgegen ihrer vorher lautstark verkündeten Absicht, bis 15 Uhr auszuharren, ihre Siebensachen zusammen. Der Stand war nicht so gelaufen, wie sie es sich vorgestellt hatten. Und dem Rückzug den Anschein der Niederlage zu nehmen, sah sich einer der Faschisten sogar zu einer kleinen Ansprache genötigt: Wie um den Abbau des Standes zu rechtferti-

fahren hatten, konnten wir nur sehr wenige Freunde und Genossen mobilisieren. Zu wenig, um den Faschisten beim unverzüglichen Abräumen ihres Standes zu helfen. Trotzdem erzielten wir einen Erfolg.

gen, erklärte er: „So, unseren Stand haben wir ordentlich durchgeführt; wir haben unser Material verteilt, Kameraden, jetzt können wir ordnungsgemäß zusammenpacken...“ — „Ja, haut doch endlich ab!“ klang es ihm da entgegen.

Unser Eingreifen, wenn auch mit schwachen Kräften, erwies sich doch als Erfolg. Wir konnten viele Passanten über den Charakter dieser Nazis und dieser „Bürgerini-

tative Ausländerstopp“ aufklären. Wir konnten im Kampf gegen die Nazis neue Bekanntschaften und Freundschaften schließen. Und wir haben die Absichten der Nazis durchkreuzt. Wir haben gesehen: auch ohne massive Kräfte, ohne große Vorbereitung, nur durch geschicktes Auftreten und durch geschickte Ausnutzung der Situation kann man im Kampf gegen einen Nazistand gute Erfolge erzielen.

Solidarität mit Joachim Schnorr

Prüfungsverbot für Umweltschützer

Nachdruck aus dem Mitteilungsblatt des Gesundheitstages

Mit Hilfe eines Paragraphen aus der Nazi-Zeit soll erstmalig in der BRD einem Medizinstudenten aus politischen Gründen die Zulassung zum Staatsexamen verweigert werden. Joachim Schnorr ist unter anderem bekannt durch seine Nachforschungen in Sachen Uranabbau in Deutschland. In Menzenschwand (Schwarzwald) hatte er 1978 aufgedeckt, daß radioaktives Gestein aus der dortigen Uranmine als Schotter für einen Parkplatz am Dorfbrand verwendet wurde.

Im Laufe seiner Untersuchungen in der Nähe der Baden-Badener Uranmine war Schnorr am 28.8.78 von Arbeitern der Firma entdeckt und bedroht worden. Sein Fluchtversuch aus dieser Situation wurde ihm vor Gericht als Nötigung ausgelegt. Nach mehrmonatiger U-Haft wurde er schließlich zu acht Monaten Gefängnisstrafe auf Bewährung wegen „gefährlichem Eingriff in den Straßen-

verkehr“ und Nötigung verurteilt.

Für das Landesprüfungsamt ergaben sich daraus „abschließende Hinweise für ein schuldhaftes Verhalten, aus dem sich Ihre Unwürdigkeit bzw. Unzuverlässigkeit zur Ausübung des ärztlichen Berufes (...) darstellt.“

Interessant hierbei ist, daß die Kriterien Unwürdigkeit und „nationale“ Unzuverlässigkeit erstmalig in der Reichsarzteordnung von 1935 auftauchen, zu einer Zeit, in der 68 Prozent der Ärzte in der NSDAP organisiert waren.

Die heute gültige Bundesärzteordnung ist im wesentlichen mit der Reichsarzteordnung identisch, es wurde lediglich auf das Wort „national“ verzichtet.

Weitere Informationen und Unterschriftenlisten bei: W. Schreiner, Julius-Brecht-Str. 2, 7800 Freiburg.

Auf zum IV. Internationalen Jugendlager



Für die Rechte der Jugend

Zeltlager mit
Tag der internationalen Solidarität
Großveranstaltung gegen Strauß
Diskussionen, Arbeitsgruppen, Kulturwerkstätten, Lagerkino, Sport, Ausflüge usw.



19.7. - 3.8.

Thiergarten im Hunsrück

Nur 180 Mark...

... wenn Du Dich bis zum 1. Juli angemeldet hast. Danach: 200 Mark. Im Preis ist die Verpflegung enthalten. Kinder (zwischen vier und zwölf Jahren) zahlen den halben Preis. Das Geld muß auf folgendes Konto eingezahlt werden:

Vorbereitungsausschuß, Klaus Kühl, Kaiser-Friedrich-Str. 59, 4100 Duisburg, Postscheckamt Essen, Konto-Nr.: 2089 82-439.

Wer keine zwei Wochen Urlaub hat, kann natürlich auch nur für ein paar Tage, oder einen Abend vorbeischauen. Die Karten bekommt man immer am Lagereingang. Zelte zum Schlafen müssen mitgebracht werden. Und das Essengeschirr einschließlich Besteck nicht vergessen. Wer gerne scharfe Sachen ißt, denke auch an Salz- und Pfefferstreuer. Weitere Informationen beim Vorbereitungsausschuß.

Bildband über den Kampf der KPD / ML



Preis: 25 Mark; zu bestellen bei Verlag Roter Morgen
4600 Dortmund 30, Postfach 30 05 26

Veranstaltung der KPD / ML

Freitag, den 30. Mai 1980
Altes Gasthaus
Detmolder Straße
Bielefeld

Über den Kampf der KPD vor der Machtergreifung Hitlers
Referent: Horst-Dieter Koch

Abonniert das Zentralorgan der KPD / ML

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD / ML

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD / ML ☐ Ich möchte Mitglied der KPD / ML werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD / ML, Wellingerhofer Straße 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30



Folkloregruppe aus Mirdita

Plattenbesprechung

Ein mitreißender Querschnitt durch albanische Volksmusik

Seit einigen Monaten hat der „Vertrieb der Intercord Ton GmbH“ in Stuttgart eine Stereolängspielplatte mit albanischer Volksmusik in seinem Auslieferungsprogramm. Konnte man bisher nur durch Reisen nach Albanien in den

Und wer diese Musik erst einmal schätzen und lieben gelernt hat, wird mit doppeltem Zorn die nach wie vor feindliche und arrogante Haltung der westdeutschen Regierung gegenüber dem albanischen Volk mißbilligen, die ein schweres Hindernis für die Entwicklung enger kultureller Beziehungen zwischen dem deutschen und albanischen Volk darstellen, und die dafür verantwortlich ist, daß die Volksmusik aus dem sozialistischen Land an der Adria bei uns noch weitgehend unbekannt ist.

Ähnlich wie die albanische Sprache weist die albanische Volksmusik wenig Parallelen zum Musikschaffen der anderen europäischen Völker auf. Ähnlich wie die albanische Sprache beweist auch die albanische Volksmusik den unbeugsamen Willen des albanischen Volkes, das sich in Jahrhunderten der Fremdherrschaft seine eigene Kultur und Kunst nicht hat nehmen lassen.

So ist es kein Wunder, daß die Albaner nach Errichtung der Volksmacht auf einen reichen Fundus lebendiger Tradition zurückgreifen konnten.

Nun zur Musik selber: Abgesehen davon, daß uns viele Klangfarben fremd sind, fällt auf, daß der Rhythmus gewisse Eigentümlichkeiten aufweist. Immer wieder kommt man gewissermaßen „aus dem Takt“. Das liegt daran, daß die albanische Volksmusik rhythmisch viel reichhaltiger ist als unsere. Während sich die uns geläufige Musik im wesentlichen auf Marsch- und Walzertakt beschränkt (zwei, drei oder vier Schläge pro Takt), kommen in der albanischen Volksmusik auch fünf, sieben und elf Schläge in einem Takt vor. Sogar Großtakte mit 25 Achteln sind festzustellen.

Das vierte Stück auf der ersten Seite, „Ehre dem Land, in dem Du geboren bist“, enthält zum Beispiel unregelmäßige 9/8tel Takte. Die klingen fast wie ein normaler 4/4tel Takt, aber eben nur fast. Das letzte Viertel ist immer ein wenig überdehnt, was eine lebendige Unruhe in das Stück hereinträgt. Das erwähnte Lied wird von der Sängerin Fatime Sokoli vorgetragen, die von einem Volksmusikensemble aus Tro-

Genau der urwüchsigen Folklore der unbeugsamen Skipetaren kommen, gibt es nun endlich die Gelegenheit, auch am heimischen Plattenteller Kostproben albanischer Volkskunst zu hören.



DISQUES CELLIER, STEREO INT 147.602, zu beziehen im Vertrieb der INTERCORD TON GMBH, Stuttgart; kann in jedem Plattengeschäft bestellt werden.

poja begleitet wird. Überhaupt sind die komplizierteren Taktarten vor allem in Nordalbanien anzutreffen.

Ein Stück, das sich besonders gut zum Einhören eignet, ist auf der zweiten Seite an vierter Stelle zu finden: „Die Instrumentalisten von Puka“ mit Ndue Shyti als Cifteli-Solist. Bei diesem Instrument handelt es sich um eine Art zweisaitige Mandoline. Das Stück — es ist aus Nordalbanien — gliedert sich in zwei Teile.

Im ersten Teil ist Ndue Shyti mit einem virtuellen Solo zu hören, bei dem seine Finger unglaublich schnell über die beiden Saiten huschen, daß das Ohr kaum folgen kann. Kaum ist er fertig, setzt ein satter Chor mit geschlagenen Saiteninstrumenten ein, der mehrmals durch kurze Hirtenflötensoli unterbrochen wird. Wer die Möglichkeit hat, seine Anlage etwas aufzudrehen, sollte das gerade bei diesem Stück tun. Es klingt im zweiten Teil etwa so,

als ob 25 Rhythmusgitarren gleichzeitig spielten.

Das fünfte Stück auf der zweiten Seite („Arbeitslied der Fischer“) ist für Männerchor ohne Begleitung. Wer allerdings einen der üblichen deutschen Männerchöre mit ihren oft geschmacklosen Feld-, Wald- und Wiesenliedern im Ohr hat, sollte das schleunigst vergessen.

Das Lied kreist die ganze Zeit um einen Zentralton, der meist präsent ist. Mehrere Stimmen lösen sich hin und wieder von diesem Zentralton — mehr oder weniger weit — um sich immer wieder mit ihm zu vereinigen. Dazwischen ist eine Einzelstimme zu hören, die mehr spricht als singt.

Zuerst denkt man, sie gehöre gar nicht dazu, sie wird regelrecht als störend empfunden (aber nur deshalb, weil es in unserer Musik nichts Vergleichbares gibt). Hört man sich das Stück öfter an, kommt man der Bedeutung und dem Zweck dieser Einzelstimme immer

mehr auf die Spur.

Oben ist der Text abgedruckt. Der Text weist dieses Lied als politisches Lied aus. Doch im Grunde ist es im Zusammenhang mit albanischer Volksmusik kaum sinnvoll, zwischen politischer und unpolitischer Musik zu unterscheiden.

Natürlich gibt es auch in Albanien Lieder mit offensichtlich politischen Texten, Lieder die beispielsweise die Verbundenheit mit der Partei der Arbeit und ihrem 1. Sekretär, Enver Hoxha besingen, während andere Lieder die Natur oder die Liebe zwischen zwei Menschen zum Thema haben, oft ist auch beides miteinander verbunden. Aber was es im einzelnen auch sei, es sind alles Volkslieder, Lieder die im ganzen Volk bekannt sind und gesungen werden.

In der albanischen Volksmusik gibt es keine festen Instrumentalensemble, es wird halt mit allen Instrumenten ge-

Fischerlied: Unsere proletarische Demokratie

Du, mein Albanien, birgst Schönheit und kennst niemanden, der dir gleicht.

Du garantierst dem Volk die Macht, eine Demokratie mit proletarischem Charakter.

Die Natur verlieh dir Schönheit, Deine Weisheit verdankst du der Partei.

Du, Mutter Albanien, stimmst Lieder der Freiheit an Und sendest dein Licht in alle Welt.

Du weist uns den Weg in eine helle Zukunft, Allein gesichert durch Kanonen und Gewehr in des Volkes Hand.

Oh, Mutter Albanien, wir sind stets wachsam und halten uns bereit.

Falls es jemand wagt, dich anzugreifen, stimm' das Lied der Kanone an!



Zwei traditionelle Volksmusikinstrumente; links ein schalmeienartiges Blasinstrument

spielt, die gerade verfügbar sind, und da gehören durchaus auch Kuhglocken dazu.

In diesem Zusammenhang sei auf das vorletzte Stück auf Seite 2 hingewiesen, das mit einem Kuhglockensolo beginnt. Später setzen — einer nach dem anderen — Ciftelien und Rhythmusinstrumente ein, und plötzlich — am Anfang hatte alles noch recht zufällig und unverbindlich geklungen — wird das Tempo rasant beschleunigt, so daß es einem regelrecht in die Knochen fährt. Ähnlich wie bei einem Jazzstück wird das Gesamtensemble des öfteren durch kleine mitreißende Soli, meist von der Hirtenflöte gespielt, unterbrochen. Das Stück heißt treffend „Potpourri aus Mirdita“.

Dann gibt es auch Stücke, die völlig von einem Soloinstrument beherrscht werden. Im

zweiten Stück auf der ersten Seite („Hirtensymphonie“) ist ein getragenes und ausdrucksvolles Schalmeiensolo zu hören, das von verhaltenen Klängen der Hirtenflöte abgelöst wird. Schließlich gesellen sich mehrere Hirtenflöten hinzu und vereinigen sich zu faszinierenden, mitunter fahlen Klängen.

Das nächste Stück — „Wiegenlied“ — ist ein Sologesang, dargeboten von der jungen Sängerin Hamide Laska. Hier ist die menschliche Stimme ganz ohne Instrumentalbegleitung zu hören, eine der eindrucksvollsten Aufnahmen.

Das beste ist, man hört sich die Platte selber an, unvoreingenommen und mit einer gewissen Neugier. Aber man muß Zeit und Ruhe mitbringen, als Hintergrundgesäusel ist diese Platte denkbar ungeeignet. jvt

Volksaufstand in Südkorea

16 Städte in der Hand des Volkes

Krisenrat tagt in Washington

KWANGJU.— Nachdem die herrschende faschistische Militärclique ihre offene Diktatur errichtet hatte, um der breiten Massenbewegung durch Terror Herr zu werden, ist, von der Stadt Kwangju ausgehend, im ganzen südwestlichen Teil von Südkorea ein Volksaufstand entstanden.

Nach der Verkündung des Notstands hatten die Truppen unter dem Kommando des KCIA-Chefs General Chun Du Hwan mit einem Blutbad begonnen. In Kwangju wurden innerhalb von zwei Tagen 24 Studenten und Studentinnen ermordet. Besonderen Abscheu unter der Bevölkerung erregte dabei die Ermordung dreier Studentinnen, die von Fallschirmjägern auf der Straße nackt ausgezogen und mit Bajonetten erstochen wurden. Die viehischen Verbrechen dieser wahnsinnigen Soldateska brachten das Faß zum Überlaufen.

Kwangju ist die militärische Zentrale des Landes. Dort sind das Ausbildungszentrum der Armee, ein Drittel der Rüstungsproduktion des Landes und das größte Waffenarsenal konzentriert. Kwangju und die benachbarte Stadt Mokpo waren aber auch schon immer Zentren des Widerstands. Dort war die Neue Demokratische Partei unter Führung von Kim Dae Yung bei den letzten Scheinwahlen stärker als die Hauspartei der herrschenden Militärs. Als deshalb die Militärdiktatur verkündete, Kim Dae Yung werde wegen Verstoßes gegen das Antikommunismus-Gesetz der Prozeß gemacht, und das heißt, daß er mit der Todesstrafe bedroht

wird, weitete sich der Aufstand auf die ganze Provinz Cholla Namdo aus.

In Kwangju wurden in dreitägigen Schlachten 10 000 Soldaten und 3 500 Polizisten aus der Stadt vertrieben. Nach An-

len in ihre Hände.

Auch aus anderen Städten zog sich die Armee zurück, während in mindestens vier Städten die Polizei sich weigerte, auf Anordnung der Militärdiktatur gegen die Demon-



Bewaffnete Volkskräfte beherrschen die Stadt Kwangju.

gaben der Aufständischen fielen bei diesem Kampf 130 Soldaten, und mehr als 2 000 desertierten. Nach dem Sturm auf das zentrale Waffendepot der südkoreanischen Infanterie verfügten die Aufständischen, japanischen Berichten zufolge, über 80 000 Waffen, darunter mehr als tausend leichte Maschinengewehre. 400 gepanzerte Militärfahrzeuge aller Art fie-

stranten vorzugehen.

Verschiedene Radioberichte bestätigten die Meldungen, von Kwangju und anderen benachbarten Städten aus würden Waffen im ganzen Land verteilt. Trotz absoluten Demonstrationsverbots zogen auch auf der anderen Seite der koreanischen Halbinsel, im Osten des Landes, am Dienstag und Mittwoch Abertausende von Demonstranten durch die Städte. Die illegalen Gewerkschaften arbeiten in der größten Hafenstadt des Landes, Pusan, und auch in Seoul auf Hochtouren daran, einen Generalstreik zu organisieren.

Auch verschiedene christliche Glaubensgemeinschaften haben sich der Widerstandsbe- wegung angeschlossen, da sie besonders verfolgt werden, denn die koreanischen Christen waren in ihrer großen Mehrheit stets für die koreanische Wiedervereinigung eingetreten.

Das Herz des Aufstandes aber, das ist inzwischen selbst von offizieller Seite eingestanden worden, sind die Arbeiter. Sie sind es, die nach dem blutigen Terror der proamerikanischen Generalität gegen die Studentenbewegung die Waffen ergriffen haben, um die Macht der Washingtoner Statthalter zu zerschmettern.

Unter den Kugeln der kämpfenden Bevölkerung, und niemand wagt mehr zu bestreiten, daß es die ganze Bevölkerung ist, die da kämpft, wankt aber nicht nur die feige Morddiktatur der Generale, sondern diese Kugeln zerfetzen auch das amerikanische Propagandabild von einem blühenden Wohlfahrtsstaat Südkorea.

Es erscheint das Bild der grausamen Unterdrückung und blutigen Ausbeutung der koreanischen werktätigen Bevölkerung durch die Yankee-Großkapitalisten, die japanischen Monopole und einer kleinen Schicht einheimischer Kapitalisten und ihrer bezahlten Soldner.

Von den 37 Millionen Einwohnern Südkoreas waren 1,2 Millionen Menschen bereits wegen „politischer Vergehen“ im Gefängnis oder vor Gericht. In den 19 Jahren seit dem Militärputsch Parks wurden mehr als 20 000 Menschen aufgrund von Kriegsverfahren zum Tode verurteilt.

Das sogenannte koreanische Wirtschaftswunder kam einzig und allein den Kapitalisten zugute. Während die Landwirtschaft ruiniert wurde, Zehntausende von Bauern brot- und obdachlos wurden und in Slums vegetieren, zeigte die Propaganda Seoul mit seinen Reichen, Ausländern und Konjunkturrittern, neuen Häusern, vielen Autos und U-Bahnen.

Lauthals wurden die Lohnerhöhungen gepriesen, die die Arbeiter angeblich in eine gute Lage, zumindest ähnlich wie in Westeuropa setzen würden. Tatsache aber war, daß die rasende Inflation, die die internationalen Monopole dem Lande bescherten, jede Lohnerhöhung seit 12 Jahren zunichte gemacht hat. Verschwiegen wurde auch, daß die offiziellen südkoreanischen Gewerkschaften von KCIA-Agenten geführt wurden, so daß die Arbeiter benötigt waren, illegale Organisationen zu schaffen. Tatsache ist, daß, obwohl verschiedentlich Wahlen stattfanden, deren Ergebnis stets von vornherein gesichert war. Zum einen wurde stets wenigstens ein Drittel der Abgeordneten von Park ernannt; das eingeschränkte Wahlrecht und der Geheimdienstterror sorgten im weiteren für den „Sieg“.

Die südkoreanische Diktatur, und das wird in diesen Tagen abermals sehr deutlich, ist ein Geschöpf des USA-Imperialismus, Ergebnis seiner Aggression gegen das koreanische Volk.

Die Armee und Geheimdienst wurden von den USA bezahlt, aufgebaut, ausgebildet und organisiert. Für das Pentagon,



Alltag in Südkorea: Polizei überfällt eine Studentendemonstration.

für die Washingtoner Völkermörder war Parks brutale Diktatur der sicherste Stützpunkt im südostasiatischen Raum. Wie in „ihrem“ lateinamerikanischen Hinterland sollten uniformierte Kreaturen auch hier die nötige Friedhofsruhe herstellen, um diesen wichtigen Stützpunkt in Washingtons Weltherrschaftsplänen zu festigen. Getarnt als UNO-Truppen haben die amerikanischen Generale sogar direkt das Kommando über die südkoreanische Armee in die Hand genommen: eine halbe Million südkoreanischer Soldaten wird von der US-Armee befehligt!

Nach der Niederlage der USA-Imperialisten in ihrem Überfall auf Vietnam wurden ihre Truppen in Südkorea nicht, wie offiziell behauptet wurde, reduziert, sondern im Gegenteil verstärkt.

Die großen Monopole der Textil- und Elektroindustrie der

Zur Information

Südkorea

Die Republik Südkorea entstand als Ergebnis der US-imperialistischen Aggression gegen Korea. An ihrer Spitze stand von Beginn an ein diktatorisches Regime. Gegen den wachsenden Widerstand des Volkes wurde im Mai 1961 ein Militärputsch organisiert. In den folgenden anderthalb Jahren wurden offiziell 57 000 Prozesse vor Militärgerichten geführt, gegen Vertreter aller politisch oppositionellen Strömungen.

Im Jahre 1972 wurde die sogenannte Verfassung von Yushin erlassen, die Parks Diktatur legalisierte. Zur Ergänzung dieser völlig undemokratischen Verfassung wurde wenig später das Antikommunismus-Gesetz geschaffen, das alle Kommunisten zu Gewaltverbrechern und Vogelfreien erklärt und kommunistische Betätigung mit Todesstrafe bedroht.

Mit 650 000 Soldaten und 25 000 Agenten des Korean CIA sowie 40 000 US-Soldaten und 2 000 US-Militärberatern und CIA-Spezialisten liegt ein dichtes Netz blutigster Unterdrückung über dem Lande.

Trotzdem hat der Kampf breiter Massen der Bevölkerung nie aufgehört. Wie in den fünfziger und sechziger Jahren, so gab es auch in den Jahren 1973 - 1975 eine äußerst starke demokratische Bewegung, die gewisse Zugeständnisse erkämpfte.

Im letzten Jahr begann mit Kämpfen in den Städten Pusan und Masan eine neue Welle des Widerstands gegen das Park-Regime. Die Widersprüche innerhalb der proamerikanischen Faschistenclique an der Macht wurden dadurch weiter verschärft. Das hat zu zahlreichen Mordkomplotten in Regierung und Armee geführt, deren Opfer auch Park selbst wurde. Pusan und Masan sind sogenannte freie Produktionszonen, in denen die Arbeiter, bar jeder Rechte, der Ausbeutung durch die internationalen Monopole völlig ausgeliefert sind. Deshab waren sie auch stets ein Zentrum des Kampfes.

Aber auch im restlichen Land regieren die Imperialisten. Vor allem die Bosse der Wallstreet, die Armee und Geheimdienst und ein Drittel des südkoreanischen Kapitals beherrschen. Aber auch die früheren Kolonialherren, die japanischen Imperialisten, haben unter dem US-Schutzschild wieder großen Einfluß gewonnen, vor allem in der Wirtschaft. Dort kommandieren sie mit über solche gigantischen Betriebe wie die Hyundai Corporation, die allein 10 Prozent des gesamten Bruttonationalprodukts erwirtschaftet.

USA, die großen Versandhäuser, die scheffeln aus der Arbeit der südkoreanischen Werktätigen Milliardenprofite: General Electric, Sears & Roebuck und wie sie alle heißen, die über eine Million koreanische Arbeiter ausbeuten. Die amerikanischen und japanischen multinationalen Monopole sind es, die die

Hirn nicht ganz von der amerikanischen Propaganda verkleistert ist, kann glauben, daß es den Finanzhaien der Wallstreet etwa um eine nordkoreanische Invasion geht. Es geht um ihren Stützpunkt, um ihr Geld, um ihre Generale.

Und während der neue Ministerpräsident Hoon versucht zu beschwichtigen, einmal mehr leere Versprechungen macht, tobt innerhalb der Generalscamarilla der Kampf jener, die Zugeständnisse machen wollen, mit jenen, die noch mehr Blut sehen wollen. Jimmy Carter, der Völkermörder, hat bereits seine Unterstützung für die faschistischen Generale bekräftigt.

Dem Aufruf der Marionettenregierung, die Waffen niederzulegen, haben die Aufständischen mit einem Sechspunkte-Katalog von Forderungen geantwortet, die sie erfüllt haben wollen, bevor sie den bewaffneten Kampf einstellen.

Die Bevölkerung fordert die sofortige und völlige Aufhebung des militärischen Notstands und aller Sondergesetzgebungen, den Rücktritt des Killergenerals Chun, den Rückzug der Armee in die Kasernen, volle Amnestie für alle Gefangenen, Straffreiheit für alle am Aufstand Beteiligten, Entschädigung für die Angehörigen aller Opfer.

Dabei wurde betont, daß es sich hierbei um Minimalforderungen handelt, daß aber der Kampf für volle Demokratie und die Bestrafung aller Mörder weitergeführt wurde.

Der große und im wahrsten Sinne des Wortes heldenhafte Kampf der südkoreanischen Bevölkerung muß die Unterstützung aller fortschrittlichen, aller normalen Menschen dieser Welt finden. Sie kämpft darum, menschenwürdig leben zu dürfen. Und sie versetzt dabei den Möchtegern-Weltherrschern aus New York und Washington einen weiteren schweren Schlag.

Amis raus aus Südkorea! Unterstützen wir den demokratischen Kampf der südkoreanischen Bevölkerung!

Freie Exportzone Masan

Die freien Zonen für Produktion und Export sind Zentren der schrankenlosen Ausbeutung der Arbeiter. Um unseren Lesern einen Eindruck davon zu geben, wie die Werktätigen dieser Gebiete leben müssen, drucken wir hier eine offizielle Propagandaschrift der Verwaltung der Freien Exportzone Masan ab, mit der für die Errichtung von Betrieben geworben wird. Dabei muß gesagt werden, daß Masan rund 400 000 Einwohner hat, also nicht nur kleine Minderheiten betroffen sind. Im Falle dieser Zone betrifft es rund 12 000 Beschäftigte.

Die Freie Exportzone Masan ist eine besonders ausgestattete freie Industriezone (175 Hektar) für die Produktion, Teilproduktion oder Montage von Exportgütern durch Auslandsfirmen, unter Verwendung von Rohmaterialien und Halbfabrikaten, die zollfrei zum größten Teil oder ausschließlich eingeführt werden. Die Zone bietet dem ausländischen Kapitalanleger in sich vereint das ideale Investitionsklima Koreas, die liberalsten Anreize, die besten Einrichtungen und jede sonstige Annehmlichkeit.

Die Anwendung entsprechender Gesetze und Verordnungen, die die wirtschaftlichen Aktivitäten von Auslandsfirmen betreffen, ist teilweise oder vollständig außer Kraft gesetzt. In der Zone zugelassene und angesiedelte Unternehmen benötigen nicht die Genehmigungen, Lizenzen, Anmeldungen etc., die das Gesetz für Unternehmen außerhalb der Zone vorsieht. In der Zone niedergelassene Unternehmen haben bei Auseinandersetzungen mit den Beschäftigten denselben Status wie öffentliche Einrichtungen.

Fabrikgelände und Gebäude (Standardfabrikgebäude) können auf Pacht- oder Kaufbasis erworben werden. Die Zone verfügt über eine ausreichende Wasser- und Energieversorgung sowie über eigene Hafeneinrichtungen. Zur Unterstützung der wirtschaftlichen Aktivitäten in der Zone stehen die nötigen Einrichtungen für Transport, Lagerhaltung, Verpackung, Reparatur usw. zur Verfügung. Die Verwaltung der Zone ist ermächtigt, Genehmigungen für die Niederlassung in der Zone zu erteilen, sich um Auslandsinvestitionen und -technologie zu bemühen, Fabrikgebäude zu errichten und Export- und Importgeschäfte sowie andere

wirtschaftliche Tätigkeiten durchzuführen. Die folgenden staatlichen und nichtstaatlichen Agenturen sind in der Zone vorhanden, um dem ausländischen Kapitalanleger administrative Angelegenheiten zu erleichtern: a) Devisenbank, b) Zollbüro, c) Post und Fernmeldeamt, d) Eingangs- und Ausgangskontrolle, e) Beschäftigungs- und Arbeitsamt, f) Apotheke, g) Fluglinien- und Reisebüroagentur.

Importe von Rohmaterialien und Ausrüstungen für Exportproduktion können ohne Einschränkungen vorgenommen werden.

Weder Zölle noch Steuern werden für Rohmaterialien, Teile und Halbfabrikate erhoben, die für die Exportproduktion eingeführt werden.

Exportprodukte unterliegen nicht der Exportinspektion, wenige Fälle ausgenommen.

Einkommen-, Körperschaft-, Vermögen- und Vermögenserwerbssteuern werden für fünf Jahre nicht erhoben und für weitere drei Jahre mit einem um 50 Prozent reduzierten Satz.

Die Überweisung von Profiten und Dividenden ins Ausland ist vom ersten Jahr der wirtschaftlichen Tätigkeit an garantiert.

Billige Arbeitskraft ist im Überfluß vorhanden und bietet damit exzellente Konkurrenzvorteile für Produkte auf internationalen Märkten. Qualifizierte männliche und weibliche Arbeitskräfte, die mindestens über Grundschulabschluß verfügen und leicht anlernbar sind, stehen aus den umliegenden Städten laufend zur Verfügung.

(aus: Fröbel u.a., Neue internationale Arbeitsteilung, rororo aktuell, Nr. 4185.)



Detroit 1967: Diese Stadt war damals das Zentrum einer militanten landesweiten Erhebung der Neger gegen rassistische Willkür.



Die Nationalgarde überfällt eine friedliche Demonstration in Maryland im Jahre 1964 — ein Ausgangspunkt für die 67er Erhebung.



Armut der Negerbevölkerung in ländlichen Gebieten. 1974 lebten mehr als 35 Prozent der Negerfamilien unter dem offiziellen Existenzminimum.



Lynchjustiz! Im März 1919 raste der vom Ku Klux Klan aufgepeitschte Mob. Innerhalb von zwei Monaten gab es mehr als 40 Opfer.

Konferenz in Islamabad

Islamische Staaten verurteilen UdSSR und USA

Fronten verschieben sich

ISLAMABAD.— Auf der Außenministerkonferenz der Organisation islamischer Staaten in Islamabad, der pakistanischen Hauptstadt, wurde die aggressive Politik der beiden imperialistischen Supermächte entschieden verurteilt. Ebenso wurde der Plan der israelischen Zionisten verurteilt, ganz Jerusalem als Hauptstadt zu besetzen.

War im Januar, unter dem unmittelbaren Eindruck des sowjetischen Überfalls auf Afghanistan noch ausschließlich der sowjetische Sozialimperialismus kritisiert worden, so wurde jetzt, nach der US-Aggression gegen Iran, auch die imperialistische Supermacht USA verurteilt.

Die Resolutionen der Außenministerkonferenz zeigen dabei deutlich eine Reihe von Entwicklungen auf, die sich in letzter Zeit angebahnt hatten.

So ist die Verurteilung der sowjetischen Aggression dieses Mal weniger eindeutig ausgefallen, als im Januar, weil sich im Verlauf der Konferenz eine prosovjetische Gruppe zeigte, gebildet aus Staaten, die im Januar nicht beteiligt waren. Syrien, Libyen, Algerien, Süd-jemen und zum ersten Male auch der Nordjemen taten sich dabei hervor, die sowjetische Aggression zu beschönigen. Damit hat sich die Kursänderung Nordjemens, unter dem

Druck der Oppositionsbewegung im Lande, zum ersten Male außenpolitisch dokumentiert.

Was die Verurteilung der US-Aggression gegen den Iran betrifft, so geschah sie einstimmig. Zu klar wird die aggressive Haltung der USA von den Völkern dieser Staaten gesehen, als daß die Regierungen, auch solche, die mit den USA verbunden sind, es sich leisten könnten, nicht Stellung zu nehmen.

So stimmten denn auch Länder wie Pakistan und Kuwait für die Verurteilung der USA, ebenso auch Saudi-Arabien.

Dabei liegt es auf der Hand, daß gerade Staaten wie Kuwait oder Saudi-Arabien nicht zuletzt gegen die USA stimmten, um neue Unruhen im eigenen Land zu vermeiden, wie sie im letzten Jahr geschehen waren.

Eine Sonderrolle nahm bei den Beratungen einerseits der Irak ein, der offene Angriffe auf den Iran startete, und sich

so zu einem lauten Fürsprecher der USA machte, getrieben vom Ziel der irakischen Bourgeoisie, neue Vormacht am Golf zu werden.

Auf der anderen Seite ist auch die Haltung der iranischen Regierung besonders zu beachten. So verurteilte Außenminister Gotbzadeh die beiden Supermächte in scharfen Worten und bezeichnete die irakische Regierung als Helfer der USA. Die iranische Regierung zog scharfe sowjetische Kritik dadurch auf sich, daß sie afghanische Widerstandskämpfer von drei verschiedenen Organisationen als Delegierte in die iranische Delegation aufnahm. Dies gab diesen die Möglichkeit, die Konferenz für ihre Anklage gegen die sowjetische Terrorherrschaft in ihrem Lande zu nutzen. Gotbzadeh betonte dabei, sein Land werde für immer auf der Seite all derer stehen, die für nationale Souveränität kämpfen.

Nach dem blutigen Einsatz der Nationalgarde

Ausnahmezustand über Miami verhängt

Reaktionen im ganzen Land

MIAMI.— Nach den blutigen Überfällen der amerikanischen Nationalgarde auf demonstrierende Bürgerrechtler, die zu großen Unruhen führten, ist die Lage in den USA sehr angespannt. 15 Tote und über 100 Schwerverletzte, davon 14 lebensgefährlich, waren das Ergebnis dieses rassistischen Einsatzes.

Der Freispruch für vier Polizisten, die einen Neger bei einer Verkehrskontrolle ermordet hatten, brachte das Faß zum Überlaufen. Denn es war innerhalb eines halben Jahres bereits der dritte Vorfall in Miami, der die rassistische Unterdrückung der Neger in USA deutlich machte.

Bereits im letzten November war ein weißer Polizist, der ebenfalls bei einer Verkehrskontrolle einen jugendlichen Neger erschossen hatte, obwohl dieser völlig unbewaffnet war, ohne jeden Prozeß davongekommen. Wenig später waren zwei junge Negerinnen vergewaltigt worden, ohne daß die Behörde irgendwelche Schritte gegen die mutmaßlichen Täter unternommen hätte.

Die Ermordung des Versicherungsagenten McDuffie, der von vier rassistischen Verbrechern in Uniform totgeprügelt worden war, wurde dann zwar vor Gericht gebracht, aber die rein weiße Jury sprach die Angeklagten nach dreistündiger

Verhandlungsdauer frei.

Aus den Berichten aller Presseagenturen geht hervor, daß die Demonstrationen genau so lange friedlich blieben, bis sie von der Polizei und am Sonntag dann auch von der berüchtigten Nationalgarde angegriffen wurden.

Der Gouverneur von Florida verhängte wegen der weiter erregten Situation am letzten Dienstag den Ausnahmezustand über die Stadt, die am Tage zuvor völlig lahmgelegt gewesen war. In den weißen Vierteln patrouillierte die Bürgerwehr, die vom Ku Klux Klan durchsetzt ist.

Der Ausnahmezustand gibt diesen Terrortruppen halbpolitische Rechte. Gouverneur Graham, der sich vor einem Jahr damit hervortat, daß er forderte, der Vollzug der Todesstrafe müsse wieder Alltag werden, und der sich weigerte, einen verurteilten Neger zu begnadigen, will den rassistischen Kurs gegen die schwarze Minderheit offenbar noch weiter verschärfen.

Das Bild vom reichen Miami, vom friedlichen Florida ist damit in der Öffentlichkeit zerrissen worden.

Dieses Bild traf ohnehin für die schwarze Bevölkerung niemals zu. 35 Prozent sind arbeitslos, ebenso viele leben in Slums. Als die „Urban League“, die größte Negerorganisation der USA, im letzten Jahr statistisch nachwies, daß 80 Prozent der schwarzen Bevölkerung der USA 1979 schlechter lebten als 1959, da war Miami eines der zitierten Beispiele.

So ist auch leicht zu erklären, warum bereits in den wenigen Tagen nach den Ereignissen vom vorletzten Wochenende in mehreren Städten der USA Kundgebungen gegen den Rassismus stattfanden. Verschiedene Führer schwarzer Organisationen haben sich nach Miami begeben und dort die Forderung der örtlichen Organisationen nach einem neuen Gerichtsverfahren vor einem Bundesgericht vertreten.

Auch nach fünf Monaten

Der Widerstand in Afghanistan ist ungebrochen

KABUL.— Das sowjetische Kolonialregime in Afghanistan gerät in immer größere Schwierigkeiten. Deshalb werden verschiedenste Versuche unternommen, die Lage zu entspannen, die bisher aber alle erfolglos blieben.

Weder die Angebote Karmals, international zu verhandeln, noch die Regierungserklärung mit einem Aufruf an alle patriotischen Kapitalisten, das Regime zu unterstützen, zeigten Wirkung. Nach der blutigen Niederschlagung der Schüler- und Studentenunruhen im Februar ist die Lage noch angespannter.

Das Kabuler Militärhospital, das über 400 Betten verfügt, ist mit 600 Verwundeten belegt; ein zweites Krankenhaus wurde für die Armee konfis-

ziert. Der Widerstand in den Städten selbst ist militärisch zurückgegangen, dafür ist er in ländlichen Regionen und im Gebirge verstärkt worden. So mußte jetzt auch die „Prawda“ zum ersten Mal zugeben, daß „der Kampf gegen Banditen nicht leicht“ sei.

Die Militärexperten weisen darauf hin, daß die Sowjetarmee über keinerlei Erfahrung im Antiguerrillakrieg verfügt, und daß deshalb auch der hochtechnisierte MIG-24-Kampfhub-

schrauber nicht wirksam wird.

Währenddessen geht der Widerstand inzwischen weit über die islamischen Gruppen hinaus, beteiligen sich auch nationale Minderheiten und andere politische Organisationen, wie die sozialdemokratische Millat, am Kampf.

Eine kämpfende Einheit allerdings konnten die Widerstandskämpfer bisher aufgrund der Rivalität verschiedener reaktionärer islamischer Führer nicht erreichen.

Meldungen

Marokko: Folter in den Gefängnissen

RABAT.— Die marokkanische Regierung verweigerte einer belgischen Kommission das Gespräch mit Häftlingen.

Die Kommission, beauftragt vom belgischen Verband demokratischer Juristen, führte aber eine Vielzahl von Gesprächen mit ehemaligen Häftlingen, Ärzten und Rechtsanwälten. Diese sagten übereinstimmend aus, daß die Untersuchungshaft die schlimmste Zeit für politische Gegner des Königs Hassan sei. Bei einer völlig illegalen Dauer bis zu 20 Monaten werde dort regelmäßig gefoltert. In den letzten zehn Jahren seien mindestens 20 Menschen zu Tode gefoltert worden.

Brasilien: Revisionisten-häuptling geschäft

RIO DE JANEIRO.— Die revisionistische brasilianische Kommunistische Partei hat einen neuen Generalsekretär gewählt: Giacinto Dias.

Überraschend wurde damit Luiz Carlos Prestes von seiner Funktion abgewählt. Prestes war seit der Spaltung der KP Brasiliens Chef der neuen, revisionistischen Partei. Diese Abwahl steht vor dem Hintergrund scharfer Auseinandersetzungen innerhalb der Partei mit einem erstarkten eurorevisionistischen Flügel.

Portugal: Privatisierung aufgeschoben

LISSABON.— Die Regierung Sa Carneiro mußte jetzt bekanntgeben, daß ihre verschiedenen Pläne zur Reprivatisierung in der Wirtschaft vom Revolutionsrat untersagt wurden.

Die Regierung hatte unter anderem geplant, Banken und Versicherungen auf dem Wege der Neugründung wieder zu privatisieren. Der Revolutionsrat entschied, dies sei gegen die herrschende Verfassung. Ohne Zweifel ein Beschluß, der durch die sehr breiten Proteste am 1. Mai und danach zustande kam, an denen sich so viele Menschen beteiligten, daß die Regierung ihre Behauptung, es handle sich nur um Kommunisten nicht mehr aufrechterhalten konnte.

El Salvador: 200 Tote

SAN SALVADOR.— Die herrschende Militärjunta gab bekannt, bei den Bombenangriffen auf Städte des Landes seien mindestens 200 Guerilleros getötet worden.

Tatsache aber ist, wie auch von der mittelamerikanischen Presse allgemein hervorgehoben wird, daß sich diese Angriffe eben gerade gegen unbeteiligte Menschen richten, die mit diesem Blutbad von einer Unterstützung für die neugebildete revolutionäre demokratische Front abgeschreckt werden sollten. Einsatzkommandanten: US-Offiziere.

In der letzten Folge unserer Serie wurde die Haltung Bonns in der Iran-Krise untersucht und herausgestellt, daß der westdeutsche Imperialismus erhebliche Interessen in diesem Land besitzt. Der aggressive Gleichschritt mit Washington in der Iran-Frage ist also nicht zuletzt dadurch bestimmt, daß Bonn seine durch die Revolution im Iran verlorenen Positionen wiedererobern will. Aber nicht nur im Mittleren Osten, überall auf der Welt sind die westdeutschen Imperialisten aktiv. Im Streit der Supermächte wollen auch sie sich ihr Stück vom Weltkuchen sichern. Eine besondere Rolle in ihrer expansiven Strategie spielt dabei der Osthandel, mit dem sich diese Folge unserer Serie beschäftigt.

Bereit zum Waffengang

Wie verhält sich nun Bonn, die SPD/FDP-Regierung im Spiel der Supermächte? Eines haben wir schon gesagt: Sie steht da, wo es im Interesse der westdeutschen Monopole ist, fest und unerschütterlich auf Seiten des USA-Imperialismus, bereit zum Waffengang. Nicht umsonst versuchte man, durch militäristische Demonstrationen, wie die diversen öffentlichen Rekrutenvereidigungen, diese Bereitschaft zu demonstrieren.

Sterben für die USA, das ist der Auftrag der Bundeswehr, das ist das Schicksal, das die Bonner Herren, sowohl der Strauß als auch der Schmidt, dem deutschen Volk zugeordnet haben. Nur, daß der erste es mit flammender Solidarität für die Vereinigten Staaten und der zweite mit Zähneknirschen („Wir haben die Schnauze voll“) tut. Und doch gibt es Unterschiede zwischen ihnen, über die man nicht leichtfertig hinweggehen soll.

Nicht umsonst versucht sich Schmidt als Mann der Ruhe und Besonnenheit, als den großen Mahner aufzubauen, wenn er davor warnt, in der gegenwärtigen Situation Angst zu schüren, denn im Zustand der Angst „kann die Vernunft zum Teufel gehen“. Wenn er sagt: „Vorrangig ist jetzt ein besonnenes und ruhiges Vorgehen“, so steht dahinter ein besonderes Problem, das Problem des Osthandels.

Bei aller Übereinstimmung des BRD-Kanzlers mit dem Senior-Partner in Washington, hier gibt es Widersprüche. Im Gegensatz zum USA-Imperialismus, der derzeit voll auf Konfrontation zur Sowjetunion geht und sie zum Beispiel durch ein Handelsembargo bestraft sehen möchte, lehnt Schmidt eine „Bestrafung“ der Sowjetunion durch die Beschränkung des Handels, der Kapitalinvestition ab. Und Wehner assistiert: Wenn es die USA schon nicht tun, so möge doch der Kanzler nach Moskau fahren, um mit Breschnew zu sprechen.

Praktisch seit 1969, mit dem Regierungsantritt der SPD/FDP-Koalition, ändert sich die westdeutsche Regierungspolitik in Richtung der Ausweitung des Osthandels, der Herstellung engerer Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion. So hat sich der Handel der Bundesrepublik mit den Ostblockstaaten ohne DDR zwischen 1969 und 1979 vervierfacht. Der größte Handelspartner auf östlicher Seite wurde dabei die UdSSR. Der Warenaustausch mit ihr erreichte 1979 rund 14 Milliarden Mark, davon importierte die BRD aus der Sowjetunion für 7,4 Milliarden und exportierte in die UdSSR für 6,6 Milliarden Mark.

Die RGW-Staaten verschuldeten sich 1976 gegenüber dem Westen mit 32 Milliarden Dollar. 1977 waren es bereits 62 Milliarden, und für das laufende Jahr wird mit einem Kreditvolumen in einer Höhe von 80

Milliarden Dollar gerechnet. Von dieser Verschuldung entfallen 20 Milliarden auf die Sowjetunion. Ohne die Aufträge aus der Sowjetunion wären in Westeuropa die Arbeitsplätze von über zwei Millionen Menschen gefährdet, ein Großteil davon in der Bundesrepublik. Trotz des geringen Anteils von zwei Prozent am gesamten westdeutschen Export würde ein Ausfall der Lieferungen in die Sowjetunion eine Reihe von Firmen in der Bundesrepublik ganz empfindlich treffen. Vor allem die Betriebe der Montanindustrie. Denn die deutschen Lieferungen konzentrieren sich zu zwei Dritteln auf Maschinen, Walzwerkanlagen, Röhren, Eisenwaren und Blech. Es ist eben kein Toilettenpapier, was aus der Bundesrepublik in die Sowjetunion exportiert wird, sondern ein hoher Anteil geht in den Anlagenbau, der in der Perspektive Nachlieferungen erfordert. Zwar ist das Exportvolumen klein, aber von hoher Qualität.

Ein wichtiger Rohstofflieferant

Hinzu kommt, daß die Sowjetunion wichtige Rohstoffe in die Bundesrepublik exportiert. Rund die Hälfte der sowjetischen Exporte entfallen allein auf Erdgas, Erdöl, Kraftstoffe und Schmieröle. Rohstoffe und Halbwaren insgesamt machen immer noch mehr als drei Viertel dessen aus, was die Sowjetunion auf dem westdeutschen Markt absetzen kann. Allein 25 Prozent des importierten westdeutschen Erdgases kommen aus der Sowjetunion. Das sind gut 15 Prozent der Energieversorgung mit diesem Rohstoff.

Eine gewisse Abhängigkeit ist beim Uran gegeben. Nahezu 40 Prozent des in der Bundesrepublik verwendeten angereicherten Urans stammt aus der Sowjetunion. Auch bei anderen Rohstoffen hat die Sowjetunion einen zum Teil erheblichen Anteil auf dem westdeutschen Markt erreicht. So stammen Molybdän-Pulver zu 27 Prozent, Ferrochrom zu 23,3 Prozent, Rottitan zu 21,3 Prozent, Phosphate zu 17 Prozent, Platin zu 12 Prozent, Erze und Metalle generell zu 10 Prozent aus der Sowjetunion. Kurzfristig nicht zu bewältigen wäre für die Bundesrepublik ein Ausfall der Lieferungen von Palladium, die 43 Prozent und Asbest, die 10 Prozent betragen.

Die Bundesrepublik ist mit ihren 14 Milliarden Mark Handelsvolumen nach wie vor Moskaus bedeutendster Handelspartner im Westen. Die Vereinigten Staaten kommen nicht einmal auf den halben Wert. Kein Wunder, daß Wirtschaftsbesse wie Krupp-Aufsichtsratsvorsitzender Bertold Beitz, Hellmuth Buddenberg (BP), F.W. Christians, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, oder der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff von Ameron-

Sterben für die USA? (11. Teil)

Der wachsenden Kriegsgefahr begegnen!

gen, vor Sanktionen gegenüber dem Kreml warnen.

„Mit einem Wirtschaftsboykott können weder wir die Russen noch die Russen uns politisch zu irgend etwas bewegen oder gar erpressen. Aber beide Seiten würden sehr schweren Schaden nehmen“, so schätzte Hans-Andreas Siemann, Geschäftsführer des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), die Lage ein: „Zwar sind wir nicht auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen, aber die Handelsbeziehungen sind bereits so eng, daß eine Unterbrechung nicht ohne Folgen bliebe.“

DIHT-Präsident Wolff warnte vor einer generellen Ausweitung der sogenannten Cocom-Liste, die Lieferverbote für strategisch wichtige Waren an die Sowjetunion enthält. Dies habe „keinen Zweck“. „Wenn es zu einem Boykott der

der SPD/FDP-Regierung stehenden Konzerne der Montan- aber auch der Chemieindustrie, daß die Mannesmann, Krupp, Salzgitter usw. ihr profitables Geschäft mit dem Osten nicht gefährdet sehen möchten. Über ein Jahrzehnt lang haben sie unter dem Aushängeschild der „Entspannung“ ihr „friedliches“ Eindringen in den sowjetischen Markt betrieben. Ein Markt, der nicht nur eine Fülle von Rohstoffen, sondern auch große Absatzmöglichkeiten bietet. Ein Markt, dessen Möglichkeiten noch lange nicht ausgeschöpft sind. Dabei kam ihnen die rekapitalistische Entwicklung der Sowjetunion entgegen. Eine Entwicklung, die sie nach Kräften zu fördern suchen. Dazu aber brauchen sie derzeit eine Handelsausweitung und nicht eine Handelsbeschränkung, eine friedliche Entwicklung und keinen Rückfall in den sogenannten kalten Krieg.



Gut im Geschäft: Breschnew und Krupp-Boss Beitz (rechts)

Sowjetunion kommen sollte, dann sind wir bereits im kalten Krieg“. Krupp-Chef Petry sieht „heute keinen Grund für einen Boykott der deutsch-russischen Geschäftsbeziehungen“ und Salzgitter-Vorstandssprecher Ernst Pieper erklärte kürzlich in Moskau, nachdem die Salzgitter-Tochter Rüterbau in der Rekordzeit von rund zwei Jahren den Flughafen Scheremetiewo schlüsselfertig hochgezogen hatte: „Wir sind optimistisch, weitere Geschäfte mit den Sowjets machen zu können.“

Und weitere Geschäfte, die alle bisherigen Dimensionen sprengen dürften, sind in Sicht. So plant Moskau den Bau einer Erdgasleitung von Sibirien nach Westeuropa. Geschätzte Gesamtinvestition: 20 Milliarden Mark. Jährlich sollen bis zu 50 Milliarden Kubikmeter Erdgas nach Westeuropa fließen. Erst nach der endgültigen Entscheidung über das Projekt, so Vorstandssprecher Christians von der Deutschen Bank, wolle diese sich darüber klarwerden, ob sie sich führend an der Finanzierung dieses Projekts (4 000 Kilometer Röhren) beteiligen will.

Ein riesiger Markt

Kein Wunder, daß die hinter

trogiganten, der modernen Kriegsindustrie aber heißt derzeit nicht Helmut Schmidt, sondern Franz Josef Strauß.

Strauß hat sich, wie kaum ein anderer Politiker, um das Wiedererstarken des Rüstungskapitals verdient gemacht. Es ist ihm gelungen, durch großzügige Investitionshilfe der CSU-Regierung, Bayern zum Schlachtfeld der Rüstung zu machen. So stehen denn auch die reaktionärsten Kreise des westdeutschen Finanzkapitals voll hinter ihm. Er selbst ist persönlich über seine Parteifreunde von der CSU eng mit der westdeutschen Rüstungs-, der Kriegsindustrie verbunden.

So sitzen im Aufsichtsrat des Siemens-Konzerns Peter von Siemens, BDI, Wirtschaftsfunktionär schon unter Hitler, heute im Wirtschaftsbeirat der CSU, und Gisbert Kley, bis 1969 CSU-MdB und früherer Ministerialrat in den okkupierten Gebieten Osteuropas. Siemens ist wiederum mit der Dornier GmbH und Messerschmitt-Bölkow-Blohm verbunden. Im Aufsichtsrat der Dornier GmbH, Reparaturwerk für Flugzeuge, die wie MAN mit der Gesellschaft für nukleare Verfahrenstechnik verbunden ist, sitzen u.a.: Otto Schedl, ehemaliger bayerischer Wirtschaftsminister, von Brauchitsch, persönlich haftender Gesellschafter von Flick, CSU-Förderer und zeitweilig Generalbevollmächtigter von Springer, sowie O.A. Friedrich, persönlich haftender Gesellschafter von Flick, ehemaliger Wehrwirtschaftsführer, CDU-Förderer, BDA-Präsident und Strauß-Freund. Neben diesen beiden saß im Vorstand des Flick-Konzerns bis zu seinem Tode W. Pohle, CSU-MdB, Schatzmeister der CSU und Strauß-Freund.

Versippt und verschwägert

Flick wiederum ist anteilig verbunden mit der Feldmühle AG, Dynamit-Nobel, Munition, Sprengstoffe, Raketenentzündungen, und den Buderusschen Eisenwerken, die wiederum mit 95 Prozent Krauss-Maffei, dem größten Panzerhersteller Europas, verbunden sind. In dessen Aufsichtsrat sitzt Heinz Borstell, CSU-Funktionär, und saß zeitweilig Graf von Stauffenberg, CSU-MdB. Auch mit Daimler-Benz, Bundeswehrfahrzeuge, Panzer- und Schiffsmotoren, ist Flick verbunden. Daimler-Benz wiederum mit der Quandt-Gruppe: BMW, Geländefahrzeuge, IWKA, Munition, Panzerzubehör, Handfeuerwaffen und VARTA. Im Aufsichtsrat von Daimler-Benz sitzen neben Strauß-Freund O.A. Friedrich, Friedrich A. Flick persönlich und Strauß-Freund Hermann Abs.

Im Aufsichtsrat von Messerschmitt-Bölkow-Blohm, Produktion von Flugzeugen und Raumtechnik, sitzt Max Streibl, Finanzminister von Bayern. Ludwig Bölkow ist ein Duzfreund von Strauß und Mitglied des wehrpolitischen Arbeitskreises der CSU. Er sitzt als Beirat im Vorstand der Bayerischen Vereinsbank, der Haus-

bank von MBB und Siemens, die auch den „Bayernkurier“ durch Kredite förderte. Im Vorstand der Bayerischen Volksbank sitzen weiter Rudolf Eberhard, CSU, ehemaliger bayerischer Wirtschaftsminister und MdL, A. Goppel, ehemaliger bayerischer Ministerpräsident, wie auch der bayerische Innenminister G. Tandler, CSU, zeitweilig Direktor der Bayerischen Vereinsbank war.

Messerschmitt-Bölkow-Blohm mit 65 Prozent und VFW Fokker, Raketenproduktion, mit 35 Prozent sind Inhaber der Deutschen Airbus GmbH, deren Aufsichtsratsvorsitzender Franz Josef Strauß persönlich ist. Im Aufsichtsrat von Fokker saß zeitweilig Prinz Bernhard der Niederlande, Strauß-Freund, und zusammen mit diesem in den Lockheed-Skandal verwickelt. Über die ERNO, Raumfahrttechnik, Raketen, ist VFW Fokker mit der AEG verbunden, in deren Aufsichtsrat bis 1978 Flick-Sohn und Strauß-Freund Friedrich-Karl saß. MBB ist zu 50 Prozent an der Bayer-Chemie, Treibstoffe für Raketen, beteiligt. Strauß-Freund Diehl, von der Junghans-Diehl KG, Panzerketten, Flugzeugelektronik, Munition, Zünder, war zusammen mit Strauß in die „Onkel-Aloys-Affäre“ verwickelt und ist Förderer der CSU wie früher der NPD, usw. usf.

Unmöglich, alle Verbindungen und Querverbindungen des westdeutschen Finanzkapitals, insbesondere seines reaktionärsten und aggressivsten Teils, der Rüstungsindustrie, zur Strauß-Partei, der CSU, aufzuzeigen. Er, Strauß, war es, der Bayern zur Waffenschmiede Nr. 1 machte, in der mit Rüstungsfirmen wie Siemens, Rohde & Schwarz, AEG, Felten & Guilleaume, Diehl-Junghans der größte Teil der Flugzeug- und Raketenindustrie sowie militärischer Fernmeldetechnik konzentriert ist. Insgesamt beherrscht Bayern mehr als die Hälfte der gesamten westdeutschen Luft- und Raumfahrtkapazitäten, Europas größten Panzerproduzenten, 80 Prozent der Triebwerksindustrie usw.

Was vor dem II. Weltkrieg den Krupp, Thyssen ihr Hitler, das ist heute den Siemens, Flick, Haniel, Bölkow ihr Strauß. Es sei denn, sie müßten ihn früher oder später wegen erwiesener Unfähigkeit, ihre Interessen, ihre Politik optimal durchzusetzen, durch einen anderen, vielleicht gar durch eine große Koalition unter Bundeskanzler Schmidt ersetzen. Doch noch ist es nicht soweit. Noch ist F.J. Strauß Kriegsvorbereiter und Revanchist Nr. 1.

Im nächsten RM:

Was denken die Deutschen?

Die nächste Folge unserer Serie wird die Reaktionen der Bevölkerung unseres Landes auf den verschärften Kriegskurs untersuchen. In diesem Zusammenhang werden wir auch auf die Opposition innerhalb der SPD gegen den Kurs der Bundesregierung eingehen.

Das Zentrum der Propaganda des Rassenhasses in der Welt sind aber nicht etwa die Rassenfanatiker des südafrikanischen Terrorregimes und waren auch nicht die besiegten Rassisten in Zimbabwe. Das Zentrum dieser zutiefst menschenfeindlichen barbarischen Propaganda sind und bleiben die USA. Die neuesten rassistischen Vorfälle im Süden der USA, die darauf ein Schlaglicht werfen, sind deshalb auch, zusammen mit der zunehmenden rassistischen Propaganda in Westdeutschland, der Grund für den „Roten Morgen“, diese Propaganda ausführlicher zu entlarven.

Die spanischen Conquistadores — die ersten Herrenmenschen

Die Praxis herrschender Klassen, andersartige, andersgläubige oder sonst unterschiedliche Menschen und Volksstämme für minderwertig zu erklären, sie zu verfolgen und zu jagen, gibt es schon seit dem Entstehen der Klassengesellschaft. Die Christen in Rom, die Juden im Mittelalter mögen hier als schlimme Beispiele genügen.

Das erste Mal aber, daß eine geschlossene politische Theorie auf der „Minderwertigkeit“ bestimmter Menschenrassen aufgebaut wurde, war die Zeit des Entstehens der Kolonialreiche der Spanier, Portugiesen, Niederländer und Briten.

So waren es auch die beiden spanischen Philosophen Sepulveda und Quevedo, Theoretiker der spanischen Raubzüge, die als Erste eine direkte und ausführliche Rassenlehre ausarbeiteten.

Dieser Theorie zufolge hatte die indianische Menschenrasse keine gemeinsame Herkunft mit der weißen Rasse und verdiente es deshalb auch nicht, wie Menschen behandelt zu werden.

Die erste Regierung, die in offiziellen staatlichen Dokumenten der Neuzeit bewußt zum Rassismus Zuflucht nahm, um ihre Position zu verteidigen, war aber bezeichnenderweise diejenige der USA. Im Jahre 1844 hatten mehrere Regierungen anderer Staaten bei den USA gegen die Sklavenhaltung protestiert. Der damalige Außenminister Calhoun antwortete unter Berufung auf den Anthropologen Morton und den Archäologen Gliddon, die Neger seien eine besondere, von den Weißen verschiedene Rasse, und daher bestehe kein Grund, ihre rechtliche Stellung zu verändern.

Die Ursache dafür, daß die USA der Hort des Rassismus waren und sind, liegt in zwei Tatsachen, die in dieser Weise für keinen anderen Staat zutreffen: So ist der Prozeß der staatlichen Herausbildung der USA engstens mit einer barbarischen Ausrottungspolitik gegenüber den Ureinwohnern, den Indianerstämmen, verbunden. Und der Aufbau der Wirtschaft in einem großen Teil des Landes basierte auf der Sklavenhaltung der Neger.

Der Rassismus in den USA war zu keiner Zeit und ist auch heute nicht nur die Ideologie einer Handvoll fanatischer Wackelköpfe. Regierungsmitglieder, Sheriffs, Richter und Unternehmer stellten zur Zeit der großen Lynchkampagnen etwa ein Fünftel der Mitgliedschaft des Ku Klux Klan. Große staatliche finanzielle Zuwendungen garantierten dieser Terrortruppe die Funktionsfähigkeit. Auch heute tummeln sich diese marodierenden Banden unter Polizeischutz. Die Grundlage für

In allen kapitalistischen Ländern der Welt ist in den letzten Jahren ein Wiederaufschwung rassistischer, hetzerischer Propaganda zu registrieren (siehe auch den letzten „Roten Morgen“). Sei es in Frankreich, wo er speziell gegen die Nordafrikaner gerichtet ist, in Westdeutschland, in erster Linie gegen Gastarbeiter aus der Türkei, in Britannien gegen Westindier und Asiaten. Auch im kapitalistischen Jugosla-

Die USA sind das Zentrum der rassistischen Propaganda

Rassismus — menschenfeindliche Ideologie im Dienste des Kapitals

ihre Tätigkeit lieferten und liefern die Massenmedien, die fest in der Hand des Monopolkapitals sind.

Ein mächtiges Mittel der rassistischen Propaganda war lange Jahrzehnte die Illusionsfabrik von Hollywood. Die großen Filmgesellschaften, die von der New Yorker Wall Street kontrolliert werden, wie Metro Goldwyn Mayer und Twentieth Century Fox von den Morgans, Paramount und Warner Brothers von den Rockefellers, propagierten bis in die letzten Jahre hinein in aller Offenheit das Bild vom stinkigen Indianer und vom schleimigen Neger, die Überlegenheit der weißen Rasse. Einer soziologischen Untersuchung zufolge waren bis zum Jahre 1960 genau 93 Prozent aller Hollywoodfilme, in denen Neger oder Indianer auftraten, offen rassistisch.

Solche früheren hetzerischen Kinomachwerke werden heute immer wieder über die privaten Fernsehanstalten wie ABC und NBC, die vom Kapital der Rockefellers befehligt werden, gesendet.

Die amerikanische Presse ist ein gewaltiges Mittel der Rassenhetze im Auftrag der Wall Street und der herrschenden Milliardärsklüngel. Die angeblich liberale „New York Times“ beispielsweise — um nur eines von unzähligen Beispielen herauszugreifen — berichtete an einem Tag im Dezember 1949 über mehrere Spalten hinweg über den Freispruch einer Bande von Nazis durch ein US-Gericht und rechtfertigte dies. Über die am selben Tage vollzogene Hinrichtung von vier Negern, die später für unschuldig befunden wurden, stand in dieser Zeitung kein einziges Wort.

50 Verlage, die von sechs Finanzgruppen kontrolliert werden, beherrschen in den USA rund 57 Prozent der Zeitungsauflage. Die Zeitungsimperien aus Chicago und Los Angeles, die Hearst-Presse und die McCormick-Verlage, die die Spießer des Mittelwestens aufhetzen und sich besonders der Hetze gegen italienische und mexikanische Einwanderer widmen, tun dies ebenfalls im direkten Auftrag des Großkapitals. Denn hinter der Los Angeles-Presse steht die Gruppe Gianini/Kaiser, deren besonderes Ausbeutungsobjekt eben gerade diese Menschen sind.

Zahllos sind schließlich die Tatsachen, die real die Unterdrückung der nationalen und rassistischen Minderheiten beweisen. In dem Jahrzehnt zwischen 1945 und 1950 sank nach offiziellen Angaben das Durchschnittseinkommen der Schwarzen im Verhältnis zu dem der Weißen von rund 47 auf knapp 40 Prozent. Im Jahre 1950 lebten acht von zehn Negern in den USA unter dem offiziell ausgerechneten Lebensminimum!

Der Rassismus als eine menschenfeindliche Ideologie im Dienste der kapitalistischen Klasse veränderte natürlich

auch, entsprechend den allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen, sein Auftreten an einigen Punkten.

Die neuen Erkenntnisse der Rassisten

Zu dem Zeitpunkt, als der Kampf um die Neuaufteilung der Welt begann, wurden auch die rassistischen Theorien ausgiebig erweitert. Jetzt richteten sie sich nicht mehr nur gegen die Kolonialvölker, die zu unterdrücken waren, sondern auch gegen die Konkurrenten, die begehrte Kolonien bereits besetzt hatten. Jetzt wurde begonnen, auch innerhalb der weißen Rasse zu hetzen, jetzt wurden beispielsweise die „Arier“, die Naziherrenrasse, entdeckt.

Auch mit der Erfindung der Atombombe vollzog sich eine Erweiterung, eine Verschärfung der rassistischen Hetze. Jetzt wurde das Arsenal menschenfeindlicher Propagandalügen um eine neue Anwendung der Theorie der Überbevölkerung von Malthus erweitert.

Von dem Zeitpunkt an, da eine solche Massenvernichtungswaffe wie die Atombombe existierte, begannen die Rassisten verstärkt davon zu reden, daß es nicht nur ein Volk, eine Rasse sei, die minderwertig sei, sondern die Mehrheit der Menschheit. Mit rassistischen Sterilisierungskampagnen wurden rassistische Minderheiten und die arme Landbevölkerung einer Reihe von Ländern brutal unterdrückt. Angeblich, um die lebenswerte Menschheit vor dem Hungertod zu retten. Dabei muß betont werden, daß bereits im Jahre 1954 eine UNO-Wissenschaftlergruppe berechnet hatte, daß bei einer rationellen und gerechten Ausnutzung der damals vorhandenen Produktionsmöglichkeiten dieser Planet schon damals Raum und Brot für über 10 Milliarden Menschen bot.

Scharlatane und Schreibtischtäter

Um gegenüber dem Kampf der unterdrückten Völker, der fortschrittlichen Kräfte aller Länder bestehen zu können, die im Rassismus von jeher einen ihrer übelsten Feinde sahen, waren die Rassisten und ihre Auftraggeber dazu gezwungen, ihre Thesen im Laufe der Zeit anders darzubieten. Früher waren rassistische Thesen vor allem durch mythische, dunkle Stammesgeschichten, Sagen und philosophische Freistilübungen begründet worden.

Den Höhepunkt dieser mythologischen, obskuren rassistischen Hetze bildete ohne Zweifel die Ariethese der deutschen Nazis. Alle Register des Antisemitismus ziehend, alle Strömungen des Antisemitismus zusammenfassend, erfanden die Rosenberg und Hitler den blonden blauäugigen

wien wird Rassenhaß zwischen Serben und Kroaten geschürt, gegen die anderen Völker. Auch in der UdSSR, wo die Stalinsche Nationalitätenpolitik längst durch den großrussischen Chauvinismus ersetzt wurde, haben sich amtliche Maßnahmen gegen asiatische Völker in letzter Zeit verstärkt.

nordischen Herrenmenschen, der sich im ewigen Kampf gegen Juden oder Slawen durchsetzen muß. Neger und Indianer wurden von diesen Mythologen weniger stark bekämpft — einfach deshalb, weil sie nicht der unmittelbare Feind waren, das waren europäische Länder.

Als der deutsche Herrenmensch im antifaschistischen Krieg von den „jüdisch-bolschewistisch-slawischen Horden“ vernichtend geschlagen wurde, war auch die Zeit dieses Stils der Rassenpropaganda vorbei.

Jetzt kam die pseudowissenschaftliche, scheinbar objektive Herangehensweise zur Anwendung, die von der alten Lehre nur noch bestimmte Lügen übernahm. Vor allem verschiedene Methoden der Schädelmessung und geopolitische Argumente wurden zwar weiter, aber weniger genutzt. Dafür wurden zunehmend die Statistik, psychologische Schulen und die allgemeine biologische Vererbungslehre für die Hetzpropaganda ausgenutzt.

Diese Art der Propaganda tritt in drei Arten auf. Einmal jene Gruppe, die vor allem den Dünkel der Arroganz bestimmter Intellektuellenkreise ansprechen soll, die die Existenz gewichtiger Rassenunterschiede behauptet und zunächst — in normalen Zeiten — zur Toleranz aufruft, um in der Krise mit eindeutigen Überlegungen zu beginnen. Diese Art wird vor allem durch eine ganze Reihe US-amerikanischer psychologischer Institute vertreten.

Die zweite Gruppe ist bei Wissenschaftlern aus dem Bereich der Archäologie und der Anthropologie zu finden, die die Gründe für den Untergang bestimmter Kulturen mit rassistischen Einflüssen benennen und überall bestimmten extremen Strömungen konservativer politischer Parteien Nahrung geben, die Einwanderungsstopp, Asylerschwernis fordern.

Und als dritte Gruppe und Fundament des Ganzen schließlich die Vertreter der mythischen Variante der Vererbungslehre, die dem Rassismus den objektiven, sozusagen angeblich wissenschaftlich unanfechtbaren Rahmen und Rückhalt geben, wobei sie sich aus den Niederungen der Tagespolitik heraushalten.

Lügen haben kurze Beine

Prüft man verschiedene der heutigen üblichen pseudowissenschaftlichen rassistischen Thesen an der Wirklichkeit, so werden sie — eben wie eine Lüge, die kurze Beine hat — schnell von der Wahrheit eingeholt.

Dabei sind die alten, lange benutzten Thesen am leichtesten zu widerlegen. Was die Schädelmessungen betrifft, so kann ein einziges Durchblättern eines Geschichtsbuches schon die These entkräften, es gäbe eine besondere Kopfform der

Intelligenz. Betrachtet man die Porträts Hunderter und Tausender großer Wissenschaftler und bedeutender Künstler oder sonstiger Meister ihres Fachs, wird man die Kopfformtheorie schnell als lächerlich abtun.

Auch jede, die die Größe des Gehirns für entscheidend bei der Erreichung eines bestimmten Kulturstandes einer Nation betrachten, machen sich in Anbetracht der Tatsachen lächerlich. Zwar haben internationale Untersuchungen erwiesen, daß ein Afrikaner im Durchschnitt ein Gehirn von 1350 Kubikzentimetern hat, während ein Europäer etwa 1400 Kubikzentimeter aufweist. Wäre das aber der Grund für die heutige höhere Entwicklung Europas, so müßten eigentlich die polynesischen Inselreiche den höchsten Stand erreicht haben, deren Bewohner durchschnittlich 1530 Kubikzentimeter haben. Daß große Denker wie Dante und Leibniz Gehirne mit weniger als 1330 Kubikzentimetern Größe hatten, während das größte bekannte Gehirn mit 2300 Kubikzentimetern von einem idiotischen Menschen stammte, läßt wohl endgültig den Schluß zu, daß die Gehirngröße, was die Entwicklung einer Rasse oder einer Nation betrifft, nichts bedeutet.

Die Geopolitiker schließlich, die die gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung auf Klima und Landschaft zurückführen wollen, wurden durch die Oktoberrevolution widerlegt. Sie mußten einen grundlegenden Klimaumschwung in Rußland erfinden, um diese Tatsache zu erklären, daß in jenem Land plötzlich Industrie und Kultur sich in rasendem Tempo ausbreiteten.

Gefährlicher sind da schon die Ritter des Intelligenzquotienten. Obwohl sich bis heute verschiedene psychologische reaktionäre Schulen untereinander streiten, was Intelligenz ist, wie der Quotient zu messen sei, haben sie es doch mit Hilfe der Medien geschafft, diesen unwissenschaftlichen, unmateriellen Begriff in der Öffentlichkeit einigermaßen bekanntzumachen. Unter künstlich hergestellten Bedingungen, anhand subjektiv erarbeiteter Fragen oder anhand der Mes-

sung von Gehirnströmen soll die Verstandeskraft eines Menschen beurteilt werden, ohne Lernfähigkeit, Begabung, Ausbildung und gesellschaftliche Formen der Erarbeitung von Wissen zu beachten, in Betracht zu ziehen, geschweige denn zu werten. Die einzige Waffe, die diese Raubritter des Verstandes in Wirklichkeit haben, ist weder eine Beweiskraft ihrer Methoden noch eine wissenschaftliche Argumentation, sondern lediglich eine willkürlich festgesetzte Illusion, es gäbe einen Quotienten der Intelligenz, den man so messen könnte. Entsprechend den oben genannten Methoden ist es dann auch klar, daß sämtliche IQ-Messungen den Neger dümmer als den Weißen, den Arbeiter dümmer als den Unternehmer und die Frau dümmer als den Mann erweisen.

Ein vernichtender Schlag

Im Jahre 1948 fand nach langen Vorbereitungen eine große Tagung der Lenin-Akademie für landwirtschaftliche Wissenschaften bei der Akademie der Wissenschaften der UdSSR statt.

Auf dieser Tagung referierte der Biologe Mitschurin über die Vererbungslehre und faßte die gesammelten Erkenntnisse der wissenschaftlichen Arbeit der Sowjetbiologie zusammen. Die Speerspitze der sozialistischen Wissenschaftler traf die Vererbungslehren Mendels, Morgans und Weismans.

Angegriffen wurden dabei all jene Aussagen, die sich auf die Vererbungslehre berufen, um gesellschaftliche und kulturelle Unterschiede der Menschen zu rechtfertigen. Dabei wurden vor allem die reaktionären nordamerikanischen Morganisten angegriffen, die die Regel aufgestellt hatten, wenn ein Mensch 1/64 Negerblut in den Adern habe, sei er ein Neger, sei er minderwertig.

Anhand einer materialistischen Analyse der Entwicklung von Kulturen und Gesellschaften wurde bewiesen, daß die Entwicklung und die Fähigkeiten der Menschen bestimmt werden von den sozialen Verhältnissen unter denen sie aufwachsen und leben.

Jene pseudowissenschaftlichen Hetzpamphlete, die behaupteten, bestimmte menschliche Rassen seien minderwertig und könnten sich immer nur wieder minderwertig fortpflanzen, wurden als Machwerke im Dienste der rassistischen Kapitalisten gebrandmarkt.

Es war das Ergebnis der Forscherarbeit sowjetischer Wissenschaftler, das den wissenschaftlich getarnten Rassismus entlarvte, der Forschung von Biologen und Psychologen, deren Arbeiten der „Rote Morgen“ noch vorstellen wird, das Ergebnis der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaft, die auch den Naturwissenschaften neuen Auftrieb gibt.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9,375 MHz 7,300 MHz	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9,375 MHz 7,300 MHz	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9,375 MHz 7,300 MHz	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9,375 MHz 7,300 MHz	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7,300 MHz 5,960 MHz 1,395 MHz	41 Meterband KW 49 Meterband KW 215m MW
21.30-22.00	7,300 MHz 5,960 MHz 1,457 MHz	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7,300 MHz 5,960 MHz 1,457 MHz	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
06.00-06.30	7,300 MHz 5,960 MHz 1,395 MHz	41 Meterband KW 49 Meterband KW 215m MW



Antifaschistische Literatur Europas — 1. Folge: Österreich

Sepp Plieseis

Laurins Schatz *

Eine besonders starke Widerstandsgruppe wurde unter den Bergarbeitern des Salzberges in Altaussee aufgestellt. Und hier erstand den Partisanen bald eine Aufgabe, die weit über die lokale Bedeutung des Freiheitskampfes im Salzkammergut hinauswuchs.

Schon vom Sommer 1943 ab hatten die Hitlerfaschisten begonnen, in den gewaltigen Galerien und in den verlassenen Sinkwerken des Salzberges Kunstschatze einzulagern, um sie vor den immer stärker werdenden Bombenangriffen in Sicherheit zu bringen. Hitler wollte in Linz eines der größten Museen aufbauen, und zunächst wurden die Gemälde, Skulpturen, Handzeichnungen usw., die für die Hauptstadt von Oberösterreich bestimmt waren, dort geborgen.

Ein Stab von Experten betreute diese Schätze, und als es sich erwies, daß die Lagerstätte geradezu ein idealer Aufbewahrungsort war, schafften die Nazis aus dem Europa, das noch unter der Herrschaft ihrer Waffen stand, immer neue geplünderte Kostbarkeiten hierher.

Im Jahre 1944, als die alliierte Invasion in Italien Fortschritte machte und die in Frankreich begann, rollten täglich die Lastwagen mit solchem Bergungsgut heran. Hitler, Göring, Himmler und Rosenberg setzten sich frech in den Besitz vieler Kunstschatze, und der größte Teil ihrer Kunstschatze und Kunstsammlungen, die nichts anderes darstellten als eine Vermögenshortung, verschwand nach und nach im Altausseer Salzberg und in dem langen Erbstollen, der bei Lauffen ins Trauntal mündet.

Es war die größte Kunstsammlung aller Zeiten, die hier zusammengetragen wurde. Das Verzeichnis der Gemälde umfaßte 6500 Nummern, und es führte unter anderem auch den Altar von St. Bavo bei Gent, das herrliche Meisterwerk der Gebrüder van Eyck, vor allem die Mitteltafel mit der Anbetung des Lammes, mit der Jan van Eyck die Ära der abendländischen Malerei eingeleitet hat.

Die Schackgalerie aus München, die Sammlung Goldschmidt, die Sammlung Rothschild, die Mannheimersche Sammlung lagen geschlossen hier. Was an berühmten Namen in der Malerei genannt werden kann, es war in dem Gesamtverzeichnis enthalten: Rubens, Rembrandt, Holbein, Hals, Breughel, Vermeer, Altdorfer, Dürer Tizian, Michelangelo ... um nur einige zu nennen, sie alle waren mit ihren herrlichsten Meisterwerken vertreten.

Schon im Jahre 1944 hatte die Widerstandsgruppe Altaussee von Sepp die Weisung erhalten, alles aufzubieten, um diese Schätze zu sichern, damit sie nach dem Zusammenbruch der Hitlermacht den rechtmäßigen Besitzern wieder zugestellt werden könnten. Die einfachen Arbeiter, die die Bilderkisten und Sammlungsitrinen in die gewaltigen Höhlen und endlosen Galerien des Salzberges schafften, sie hatten sich damals bereits mit ihrem Leben verbürgt, daß nichts von dem Kulturgut der europäischen Menschheit verloren gehen sollte.

Was anfangs nur Gerücht und Befürchtungen gewesen war, das begann im Januar 1945 Gestalt zu bekommen. In dieser Zeit tauchte im Auftrage des Gauleiters Eigruber Gauinspektor Glenz auf, er besichtigte die gesamte Kunstbergung und flocht in Gesprächen mit dem Gemälde-Restaurator Carl Sieber aus Berlin die Bemerkung ein, daß nun auch Eigruber seine Kunstwerke im Salzberg unterbringen wolle. Eigruber, dem Gauleiter von Oberösterreich aber war alles zuzutrauen. Als persönlicher Freund Hitlers würde er sich willig zum Werkzeug jedes Verbrechens machen lassen.

Im April kamen dann mehrere Lastwagen mit großen, sehr schweren Kisten nach dem Salzberg. Sie konnten die immer noch verschneite Straße zum Berghaus nicht aus eigener Kraft überwinden und brauchten die Zugmaschine des Bergwerkes als Vorspann. Gauinspektor Glenz begleitete diesen ersten Transport, der aus vier Kisten bestand und verlangte, daß je eine Kiste in jede der Schatzkammern eingelagert werde.

Die Kisten, von sehr erheblichem Gewicht, trugen die Aufschrift: „Vorsicht! Marmorplastiken ... nicht stürzen!“ Den Arbeitern, die den Transport in die Werke vornehmen sollten, fiel es auf, daß das Wort „Marmorplastiken“ erst viel später eingesetzt zu sein schien: denn dort war der Beizton des Holzes heller, so als ob dort früher ein anderes Wort

gestanden hätte, das man erst beseitigt hatte, um die neue Bezeichnung einzusetzen. Ferner besaßen diese Kisten eine verblüffende Ähnlichkeit mit den Bombentransportkisten der Luftwaffe.

Mitte April 1945 fand in Bad Ischl eine Besprechung sämtlicher an der Bergung der Kunstschatze beteiligten Experten statt, und bei dieser erklärte Ministerialrat von Hummel, der persönliche Referent des Reichsleiters Bormann, es seien Vorkehrungen getroffen worden, die Sammlungen auf keinen Fall den Alliierten und damit dem jüdischen Kunsthandel in die Hände fallen zu lassen. Er wurde daraufhin direkt gefragt, ob an eine Sprengung der Lagerräume gedacht würde. Ministerialrat von Hummel drückte sich um diese Antwort herum, aber der Bildrestaurator Carl Sieber hatte durchaus den Eindruck, daß ein solches Attentat geplant sei.

Die Leitung der Widerstandsgruppe Salzberg aber war bereits im Bilde. Freiheitskämpfer waren, ungeachtet der verstärkten Wachen und der Lebensgefahr, durch einen Verbindungsstollen heimlich in den Lagerraum der verdächtigen Kisten vorgedrungen und hatten den Inhalt untersucht. Dabei stellten sie fest, daß sich in ihnen keine Marmorplastiken, sondern schwere amerikanische Fliegerbomben von je 750 Kilogramm Gewicht befanden. Und zwar handelte es sich um Blindgänger, aus denen die Zünder entfernt worden waren. Mittels dieser Explosivkörper sollten die Schatzkammern im Salz-

berg in die Luft gesprengt werden. Hätte man dann später versucht, die Ursachen der Explosion festzustellen, so wäre herausgekommen, daß es amerikanische Bomben gewesen seien, die den Zusammenbruch der Sinkwerke und der Galerien bewirkt hätten. So hatten die Attentäter versucht, ihre Schandtät zu tarnen.

Hier drohte allerhöchste Gefahr. Zu gleicher Zeit war die Bewachung der Kunstschatze, die bis dahin nur durch ein Gendarmeriekommando erfolgte, durch ein Kommando von Panzersoldaten verstärkt worden. Der Ausschuß der Freiheitskämpfer trat sofort zusammen und stellte ein Aktionsprogramm auf, durch das das geplante Sprengstoffattentat verhindert wurde.

Als man in Belgien nach der Rückgabe des Genter Altars, der ein echtes Nationalheiligtum des flämischen Volkes ist, im ganzen Lande Freudenkundgebungen veranstaltete; wer mag dabei der einfachen Bergarbeiter, der Kleinbauern und Holzhändler aus Altaussee gedacht haben, denen die Erhaltung dieses Edelsteins niederländischer Malkunst zu verdanken war? Auch in Florenz und in Neapel, in Paris und Wien, in Monte Cassino und in München mag sich der Beschauer der wundervollen Werke heute ihrer Erretter erinnern. Österreichische Arbeiterhände retteten Laurins Schätze aus der Gewalt des Teufels zum Nutzen der Kultur aller Völker.



Käthe Kollwitz, Das Propellerlied — Appell gegen den Faschismus, Lithographie, 1931

Jura Soyfer

Dachaulied

Stacheldraht und Tod geladen
Ist unsre Welt gespannt.
Drauf ein Himmel ohne Gnaden
Sendet Frost und Sonnenbrand.
Fern von uns sind alle Freuden,
Fern die Heimat, fern die Frau'n
Wenn wir stumm zur Arbeit schreiten,
Tausende im Morgengraun'n.

Doch wir haben die Losung von Dachau gelernt

Und wurden stahlhart dabei:
Sei ein Mann, Kamerad,
Bleib ein Mensch, Kamerad,
Mach ganze Arbeit,
Pack an, Kamerad,
Denn Arbeit, Arbeit macht frei!

Vor der Mündung der Gewehre
Stehen wir bei Tag und Nacht.
Arbeit ward uns hier zur Lehre,
Schwerer als wir je gedacht.
Keiner mehr zählt Tag und Wochen,
Mancher schon die Jahre nicht.
Und so viele sind zerbrochen
Und verloren ihr Gesicht.

Doch wir haben die Losung...

Schlepp' den Stein und zieh' den Wagen,
Keine Last sei dir zu schwer.
Der du warst in fernen Tagen,
Bist du hier schon längst nicht mehr.
Stich den Spaten in die Erde,
Grab dein Mitleid tief hinein,
Und im eignen Schweiß werde
Selber du zu Stahl und Stein.

Denn wir haben die Losung...

Einst wird die Sirene künden:
Auf zum letzten Zählappell!
Draußen dann, wo wir uns finden,
Kamerad, bist du zur Stell'.
Hell wird uns die Freiheit lachen,
Vorwärts geht's mit frohem Mut
Und die Arbeit, die wir machen,
Diese Arbeit, sie wird gut.

Denn wir haben die Losung von Dachau gelernt

Und wurden stahlhart dabei:
Sei ein Mann, Kamerad,
Bleib ein Mensch, Kamerad,
Mach ganze Arbeit,
Pack an, Kamerad,
Denn ARBEIT, Arbeit, macht frei!

Wenn von den Leiden der Völker unter dem Hitler-Faschismus, von ihrem Kampf die Rede ist, denkt man zunächst an die Leiden der Völker Polens und der Sowjetunion, an die Befreiungstaten der Roten Armee. Man denkt an die Blutopfer der Völker der westlichen Alliierten, vielleicht noch an die französische Résistance oder, soweit man Leser des „Roten Morgen“ ist, auch an den albanischen Widerstand. — Wer aber weiß etwas von den antifaschistischen Kämpfen der Dänen, Belgier oder Norweger? Wer weiß etwas von den österreichischen Partisanen? Wer weiß von den verhältnismäßig großen Opfern, die ein kleines Land wie Luxemburg unter der faschistischen Besetzung bringen mußte?

In lockerer Folge wird der „Rote Morgen“ ab dieser Nummer antifaschistische Literatur der europäischen Länder vorstellen. Wir sind uns darüber klar, daß auf diese Weise bei weitem kein umfassendes Bild des antifaschistischen Widerstands der betreffenden Länder vermittelt werden kann; wenn aber die Lesestücke eine Anregung zur Beschäftigung mit der jüngsten Vergangenheit unserer näheren und fernen Nachbarländer geben, wenn sie das Gefühl stärken, daß der Antifaschismus eine europäische Tradition hat und eine immer noch auch europäische Sache ist, dann haben diese Seiten ihren Zweck erreicht.

Österreichischer Widerstand 1938 - 1945

In der Nacht vom 12. auf den 13. März 1938 marschierten die Hitler-Truppen über die österreichischen Grenzen. Die halbfaschistische österreichische Regierung, die von Nazianhängern durchdrungenen Behörden und Armeestellen setzten den faschistischen Invasoren keinen Widerstand entgegen. Österreich verlor seine Eigenstaatlichkeit und Unabhängigkeit; der Schrecken der Nazidiktatur begann; es begann ein erbarmungsloser Unterdrückungsfeldzug gegen alle aufrechten Österreicher.

Aus dem Volk heraus aber entwickelte sich der Widerstand. Der Widerstand umfaßt Menschen verschiedener Klassenzugehörigkeit und Weltanschauung. Die aktivste Kraft aber waren die Arbeiter.

Im Frühjahr 1939 bereits berichtete der Wiener Gestapochof nach Berlin: „Gerade mit dem Anwachsen der außenpolitischen Spannungen und der nach Ansicht der Bevölkerung immer größeren Kriegsgefahr kamen jene Elemente zum Vorschein, die ihre Aufgabe darin sahen, das österreichische Volk zu verhetzen. Die herrschende Kriegsschuld und die allgemeine Unruhe kam den Kommunisten und Marxisten für ihre erfolgreiche Arbeit besonders zustatten...“

Der Bericht des Gestapochofs führt eine Reihe konkreter Sabotageakte in bedeutenden Industriebetrieben an. Massenverhaftungen von Verdächtigen wurden angeordnet, und es gelang zunächst, das Organisationszentrum der Kommunisten zu zerschlagen. Trotzdem tauchten bald wieder Flugzettel auf.

Nachdem im Juni 1941 Hitler die Sowjetunion überfallen hatte, nahmen die Sabotageakte in kriegswichtigen Betrieben zu. Große Bedeutung erlangten auch die Aktionen der Eisenbahner auf den strategisch wichtigen Verbindungsstrecken nach Jugoslawien und Italien über den Eisenbahnknotenpunkt Villach in Kärnten. In den Widerstand wurden auch österreichische Polizisten und die Wiener Berufsfeuerwehr einbezogen.

Eine bedeutende Rolle im Kampf spielten die aus Arbeitern des großen Hüttenwerkes Donawitz gebildete Partisanengruppe in den steirischen Alpen, die der SS wiederholt Kämpfe lieferte, eine Bahnsprengung in der Stadt Leoben durchführte und kurz vor den Zusammenbruch der Hitler-Armee die Hütte Donawitz vor der Vernichtung rettete. Partisanen in den Bergen des Salzkammerguts gelang es, die aus ganz Europa zusammengetragenen und in Salzbergwerken eingelagerten Kunstschatze vor der Vernichtung zu bewahren.

Am 29. März 1945 erreichte die Rote Armee die österreichische Grenze. Am 13. April 1945 wurde Wien befreit. Am 27. April 1945 konnte die erste provisorische österreichische Regierung gebildet werden.

Die Blutopfer, die Österreich unter der Nazidiktatur zu bringen hatte, waren enorm: 19 193 österreichische Widerstandskämpfer wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet oder in den KZs ermordet; 9 687 Österreicher starben in den Gestapogefängnissen; 51 500 österreichische Juden wurden deportiert und in Gaskammern oder auf andere Weise ermordet. Mit den von Feldgerichten wegen „Wehrkraftzersetzung“ zum Tode Verurteilten und Erschossenen, mit den als Partisanen oder Kämpfer in Freiheitsbataillonen oder in den Armeen der alliierten Streitkräfte Gefallenen beträgt die Gesamtzahl der Opfer des österreichischen Befreiungskampfes 186 000.

Autoren

Sepp Plieseis. Geboren 1913 in Bad Ischl. Salinenarbeiter. 1937 Teilnahme am Kampf der Interbrigaden in Spanien, nach deren Niederlage in Frankreich interniert. 1940 nach Österreich zurückgekehrt, wurde er der Gestapo übergeben und kam in das KZ Dachau. 1943 gelang ihm die Flucht. Er wurde einer der aktivsten Organisatoren der Widerstandsgruppen im Salzkammergut. Seine Erlebnisse schildert Plieseis in dem Buch „Vom Ebro zum Dachstein“. 1966 ist Plieseis in seinem Heimatort Bad Ischl gestorben.

Jura Soyfer. Geboren 1912 in Charkow; seine Eltern — russische Aristokraten — emigrierten nach Österreich. Jura Soyfer schloß sich in Wien erst den Sozialisten, dann den Kommunisten an. 1934 trat er in die KPÖ ein. Soyfer schrieb Gedichte, Songs, Kurzdramen und Kabarettstücken, die die Kernfragen des proletarischen Klassenkampfes behandeln. 1938 wurde er von den Nazis verhaftet und zunächst in das KZ Dachau, dann in das KZ Buchenwald eingeliefert. Dort erlag er im Februar 1939 — typhuskrank — den Vernichtungsmethoden der SS.

*

Laurin: der Sage nach reicher König der Zwerge in den Tiroler Bergen.

Aus Schacht und Hütte

Eine Ausstellung über „Ein Jahrhundert Industriearbeit im Bild 1830 - 1930“

Die Ausstellung „Aus Schacht und Hütte“ ist seit dem 4. Mai in der Kunsthalle Recklinghausen zu besichtigen. Auf drei Etagen sind Gemälde, Zeichnungen, Photographien und Plastiken über Hütten- und Bergarbeiter und ihre Arbeitsumwelt gesammelt. Die Spannweite reicht von Fabrikdarstellungen im Stil der Landschaftsmalerei des 19. Jahrhunderts bis zu der Industrielandschaft eines Baluschek oder Felixmüller, von Darstellungen der Arbeiter als bloße Randerscheinung der Industriebauten bis zu den selbstbewußten Arbeitern einer Kollwitz oder eines Meunier.

Die Ausstellung erhebt nicht den Anspruch der Vollständigkeit; sie will nach Angaben ihrer Veranstalter nur einige Aspekte „der noch nicht geschriebenen Geschichte des Industriebildes“ aufzeigen. — Daneben vermittelt sie die Bekanntheit mit belgischen Künstlern, die in ihren „Industriebildern“ vor allem die Zechen, Hüttenwerke und Arbeiter der Borinage darstellen. Die Plastiken und Bilder Constantin Meuniers gehören zu den besten Stücken der gesamten Ausstellung.

Neben wenigen ausgestellten Arbeiten von Käthe Kollwitz, George Grosz, Conrad Felixmüller — von dem Gemälde „Das Eisenwalzwerk“ von Adolph von Menzel gibt es leider nur eine Kopie — beeindrucken auch viele Arbeiten weniger bekannter Künstler: das Ölgemälde „Die Halde“ (1898) von Cécile Douard, das die schwere Arbeit der Kohlen-sammlerinnen auf einer Kohlenhalde zeigt; oder das Gemäl-

Conrad Felixmüller: „Arbeiter auf dem Heimweg“, Öl auf Leinwand, 1921

Felixmüller (1897 bis 1977) studierte an der Zeichenschule der Dresdener Kunstgewerbeschule und der Akademie Dresden. 1920/21 schlug er ein Stipendium für einen Aufenthalt in Italien aus und fuhr stattdessen ins Ruhrgebiet. Mit den Bergleuten fuhr er in die Grube ein und lernte die Arbeits- und Lebensumwelt der Bergarbeiter kennen. Es fand sich bestätigt in seiner These, daß „der Mensch in den Mittelpunkt der Kunst gestellt“ werden müsse. 1933 war Felixmüller mit 40 Werken in der ersten Ausstellung „Entartete Kunst“ enthalten.

Ein Leser schreibt

Die „Nordlichter“ der antifaschistischen Kulturszene haben sehr aktive Wochen hinter und vor sich. Die „Nordlichter“ — das sind unter anderem die beliebte Politrockgruppe Elbe 1, die achtköpfige Laientheatergruppe Blinkfuer aus Hamburg mit ihrer neuen Revue „Er muß nicht wieder braune Hemden tragen...“ sowie das Kabarett-Duo Ratte und Schmeißfliege.

Elbe 1 ist eigentlich überall dabei — sei es beim 1. Mai vor dem Gewerkschaftshaus in Hamburg, sei es beim kulturellen Anti-Strauß-Meeting in der Hochschule für Bildende Künste in Hamburg-Lerchenfeld oder beim Abschlußfest der Sternfahrt „Rettet den NDR“ in der Räucherei in Kiel. Sie werden demnächst beim sogenannten „Alstervergnügen“ (dem Hamburger internationalen Straßentheatertreffen) am Samstag, den 7. Juni zusammen mit Ratte und Schmeißfliege spielen, ebenso beim Finkenwerder Fischerfest oder am 12. Juni in Kiel.

de „Arbeitslose“ von Rudolf Zeller aus den Jahren 1908/09; oder das Bild „Zur Grube“ (1914) von Hans Baluschek, auf dem in schier endloser Reihe Bergarbeiter, überholt von einem dampfenden Kohlenzug, mit ihren Laternen durch das Morgendämmern zur Arbeit gehen.

Eine Beschränkung ist der Ausstellung allerdings schon durch die Themenstellung auferlegt worden. Durch die Reduzierung auf das „Industriebild“ wird die Welt der Arbeiter künstlich auf nur einen Aspekt zurechtgeschnitten. Ebenso wenig wie die Künstler den Arbeiter nur als Teil der Maschine, nur durch die industrielle Tätigkeit charakterisiert gesehen haben, ebenso wenig hört die Existenz des Arbeiters vor dem Fabrikator auf; in seinem Denken, Erleben, Fühlen, Handeln sind neben der Fabrik andere Faktoren ebenso maßgebend.

Alles in allem jedoch ist der Besuch der Ausstellung nur zu empfehlen. Die Ausstellung wird noch bis zum 18. Juni eröffnet sein: Kunsthalle Recklinghausen (Nähe Hauptbahnhof), täglich von 10 bis 19 Uhr. ju.



Aktive Kulturpolitik der „Nordlichter“

Die Hamburger Laientheatergruppe Blinkfuer hat eine Revue (Dauer etwa eine Stunde, in Kurzform eine halbe Stunde) auf die Beine gestellt. Äußerst wirkungsvoll werden hier drei Szenen aus Brechts „Furcht und Elend des Dritten Reiches“ in Beziehung zu heute gesetzt — verbunden mit Gedichten von Erich Weinert, Liedern der Schmetterlinge und natürlich Sprüchen des „Kandidaten“ Franz Josef Strauß. In den letzten Wochen trat Blinkfuer mit dieser Revue in der Hochschule für Bildende Künste, in der „Fabrik“ und bei einer Veranstaltung der VOLKSFRONT

Constantin Meunier: „Bergleute vor der Anfahrt“, Kohlezeichnung, ohne Jahresangabe

Meunier (1831 bis 1905) begann 1846 eine Lehre als Kupferstecher und 1847 eine Lehre bei dem Bildhauer Fraikin. Er arbeitete als Maler und Bildhauer. 1880 hielt er sich im

Industriegebiet um Mons auf. Die Industrielandschaft der Borinage und die Kenntnis der sozialen Not und der Arbeitsbedingungen der Bergleute wurden bestimmend für sein weiteres Schaffen: „Ich fühlte, wie sich mir ein Lebenswerk erschloß, etwas, das ich schaffen sollte.“



Schlachten, Paraden, Götterdämmerungen

Zur Sprache des Franz Josef Strauß

In seiner Rede auf dem Berliner Parteitag der CDU formulierte Strauß an die Adresse jener Unions-Strategen, die ihn bei seiner Kanzlerkandidatur nicht bedingungslos unterstützen wollten, folgende Drohung: Auf diejenigen, die die eigene Uniform in der Schlacht schonen wollten, damit sie bei der Siegesparade glänze, werde er verzichten, wenn es nach dem Sieg um die Verteilung von Orden und Posten gehe. Wie — werden die Unionswahlkämpfer jetzt in Uniform in den Bundestagswahlkampf ziehen?

Sie werden nicht. Die Uniformen existieren nur in der Sprache des Parteitagredners Franz Josef Strauß, und mit „Schlacht“ ist natürlich keine wirkliche Schlacht, sondern nur der Bundestagswahlkampf gemeint. Es sind sprachliche Bilder, die Franz Josef Strauß gebraucht. Auch der Begriff „Siegesparade“ ist ein solches Bild; es darf nicht wörtlich genommen werden. Oder doch? Vielleicht plant Franz Josef Strauß tatsächlich eine Siegesparade, wenn er davon spricht? Wird diese Parade dann wieder mit Fackeln erleuchtet sein? — Und welche Orden sind es, von denen der Redner spricht? Existieren sie wirklich oder nur in der Sprache? Daß nach einer gewonnenen Wahl Posten zu vergeben sind, ist klar — aber seit wann denn Orden? Was soll das bedeuten?

Es ist eine vertrackte Sache mit der Sprache. Die zur Darlegung eines Gedankes gebrauchten Worte, Begriffe und Bilder verraten oft mehr über das Denken des Sprechenden als der geäußerte Gedanke selbst. Da mag einer auch vom Frieden reden: spricht er davon wie von einem Feldzug, dann verwandelt sich sein Friedensgesäusel schon in den Stimmbändern zu Kriegsgeschrei. — Strauß hat auf dem Berliner CDU-Parteitag auch viel vom Frieden gesprochen; er hat so schlagend, so wehrhaft, so generalstabsmäßig vom Frieden gesprochen, daß man in seiner Rede schon die Kanonen losdonnern zu hören meinte.

„Wir können siegen, wenn wir siegen wollen!“ rief Strauß in Berlin den Delegierten entgegen. „Und wir werden siegen, weil wir siegen wollen!“ — Sieg Heil! aber selbstverständlich für den Frieden...

Die CDU und die CSU müßten jetzt zu „Kampfparteien“ werden, donnerte Strauß in die Mikrophone, die Zeit der „Vereinsmeierei“ sei endgültig vorbei. Jawohl! Es ist genug an Stammtischen debattiert worden, nun werden die Stammtischstrategien umgesetzt, die Zeit der Tat beginnt, die Zeit der Waffen und des Kampfes, „Kampfzeit“ ist — aber, wohl-gemerkt friedlich...

Auch die NATO, und vor allem die NATO, heißt es, dient dem Frieden. Wenn dieses NATO-Bündnis halte, dann kämen sowjetische Panzer weder nach Berlin noch nach Hamburg, brüllte Strauß von der Tribüne, dann könne man auch die „historische Schlacht um das bessere Gesellschaftssystem gewinnen!“ — Nach der Wahlschlacht also die System-schlacht — die Schlacht um den Frieden, die Friedens-schlacht und der Schlachtfrieden: alles dreht sich um den Frieden...

An den Reden des Franz Josef Strauß — und speziell an seiner Berliner Rede — kann man studieren, was F.C. Weiskopf einst die „militaristische Verseuchung der Sprache“, die „Barbarisierung unserer Muttersprache“ nannte. Strauß hat sein Deutsch im Nazi-Reich und im Krieg erlernt, und dieses Deutsch hat er bis heute nicht verlernt. Sprachlich lebt Strauß noch immer oder schon wieder im Krieg.

Und so zieht der politische Gegner mit „Hilfstruppen“ gegen ihn zu Felde; die „publizistischen Büchsenpanzer“ laden die Waffen gegen ihn und seine Mannen, und über der beginnenden Schlacht wölbt sich schon wieder ein Himmel der „Götterdämmerung“, blutig und unheilsschwanger. „Parteitag der Götterdämmerung“ hat Franz Josef Strauß den Berliner Parteitag der CDU genannt.

Noch ist es nur die Sprache, in der die Schlachten stattfinden und der Krieg seinen Fortgang nimmt. Aber die Sprache warnt: Das, was unausgesprochen in ihr enthalten ist, wird morgen ausgesprochen werden, und übermorgen wird es die Politik bestimmen — wenn der Mann nicht gestoppt wird. „Ich denke, was ich sage“, bekannte Strauß hinter-sinnig den Delegierten in Berlin. „Ich sage, was ich denke. Und wir tun, was wir sagen.“

ju.

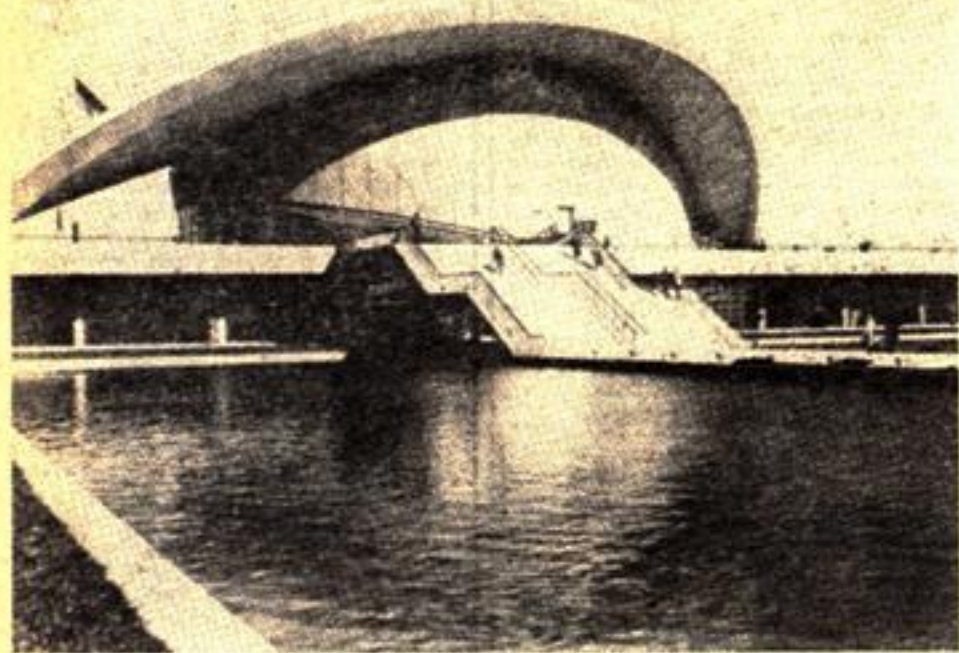
Kontaktadressen:

Elbe 1 über: Andreas Nogalski
Eggerstädt 26
2000 Hamburg 50
Tel.: 040/38 54 41

Blinkfuer über: Susanne Jensen
Paulsenplatz 7
2000 Hamburg 50

Tel.: 040/43 97 64 4

oder: Birgit Matthiessen
Bahrenfelder
Steindamm 68
2000 Hamburg 50



Die Kongreßhalle: vorher ...

„Geborstenes Symbol“

Die anti-amerikanische Stimmung griff in der letzten Woche offensichtlich auch auf die Westberliner Kongreßhalle über. Am Dienstag, 10.57 Uhr, wollte die Halle, dieses „Symbol deutsch-amerikanischer Freundschaft“, nicht mehr. Sie lud mit einem ohrenbetäubenden Krachen ihre kühne Dachkonstruktion einfach vor dem Eingang ab. Traurig wie abgewelkte Blätter hängen nun die metallenen Dachverkleidungen an den Fassaden herunter. Der Westberliner Oberbürgermeister spricht von einem „geborstenen Symbol“. Sehr wahr!

Der Einsturz kam sozusagen aus heiterem Himmel. Ein „Grummeln wie bei einer Müllwagen-Entleerung“ — berichteten die Davongekommenen — sei plötzlich zu hören gewesen. Staub sei geriselt. Dann seien auch schon die 600 Tonnen schweren riesigen Betonklötze heruntergestürzt. Sie verletzten fünf Menschen, drei davon schwer. 120 Personen waren zur Zeit des Unglücks in dem Gebäude anwesend. Sie konnten durch die rückwärtigen Ausgänge entkommen.

Daß es bei dem Einsturz nicht zu einer Katastrophe mit Hunderten von Toten kam, ist gewiß den politisch und technisch Verantwortlichen nicht zu verdanken: Über dem Westberliner Kongreßtreiben, über den unzähligen ein- und ausströmenden Besuchern, den munter plaudernden Menschen, schwebte jahraus, jahrein die furchtbare, die ebenso kühne wie tückische Dachkonstruktion. Als die herunterfiel, stand zufällig niemand darunter.

Wie immer bei derartigen

Unfällen beherrscht nun die Frage nach den Ursachen und den Schuldigen die offizielle Diskussion. Die Rede ist von „Materialermüdung“ und von „Statikfehlern“. Eine Kommission ist bereits auf die Spur gesetzt und wird nun unweigerlich ihre Jahre zubringen mit Suchen und Forschen und Wägen, ungeachtet der Tatsache, daß der wahre Grund des Einsturzes heute schon klar benannt werden kann: die Konstruktion. Die Konstruktion war von Grund auf falsch.

Es war eine amerikanische Konstruktion. Der außerordentlich kühne Bauplan — so kühn, daß er zunächst gar nicht durchführbar war und korrigiert werden mußte — stammt von dem amerikanischen Architekten Hugh A. Stubbins, der mit zwei Westberliner Architekten zusammenarbeitete. Die Kongreßhalle wurde am 19. September 1957 nach nur 15monatiger Bauzeit als Beitrag der USA zur Internationalen Bauausstellung aus amerikanischen Mitteln errichtet.

Fortan galt sie als Symbol für die amerikanische Berlin-Politik, als Symbol für die „deutsch-amerikanische Freundschaft“.

Die wahre Beschaffenheit dieser Freundschaft zeigte sich jedoch deutlich am vergangenen Dienstag um 10.57 Uhr: lebensgefährlich! Es zeigte sich, daß das Dach, das die Amerikaner über das Bauwerk gezogen hatten, in Wirklichkeit kein Schutz, sondern eine Falle war, ein geöffnetes Maul, ein aufgerissener Rachen, bereit, mit 600 Tonnen schweren Zähnen zuzubeißen. Als die Falle zuschnappte, war es — zum Glück! — zur Unzeit, und nur wenige wurden verletzt, und ein paar geparkte Autos nur wurden von dem Beton zermalmt.

Die stolze Kongreßhalle, von den Westberliner und westdeutschen Verantwortlichen und ihren amerikanischen Freunden jahrelang mit Symbolgehalten befrachtet bis zum Zusammenbrechen, ist erst jetzt — „geborsten“ — zu einem wirklichen, wahrhaften Symbol geworden: Westberliner, Westdeutsche! Über euch schwebt noch immer das Dach der „deutsch-amerikanischen

Die Kongreßhalle: nachher ...

Freundschaft“. Angeblich ist dieses Dach zu eurem Schutz erbaut worden, in Wirklichkeit aber ist es eine tödliche Falle, eine amerikanische Konstruktion. Von allen Verwicklungen, Erschütterungen, Krisen und

Kriegen, in die sich die amerikanischen angeblichen Freunde verwickeln, seid ihr gefährdet und mitbetroffen. Und wenn das Dach zusammenkracht, steht ihr darunter!

Ju.

Das war es, was noch fehlte ...

„Wie die Redaktion des ‚Nidderauer Anzeigers‘ in Erfahrung bringen konnte, wollen die Nidderauer Kaninchenzüchter angesichts der Vorgänge in Afghanistan eine Namensänderung für einige Kaninchenrassen beim Kreisverband beantragen (...). So ist vorgesehen, die Kaninchenrasse ‚Russen‘ in ‚Amerikaner‘ umzubenennen. Die Farbbezeichnung ‚russenfarbig‘ bei der Rasse ‚Farbenzwerge‘ soll künftig ‚englischfarbig‘ heißen. Der Antrag, die Rasse ‚Havanna‘ in ‚Ottawa‘ umzubenennen, um damit die solidarische Haltung der Kanadier zu honorieren, fand dagegen keine Mehrheit. Man vertrat die Meinung, daß Fidel Castro sich doch noch zu einer Verurteilung des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan, ‚durch die Blume‘ durchgerungen habe, und dies sollte berücksichtigt werden.“ (Aus: „Nidderauer Anzeiger“).

Die Pioniertat der Nidderauer Kaninchenzüchter sollte in dieser Stunde nationalen Zu-

sammenrückens eigentlich mehr Beachtung finden: Sie sollte zum Signal genommen werden, auch scheinbar nebensächliche Sprach- und Lebensgewohnheiten endlich der veränderten Weltlage anzupassen.

Warum eigentlich essen wir noch immer „Russische Eier“? Ein Skandal! Dieser Übelstand muß schleunigst sprachgeregelt werden! Ernährungsminister Ertl, übernehmen Sie! Als Ersatzbezeichnung brauchen Sie ja nicht gleich den Begriff „Carter-Klötze“ zu wählen — wir wollen den Feinschmeckern ja nicht den Geschmack verderben!

Wer wird sich heute noch per „Russischem Roulette“ erledigen? Bei allem Verständnis für die Situation von Lebensmüden und Selbstmordabenteurern wird man ein bißchen westliches Solidaritätsgefühl doch wohl verlangen können. Wer heute mit Menschenleben spielen will, bedient sich am besten des „Amerikanischen Rouletts“...

Springer-Annonce

Was hindert Sie, reich zu werden?

Weitere 5 000 Südamerikaner brennen darauf, für Sie zu schuften, verdienen Sie mit!

Sichern Sie sich Ihren Anteil an einem 130-Mio.-DM-Minenobjekt.

Zuschriften mit Kapitalnachweis werden bevorzugt und sind zu richten unter F 4311 an WELT-Verlag, Postfach 100864, 4300 Essen.

(Aus: „Welt am Sonntag“)

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALE KOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhofstr. 103, Tel.: 0231/433691 und 433692

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/511537, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.

2800 BREMEN (Wall), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do, Fr 17-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 DORTMUND 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Eingang Clausenstr., Tel.: 0231/832323, geöffnet: Mo-Fr 17-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

4100 DUISBURG 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203/443014

6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0511/771200, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD/ML, Klarstr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulzeplatz 98, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD/ML, Eilenstr. 20, Tel.: 0511/445162, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 KARLSRUHE 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve“, Goethestraße 25b (Nähe Kaiseralle), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/848408.

2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18.30, Sa 10-13 Uhr.

5000 KÖLN 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesegruppe „Neue Zeit“, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di, Do und Fr 17-18.30 Uhr.

8000 MÜNCHEN 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089/2507554, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/438043, geöffnet: Mi-Fr, 16-18, Sa 11-13 Uhr.

7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 10-13 Uhr.

Süddeutsche Zeitung Meinungen



Abraham a Santa Strauß in Berlin

SZ-Zeichnung: E. M. Lang

Noch ist der gefährlichste Terrorist frei

„Der Terrorist steht drei Jahre nach dem Attentat auf Buback vor Gericht

unserem Redaktionsmitglied Rainer Klose

Karikatur der Woche

Ausriß aus: „Süddeutsche Zeitung, 21. Mai '80

Karlsruhe, 20. Mai. Man zumindest fraglich. Eine größere Verkleidung ist jeden

fall auf das Waffengeschäft ausse- imlich beide Täter — laut Ausse- Ladeninhabers und eine- und Knut Folkerts- Sch!